



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

18.09.1985 - Sitzung Nr.38

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

38. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. September 1985

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	2195		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	2195		
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1985, des Bremischen Beamtengesetzes und des Bremischen Besoldungsgesetzes			
Mitteilung des Senats vom 11. September 1985 (Drucksache 11/460)			
1. Lesung			
2. Lesung			
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats			
Antrag der Fraktion der CDU vom 16. September 1985 (Drucksache 11/461)			
1. Lesung			
Wahl eines Mitglieds des Senats			
Abg. Neumann (CDU)	2197		
Abg. Mützelburg (GRÜNE)	2203		
Abg. Oeing (Rep)	2206		
Abg. Kunick (SPD)	2207		
Abstimmung	2209		
Vereidigung eines Mitglieds des Senats	2211		
Fragestunde			
1. Maulkorberlaß des Justizsenators zu Verzögerungen des Geschäftsablaufs bei den Gerichten			
Anfrage der Abgeordneten Dr. Pawlik, Neumann und Fraktion der CDU vom 3. September 1985	2212		
2. Mehrmonatige Wartezeiten im Zentrum für Humangenetik der Universität			
Anfrage der Abgeordneten Frau Erlenstein, Neumann und Fraktion der CDU vom 6. September 1985	2214		
3. Beteiligung Bremens an der Grünen Woche 1985			
Anfrage der Abgeordneten Wilhelms, Kudella, Neumann und Fraktion der CDU vom 11. September 1985	2215		
4. Befristete Mentorenverträge			
Anfrage der Abgeordneten Willers, Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 12. September 1985	2216		
5. Fristlose Kündigung eines Auszubildenden bei der Firma Krupp-Atlas Elektronik			
Anfrage der Abgeordneten Frau Bernbacher, Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 12. September 1985	2217		
6. Ausfallstunden in den Berufsschulen			
Anfrage der Abgeordneten Ravens, Klein, Neumann und Fraktion der CDU vom 12. September 1985	2219		
7. Übernahme von Auszubildenden im öffentlichen Dienst und bei Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung nach der Abschlußprüfung			
Anfrage der Abgeordneten Ravens, Klein, Neumann und Fraktion der CDU vom 12. September 1985	2221		
Aktuelle Stunde			
Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter im Land Bremen			
Abg. Kudella (CDU)	2222		

Abg. Willers (GRÜNE)	2226	Abg. Dr. Monnerjahn (SPD)	2244
Abg. Dittbrenner (SPD)	2228	Abstimmung	2245
Ordnungsruf für den Abgeordneten Willers (GRÜNE)	2231		
Abg. Polley (Rep)	2231	Gesetz über die Abgabe für die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogram- men in Kabelanlagen	
Senator für das Bauwesen Meyer	2232	Mitteilung des Senats vom 3. September 1985 (Drucksache 11/454)	
Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE)	2235	1. Lesung	
		2. Lesung	
Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter		Abg. Bürger (CDU)	2246
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 17. September 1985 (Drucksache 11/465)		Abg. Fluß (SPD)	2247
Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung ...	2237	Abstimmung	2249
Abg. Kunick (SPD) zur Geschäftsordnung ..	2237		
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung	2238	Stellungnahme des Senats zum Siebten Jah- resbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz	
Abstimmung	2238	Mitteilung des Senats vom 13. August 1985 (Drucksache 11/445)	2249
Gesetz über die erste juristische Staatsprü- fung und den juristischen Vorbereitungs- dienst (JAPG)		Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 2. September 1985	
Mitteilung des Senats vom 25. Juni 1985 (Drucksache 11/410)		(Drucksache 11/451)	2249
1. Lesung			
2. Lesung		Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1985	
Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für Bundesangelegenheiten Kahrs	2238	Mitteilung des Senats vom 3. September 1985 (Drucksache 11/455)	2250
Abg. Dr. Pawlik (CDU)	2241		
Abg. Mützelburg (GRÜNE)	2243		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Bohling, Seifriz.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Knorr

Schriftführer Pötting

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Urban

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Senator für Jugend und Soziales

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für Bundesangelegenheiten **Kahrs** (SPD)

Senator für Gesundheit und Sport **Brückner** (SPD)

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Senator für Arbeit und für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Lenz** (SPD)

Senator für Umweltschutz Frau **Lemke** (SPD)

Senatsdirektor **Bohle** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Kratzsch** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz)

Senatsrat **Kraft** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsrat **Reischauer** (Senatskanzlei)

Präsident des Rechnungshofs **Quantmeyer**

Landesbeauftragter für den Datenschutz **Dr. Büllesbach**

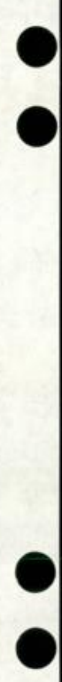
Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or introductory paragraph.

Second block of faint, illegible text in the upper middle section.

Third block of faint, illegible text in the middle section.

Fourth block of faint, illegible text in the lower middle section.

Fifth block of faint, illegible text at the bottom of the page.



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die 38. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Höheren Handelsschule Bremen, eine Klasse des Kippenberg-Gymnasiums, ein Kurs des Arbeiterbildungszentrums der Arbeiterkammer Bremen, eine Klasse des Schulzentrums Am Rübekamp und eine Gruppe Aussiedler vom Fremdspracheninstitut „Inlingua“. Außerdem begrüße ich den Präsidenten des Rechnungshofs und den Landesbeauftragten für den Datenschutz.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 16. September 1985, Drucksache 11/461.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

(B) Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag gemeinsam mit dem Artikelgesetz außerhalb der Tagesordnung sowie dem damit verbundenen Tagesordnungspunkt eins beraten.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Konkretisierung der Entwicklungslinien bremischer Hafenpolitik 1985 bis 1995, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 16. September 1985, Drucksache 11/462.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch hier zunächst über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu. (C)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß ich den Antrag zusammen mit dem Tagesordnungspunkt sechs zur Verhandlung stelle.

Dagegen ergibt sich kein Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

3. Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vom 17. September 1985, Drucksache 11/465.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich.

Wir haben ein Thema in der Aktuellen Stunde, das sich mit dieser Frage befaßt. Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Wir wissen, in der Aktuellen Stunde können wir keine Anträge beraten und auch nicht zur Abstimmung stellen. Auf der anderen Seite ist die Aktuelle Stunde nach der Geschäftsordnung zeitlich limitiert.

Wenn Sie einverstanden sind, rufen wir den Entschließungsantrag sofort nach der Aktuellen Stunde auf, ohne die beiden Punkte zu verbinden, weil das geschäftsordnungsmäßig nicht geht. Wir handeln die Aktuelle Stunde mit einer Zeitvorgabe von 15 Minuten für den ersten Redner, fünf Minuten für den zweiten Redner beziehungsweise pro Fraktion 20 Minuten ab — das wäre eine Abweichung von der Geschäftsordnung —, und nach der Aktuellen Stunde rufen wir den Entschließungsantrag auf und stellen ihn ohne Debatte zur Abstimmung. (D)

Ergibt sich dagegen Widerspruch?

Das ist nicht der Fall. Dann ist es in Abweichung von der Geschäftsordnung so beschlossen.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Abwassersituation im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 8. März 1985

D a z u

Antwort des Senats vom 10. September 1985 (Drucksache 11/459)

2. Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Demonstrationsfreiheit vom 14. 5. 1985

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 20. August 1985

D a z u

Antwort des Senats vom 10. September 1985 (Drucksache 11/458)

- (A) 3. Richtlinie zur Förderung der Frau im öffentlichen Dienst

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 20. August 1985

D a z u

Antwort des Senats vom 17. September 1985 (Drucksache 11/463)

4. Ausnahmen vom Einstellungsstopp

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 20. August 1985

D a z u

Antwort des Senats vom 17. September 1985 (Drucksache 11/464)

5. Unfall in der MBA Bremerhaven am 30. 8. 1985

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 9. September 1985

Ergänzend dazu teile ich Ihnen mit, daß eine Verbindung der Punkte sieben und acht mit den Punkten 17 und 18 nicht vorgenommen werden soll.

Besteht Einverständnis, daß wir so verfahren, wie die interfraktionelle Besprechung es empfohlen hat? — Ich stelle das Einverständnis fest.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft nimmt zur Kenntnis, daß Herr Bürgermeister Koschnick und Herr Bürgermeister Thape mit Ablauf des gestrigen Tages aus dem Senat der Freien Hansestadt Bremen ausgeschieden sind.

- (B) In seinem Schreiben vom 23. Juli 1985 hatte der Präsident des Senats zugleich wissen lassen, er beabsichtige nicht, von seinem Recht Gebrauch zu machen, in die Bürgerschaft zurückzukehren.

Ich möchte nicht versäumen, Ihnen aus diesem Brief seine persönliche Bemerkung zur Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Bürgerschaft vorzulesen. Er schreibt:

„Auch bei notwendiger kritischer Distanz und der Vertretung der jeweils institutionellen Pflichten und Rechte ist bei mir nie das Gefühl unüberwindbarer Gegensätze aufgekommen, ganz im Gegenteil, ich habe seit meinem Eintritt in die Bremische Bürgerschaft vor fast genau dreißig Jahren stets gespürt, daß die Überschaubarkeit unseres Raumes und die Einsicht in die Notwendigkeiten politischen Handelns für unser Land eine schätzenswerte Verbindung unter den Mitgliedern des Parlamentes sowie des Senats hat entstehen lassen, für die ich ausgesprochen dankbar bin.“

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, daß alle Abgeordneten mit dieser Feststellung unseres bisherigen Bürgermeisters übereinstimmen, und ich hoffe, daß die faire Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive fortgesetzt werden kann, wobei auch künftig jeder seine Position gegenüber dem anderen zu vertreten hat.

Den Entschluß, sich aus der verantwortlichen Bremer Landespolitik zurückzuziehen, haben wir zu respektieren. Politische Anmerkungen dazu werden wir wahrscheinlich auch in der heutigen Sitzung

von Sprechern aller Fraktionen hören. Als Vertreter des Parlaments werde ich die Arbeit des bisherigen Präsidenten des Senats anderenorts zu einem späteren Termin zu würdigen haben.

Lassen Sie mich dennoch in aller Kürze feststellen: Die große Popularität und das Vertrauen, das sich der Politiker Hans Koschnick als Abgeordneter, als Senator und als Präsident des Senats und Bürgermeister bei den Bürgern Bremens und Bremerhavens erworben und erhalten hat, sprechen ebenso für sich wie das hohe Ansehen, das er im In- und Ausland gefunden hat und das auch unserem Zwei-Städte-Staat neue Freunde zuwachsen ließ. Hans Koschnick hat sich um Bremen und Bremerhaven verdient gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Noch lange werden wir uns der großen Debatten erinnern, die wir mit ihm hier im Plenum geführt haben, aber auch an manches Einzelgespräch, das vieles auf den richtigen Weg bringen konnte. Sein ständiges Bemühen, das politische Miteinander menschlich zu entkrampfen, dabei Gräben zuzuschütten, die Dinge beim Namen zu nennen und dennoch das Gesicht des anderen wahren zu helfen, war ein wegweisender, beispielhafter und nachwirkender Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes.

So wünschen sich die Abgeordneten aller Fraktionen weitere häufigere Begegnungen mit dem langjährigen Bürgermeister. Hier im Haus wird Hans Koschnick stets ein willkommener Gast bleiben.

Der andere Bürgermeister, der gestern ebenfalls aus dem Senat ausgeschieden ist, bleibt uns noch hautnah erhalten. Nach mehr als zwanzigjähriger Zugehörigkeit zum Senat kehrt Herr Bürgermeister Moritz Thape morgen als Abgeordneter in die Bremische Bürgerschaft zurück, der er schon von 1959 bis zu seiner Wahl in den Senat im Jahre 1965 angehörte und die er auch als Senator und Bürgermeister stets kritisch begleitet hat, oft als geduldiger Zuhörer und sicher lieber als Debattenredner, der hier seine Regierungsverantwortung zunächst für die Schul- und Universitätspolitik und dann für die Finanzen in leidenschaftlicher Sachlichkeit vertreten hat.

Moritz Thape gehörte zu den Mitgliedern des Senats, die am häufigsten die Debatten der Bürgerschaft verfolgten, und er beeindruckte uns alle sehr oft durch seine kurzen und prägnanten Redebeiträge, aber auch durch seine Geradlinigkeit und Standfestigkeit.

In dem Schreiben vom 24. Juli, mit dem er sein Ausscheiden aus der Landesregierung und seinen Wiedereintritt in die Bremische Bürgerschaft ankündigte, hat unser bisheriger Bürgermeister und Finanzsenator vor allem das hervorragende menschliche Klima angesprochen, das ihn mit uns verbindet. Auch wir freuen uns, daß wir die Zusammenarbeit

(C)

(D)

- (A) mit Moritz Thape auf neuer, alter Ebene kollegial fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein Weiteres hinzufügen! Wenn ich es richtig sehe, nimmt Herr Senatsdirektor Günter Stahl heute zum letzten Mal in offizieller Funktion an unserer Plenarsitzung teil.

(Abg. Neumann [CDU]: Warum eigentlich?)

23 Jahre seiner 40 Dienstjahre im öffentlichen Dienst war oder, muß ich sagen, ist er Vertreter eines Senators im Amt. Vor allem in den letzten Jahren war er als Vertreter des Finanzsenators ein wichtiges Bindeglied zwischen Senat und Bürgerschaft. Seine Tätigkeit spielte sich an der Nahtstelle zwischen Verwaltung und Politik ab, und in beiden Bereichen hatte er eine herausragende Aufgabe wahrzunehmen.

Auch wenn es ihm nicht mehr vergönnt sein wird, hier vom Rednerpult aus in die Debatte des Landtages einzugreifen, bin ich sicher, daß er dem Parlament freundschaftlich verbunden bleibt. Die Bürgerschaft wünscht Ihnen alles Gute!

(Beifall)

- (B) Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1985, des Bremischen Beamtengesetzes und des Bremischen Besoldungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 11. September 1985
(Drucksache 11/460)

1. Lesung
2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. September 1985
(Drucksache 11/461)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Wahl eines Mitglieds des Senats

Ergänzend zu seinen Mitteilungen gibt der Senat bekannt, daß die Finanzdeputation dem vorgelegten Gesetzentwurf des Senats zustimmt.

Für die Wahl in den Senat schlägt die Fraktion der SPD den Abgeordneten Klaus Wedemeier vor.

Werden weitere Vorschläge gemacht?

(C)

(Abg. Neumann [CDU]: Noch nicht!)

Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur ersten Lesung über die beiden Gesetzentwürfe.

Die gemeinsame Beratung über die Mitteilung des Senats, über den Antrag der Fraktion der CDU sowie über den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Neumann. Es ist von den drei Fraktionen bis zu 30 Minuten Redezeit beantragt worden.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte meinen, heute sei nur ein Senator zu wählen, und bei den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause stünde ja fest, wer gewählt wird, und darum sei die Frage, weshalb es dann noch sinnvoll sei, eine Debatte zu führen.

Nun ist aber die Wahl eines solchen Mitglieds des Senats, insbesondere dieses Mitglieds des Senats, verbunden mit einem gesamten Paket, verbunden mit einem Wechsel in der Regierungsspitze, und ich meine, daß es in diesem Parlament angemessen ist, dazu etwas zu sagen. Zudem liegt darüber hinaus auch ein Gesetzentwurf vor, der hier zu beschließen ist und der auch zu diesem Paket gehört, das im wesentlichen von dem wahrscheinlich neuen Präsidenten des Senats zu verantworten ist.

(D)

Ich habe nicht vor, eine Debatte zu beginnen über generelle Fragen bremischer Politik. Dies wird im Oktober geschehen. Wir selbst haben als Fraktion einen Antrag eingebracht unter dem Thema Halbzweibilanz. Es ist von dem dann neu gewählten Präsidenten des Senats beabsichtigt, eine Regierungserklärung abzugeben, und ich meine, dann ist das der Zeitpunkt, über das, was der veränderte Senat auf der einen Seite vorhat und was die Opposition auf der anderen Seite vorzuschlagen hat, zu debattieren. Ich möchte mich also heute im wesentlichen mit dem Amtswechsel im Senat befassen und mit den Vorgängen, die dazugehören, wie auch mit den Gesetzesänderungen, die vom Senat beantragt worden sind.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen ist sehr viel über den bisherigen Bürgermeister und Präsidenten des Senats Hans Koschnick geschrieben und gesendet worden. Ich möchte hier ganz deutlich die erste Feststellung treffen, daß ich schon der Auffassung bin, daß sich Bürgermeister Koschnick mit seinem Einsatz um das Bundesland Bremen verdient gemacht hat und daß er unter Einsatz aller Kräfte aus seiner Sicht versucht hat, das Beste aus der Situation zu machen. Daß darüber hinaus ihn mit dem Parlament wie auch mit der CDU-Fraktion und auch mit mir ein gutes Verhältnis verbindet trotz aller Kontroversen, spricht insbesondere für ihn.

Auf der anderen Seite hängt die Tatsache, daß wir jetzt einen neuen Bürgermeister zu wählen haben — das heißt, der Senat hat ihn zu wählen, aber wir

(A) länder, bei den Stadtstaaten ist es anders, ich komme darauf. Schleswig-Holstein hat sieben, Rheinland-Pfalz acht Regierungsmitglieder. Man kann diese Aufzählung fortsetzen. Die Flächenländer haben alle wesentlich weniger Mitglieder in den Kabinetten.

Sie wissen, daß wir seit Jahren beantragen, daß der Senat verkleinert wird. Inzwischen haben wir Schützenhilfe bekommen. Wir können uns die Kombattanten nicht aussuchen, aber wir haben sie bekommen, auch aus Ihren eigenen Reihen. Ich glaube, inzwischen ist es bei Ihnen, wenn nicht offen und wenn nicht offiziell geredet wird, Allgemeingut, daß es an sich längst fällig wäre, den Senat entscheidend zu verkleinern.

Das Argument, daß der Senat in Bremen und seine Mitglieder auch Magistratsaufgaben auszuführen habe, ist als solches richtig. Ich bin aber trotzdem der Auffassung, daß man, wenn man die Entfernungen bedenkt, die ein Minister in den großen Flächenländern auszufüllen hat, ihm das auch zumuten kann. Das ist zumutbar, zumal viele der Aufgaben identisch sind und wir ja auch in Bremerhaven noch einen Magistrat haben, der unabhängig davon tätig werden kann. Ich glaube also, daß in der Sache alles dafür spricht, den Senat entscheidend auf eine Größenordnung zu reduzieren, wie sie in anderen Ländern üblich ist.

Ihr Argument, Kollege Wedemeier, Sie würden das jetzt erst einmal nicht tun, weil, wenn Senatoren beurlaubt würden, sie immerhin 75 Prozent ihres Gehalts bekämen, jetzt bekämen sie 100, und für 25 Prozent müßten sie dann noch arbeiten, ist vordergründig eine frapperende Rechnung. Sie berücksichtigt aber nicht ernsthaft das Problem, denn abgesehen von der grundsätzlichen Weichenstellung einer Verkleinerung des Senats, das will ich einmal ganz deutlich sagen, soll es nach unserer Meinung damit ja nicht aufhören. Der ganze Verwaltungskopf, der darum herum ist, soll auch beseitigt werden. Es geht ja nicht nur um den Senator, es gibt um ihn herum Mitarbeiter, die er hat, Referenten, die er hat. Ich glaube, wenn wir die Senatorenzahl, wie wir vorschlagen, von zwölf auf acht reduzieren — ich nenne gleich Beispiele — und dies dementsprechend dann auch in den Verwaltungen, mindestens in der Verwaltungsspitze, umsetzen, daß dort entscheidende Einsparungen möglich sind.

Meine Damen und Herren, es gibt auch Leute aus der SPD, die werden sagen, damit könnten wir die Probleme Bremens finanziell doch nicht lösen. Das ist völlig richtig, Herr Kollege Stäcker, aber eine solche Absicht, eine solche Maßnahme wäre eine hervorragende Psychologie für das, was Sie ansonsten an Sparmaßnahmen mit dem öffentlichen Dienst vorhaben. Wie kann man denn guten Willens im öffentlichen Dienst rigoros, häufig ohne Aufgabenkritik, wegstreichen und viele Dinge auf dem Rücken der Mitarbeiter austragen, wenn man selbst mit einem schlechten Beispiel vorangeht?

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal sagen, welche acht Ressorts wir für sinnvoll halten, ohne Rangordnung jetzt. Erstens, Präsident des Senats, das ist klar. Zweitens könnten die Bereiche Gesundheit, Soziales und Arbeit zusammengefaßt werden — das ist in anderen Bundesländern auch üblich —, drittens, Wirtschaft und Häfen, viertens, Bau und Umwelt.

(Zurufe)

Ja, das wäre ganz gut! Dann könnten Sie die verschiedenen Tütenkonzepte, die einerseits von Herrn Meyer und andererseits von Frau Lemke kommen, möglicherweise so koordinieren, daß die Leute wissen, wo sie etwas hineintun sollen!

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg.
Mützelburg [GRÜNE])

Fünftens, Inneres und Sport! Die Kollegen, die da die Materie kennen, wissen, daß das auch in anderen Bereichen so ist. Sechstens, Bildung, Wissenschaft und Kunst, siebtens, Justiz und Bundesangelegenheiten, achtens, Finanzen!

Sehen Sie, Herr Kollege, nein, Sie sind ja kein Kollege, Herr Senator Grobecker, Arbeit ist vorgekommen, ich habe Sie nicht vergessen, ich habe Sie untergebracht!

(Heiterkeit bei der CDU)

Das heißt, ich habe Arbeit untergebracht, Sie wären ja bei Finanzen untergebracht. Sehen Sie!

Aber Finanzen und Arbeit zu koppeln, mit Verlaub, meine Damen und Herren, das ist eine typische Lösung Hans Koschnick! Klaus Wedemeier muß sie übernehmen, aber sie entbehrt natürlich jeder Logik. Angesichts der Tatsache, daß der Finanzsenator auf der einen Seite eine Querschnittsfunktion hat, die im Grunde eingreifen muß in alle anderen Bereiche, auf der anderen Seite gerade auch der Arbeitssenator in dieser Situation Bremens besonders aktiv zu sein hat — wenn dies nicht so wäre, wäre dieses Ressort ja überflüssig gewesen —, dies zu koppeln, da kann man nur sagen, das ist völlig unzumutbar. Ich hörte schon aus den Reihen der SPD, daß das nicht lange andauern soll, ich glaube, Herr Kunick hat einmal gesagt, noch nicht einmal bis 1987. Wir werden in der Tat gespannt sein, wie Sie dieses Problem lösen.

Sie sind also, Herr Kollege Wedemeier, obwohl ich sicher bin, daß Sie nicht bestreiten können, daß eine Verkleinerung des Senats sinnvoll wäre, diesen Weg nicht gegangen. Warum sind Sie ihn nicht gegangen? Sie sind ihn deshalb nicht gegangen, weil Sie erst einmal sehen mußten, daß Sie gewählt werden. Das ist doch ganz logisch.

Stellen Sie sich einmal vor, der Kollege Wedemeier, und das macht deutlich, wie schwer das für ihn ist und wird, hätte, nachdem er gesagt hat, ich will Kandidat werden, nun das auch noch gemacht,

(C)

(B)

(D)

- (A) müssen ihn vorher wählen als Senator —, natürlich auch mit der Lage in Bremen zusammen. Das darf dabei nicht vergessen werden. Es hängt mit der Tatsache zusammen, daß ohne besonderen äußeren Anlaß, ohne ein herbeigeführtes Wählervotum oder auch ohne ein Votum in seiner Partei Bürgermeister Hans Koschnick, obwohl für vier Jahre gewählt und obwohl er vorher einen großen Wahlsieg errungen hatte, aus dem Amt scheidet. Das ist der Grund, Herr Wedemeier, weswegen Sie wahrscheinlich neuer Bürgermeister werden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß das natürlich auch in den politischen Zusammenhang der Gesamtlage gestellt werden muß. Es gab ja eine Anzeige, als Hans Koschnick bekundete, von Bremen weggehen zu wollen, und diese Anzeige haben prominente Leute unterzeichnet, auch prominente Sozialdemokraten. In dieser Anzeige hieß es, Herr Bürgermeister Koschnick, bleiben Sie im Amt, Bremen befindet sich in einer schweren Krise, der Kapitän kann nicht sein Schiff verlassen, wenn es durch schwere See fährt. So lautete diese Anzeige sinngemäß.

Der Kapitän verläßt das Schiff, obwohl Bremen sich in der schwersten Krise seiner Geschichte befindet und obwohl viele ihn bedrängt haben. Meine Damen und Herren, ich verstehe Herrn Koschnick. Es wird natürlich sofort widersprochen, wenn wir erklären, Bürgermeister Koschnick habe das Handtuch geworfen. Das klingt auch so nach Boxkampf. Aber es ist natürlich ein Stück Resignation.

- (B) Bei der Würdigung der Persönlichkeit von Hans Koschnick, die insgesamt positiv ausfällt, darf man die Würdigung der Zeit nicht vernachlässigen, die er als Regierungschef politisch zu verantworten hat. Meine Damen und Herren, bei der Bewertung dieser Zeit allerdings kommen wir zu keinem positiven Ergebnis, denn als Hans Koschnick begann, lag die Arbeitslosenquote in Bremen unter dem Bundesdurchschnitt.

(Unruhe bei der SPD)

Ja, ich weiß, das wollen Sie nicht hören! Fragen Sie doch einmal Ihren Kollegen Wedemeier, welche schwere Bürde er zu übernehmen hat!

Als Herr Koschnick begann, lag die Arbeitslosenquote in Bremen weit unter dem Bundesdurchschnitt, jetzt liegt sie weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Verschuldung war zu der Zeit minimal, heute ist sie katastrophal. Damals, als Hans Koschnick begann, war es nicht nur möglich, den Haushalt zu decken, sondern wir hatten noch ein Plus. Jetzt haben wir Hunderte von Millionen allein an laufendem Defizit. Damals war Bremen ein gebendes Land im Finanzausgleich, heute ist es ein nehmendes. Ich könnte dies so fortsetzen, und ich brauche Ihnen das gar nicht zu sagen.

Nun können Sie fragen, ob daran Hans Koschnick schuld hat. Meine Damen und Herren, natürlich hat er daran nicht allein schuld. Aber da das in seiner

Regierungszeit geschehen ist, hat er es zu verantworten, wie es üblich und richtig ist. Weil ihm das alles zuviel wurde, weil nach 18 Jahren Regierungszeit ein Stück Resignation bei ihm einsetzte, hat er eben als Kapitän das Schiff verlassen. Ich finde, wenn man eine Würdigung der Regierungszeit von Hans Koschnick vornimmt, muß dies gesagt werden.

Dennoch geht es ja nun heute nicht mehr um Hans Koschnick, sondern es geht um seinen Nachfolger. Es geht gleich um die Wahl des Kollegen Wedemeier. Lieber Kollege Wedemeier, diese Bezeichnung ist ja nur noch wahrscheinlich für wenige Minuten zulässig.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage dies deutlich, weil, wenn es einem von uns einmal herausrutschte, gegenüber einem Senator Kollege zu sagen, aus Ihrer Fraktion vehement widersprochen wurde.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Parlamentarisch zulässig!)

Sie kommen nun aus der Rolle des Kollegen in die Rolle des Regierungschefs und damit in die zentrale Position der Bremischen Politik und damit natürlich auch, was die Person betrifft, zentral in den Bereich der Kritik oder des Lobes. Sehr wahrscheinlich und zwangsläufig werden sich die Debatten verändern, denn es ist etwas anderes, wenn man unter den Kollegen Fraktionsvorsitzenden über den Ablauf der Parlamentssitzungen und ähnliches spricht oder ob man sich auseinandersetzen muß mit der Speerspitze — ich hoffe, Sie sind das, weil ich glaube, daß Sie auf dem Tandem vorn sitzen — des Senats, der sozusagen personell die Bremische Politik in der Regierung repräsentiert.

Das wird anders werden, aber ich finde, das Beispiel der Beziehungen zwischen Hans Koschnick und der Opposition und auch zwischen Hans Koschnick und mir, wo es über Jahre viele Kontroversen gab, wo wir dennoch vernünftig miteinander gesprochen haben, auch freundschaftlich über gewisse Dinge im Bremischen Interesse geredet haben, das könnte bleiben, und von mir aus soll es so bleiben, so sehr ich gleich mit der Kritik beginnen muß.

(Heiterkeit)

Ich bleibe bei Ihnen! Ich finde, daß, wenn man die Umstände der Regierungsbildung sieht, Sie bei der Senatsbildung — nun können Sie formal sagen, was kann ich dafür, und was habe ich damit zu tun, aber indirekt ja doch eine ganze Menge — keine glückliche Hand bewiesen haben. Ich fange an mit dem Thema der Verkleinerung des Senats.

Meine Damen und Herren, wir haben, obwohl wir kleinstes Bundesland sind, obwohl wir die höchsten Schulden haben und trotz der schweren Finanzkrise, nach wie vor eines der größten Kabinette in den Ländern, demnächst wahrscheinlich elf Regierungsmitglieder, aber immerhin noch viel mehr als woanders, Sie wissen dies. Ich meine jetzt die Flächen-

(C)

(D)

(A) was Herr Scherf getan hat, er hätte vorgeschlagen, wie das in der Tendenz richtig ist, wir verkleinern den Senat und hätte möglicherweise, was ja andersorts nicht unüblich ist, auch noch Personalvorschläge gemacht? Ich befürchte, Herr Kollege Wedemeier, dann wäre es schwer geworden.

(Abg. Klein [CDU]: Ja!)

Die Senatsriege, die wir heute haben, die mit Herrn Wedemeier vervollständigt wird, ist ja nicht aufgrund von Vernunft, Sachkompetenz und ähnlichem zusammengesetzt, sondern ist ein Kompromiß innerparteilicher Ausgewogenheit in der SPD und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Zum Beispiel hätte sich doch angeboten, mindestens den Senator Brückner zurückzuziehen. Aber lassen wir es, Sie müssen mit ihm zusammenarbeiten!

(B) Ich komme dann zu einem weiteren Punkt, der mit der Senatsbildung zusammenhängt, nämlich zu Ihrem künftigen Stellvertreter, Senator Dr. Scherf. Meine Damen und Herren, Sie erwarten doch nicht, nachdem der Kandidat Scherf bei Ihnen heiß umstritten war und, obwohl er als einziger Kandidat auf dem SPD-Landesparteitag antrat, da nur so eben eine Mehrheit bekam, mit Recht nur so eben eine Mehrheit bekam, daß die Opposition sich nicht das Recht nimmt, dies zu bewerten und auf die Gründe hinzuweisen, die damit zusammenhängen, und auch auf die Argumentation, wie wir sie führen!

Meine Damen und Herren, ich sage jetzt lieber Herr Scherf,

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das ist verständlich!)

ich sage das deshalb — Herr Scherf muß mit dem Kopf schütteln, weil nach dem „lieber“ meistens etwas kommt —, weil das nichts zu tun hat mit den persönlichen Begegnungen, sondern etwas zu tun hat mit der politischen Bewertung. Herr Scherf, Sie kennen unsere Kritik, die kommt ja auch teilweise aus Ihren Reihen, Sie sind derjenige, der an herausragender Stelle in den letzten Jahren zum negativen Ruf dieser Stadt beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine nicht nur die Rolle am 6. Mai 1980. Ich meine auch nicht die Äußerungen, in denen Sie den Bundespräsidenten, nicht allein, und den amtierenden Bundestagspräsidenten als Gang bezeichnet haben. Ich meine auch nicht nur Ihre Bemerkung im letzten Jahr, bezogen auf die Bundesregierung, die Bremen helfen soll, sie sei eine schwarze Mafia. Ich meine auch Ihre neuesten Forderungen, die Forderungen nämlich in Ihrem Papier, die darin gipfelten, daß sich Bremen im Bereich der inneren Sicherheit

(C) ausschließlich auf die tägliche Gefahrenabwehr beschränken soll, daß für Sonderlagen keine aufwendigen Sondervorkehrungen mehr vorgehalten werden, und das bedeutet nach Ihrer Meinung unter anderem die Aufgabe des Zivilschutzes und der Bereitschaftspolizei.

(Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU)

Ja, man sollte sagen, Herr Scherf, Sie haben Kombattanten, nämlich die Fraktion der GRÜNEN,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Aber die sind übermorgen nicht mehr da!)

die hier Beifall klatscht!

Meine Damen und Herren, ich will das im Augenblick hier nicht im einzelnen in der Sache diskutieren. Ihr Kollege, der Senator Kröning — das ist ja im Senat ein Kollektiv, in dem Sie zusammenarbeiten —, hat diese Ihre Vorschläge öffentlich bereits als unverantwortlich bezeichnet. Er hat deutlich gemacht, daß es völlig unsinnig ist, dies durchzuführen, Bremen müßte dann auch auf Polizeischutz bei Fußballspielen, Staatsbesuchen und Demonstrationen verzichten.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

(D) Vielleicht will man das. Den Zivilschutz abzuschaffen hält Senator Kröning auch für völlig unmöglich. Ihm glauben Sie vielleicht mehr als mir. Insofern sage ich, da hat er völlig recht, das ist auch nicht der Punkt.

Sie müssen als Mitglied einer Landesregierung wissen, daß das im Grunde gar nicht geht. Sie müssen wissen, daß die Tatsache, daß wir eine Bereitschaftspolizei vorhalten — ich will jetzt nicht sagen, daß sie notwendig ist, das hat Herr Kröning gesagt —, daß wir Zivilschutz betreiben, daß der Verfassungsschutz arbeitsfähig sein muß, arbeitsfähig auch im Sinne der Kooperation mit anderen Bundesländern, daß das im Grunde gar keine Aufgaben sind, denen sich Bremen entziehen kann. Das ist, angefangen vom Grundgesetz über Verwaltungsabkommen, fest geregelt.

Jetzt kommt der Punkt: Ich halte es für völlig unmöglich, daß ein Mitglied einer Landesregierung nachdenkt und Vorschläge aufschreibt, die jeder Realität und Durchsetzbarkeit entbehren. Der Vorgang, daß in einer Landesregierung, die jetzt erneut antritt, ein anderer Kollege dann öffentlich erklärt, das, was der erste gesagt habe, sei Unsinn, ist auch einmalig, insbesondere einmalig deshalb, wenn man bedenkt, daß nun nicht die Demission von Herrn Scherf erfolgt für das, was er da erklärt hat, jenseits von Gut und Böse, sondern daß er noch zum stellvertretenden Regierungschef befördert werden soll.

(Beifall bei der CDU)

(A) Normalerweise wäre das ein Grund gewesen, darüber zu reden, ob Herr Scherf im Senat bleibt. Kollege Wedemeier, Sie haben ihn per Vorschlag befördert.

(Abg. Klein [CDU]: Für ihn gekämpft!)

Sie mußten für ihn kämpfen, sonst wäre er gar nicht durchgekommen. Sie haben für ihn gekämpft, weil Sie ihn wollten.

Warum wollten Sie ihn? Sie wollten ihn nicht, weil Sie in der Spitze des Senats nun einen treuen, loyalen Mitstreiter der vergangenen Jahre haben wollten, sondern Sie mußten ihn wollen, weil nur dadurch das innerparteiliche Gleichgewicht in der SPD herzustellen war. Das ist wiederum wichtig, denn hier ist keine Senatsbildung an der Spitze erfolgt, die von einer gewissen Logik, Führung, Loyalität et cetera geprägt war, sondern die ausschließlich geprägt ist durch die Überlegung, wie die verschiedenen Fronten in der Partei beruhigt werden können. Meine Damen und Herren, dies ist nicht im Interesse Bremens! Wir werden in der Zukunft sehen, was daraus wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte zu dem Gesetzentwurf weiter Stellung nehmen. Ich mache das ganz kurz, weil man sagen könnte, das kostet nur ein paar Mark mehr, und so eine gewaltige Regierungsumbildung — ich meine damit, daß wir einen Staatsrat mehr haben, nicht einmal einen ganzen Staatsrat, sondern nur eine Beförderung von B 7 nach B 8, bisher hatten wir nur einen, es sind nur 7 000 DM im Jahr —, das ist nicht der Punkt, darüber lange zu reden. Der Pressesprecher, der einen großen Sprung macht — —.

(B) (Zuruf des Abg. Stelljes [SPD])

Herr Kollege Stelljes, stellen Sie sich einmal vor, Sie machten den von A 15 nach B 5, das ist doch eine tolle Sache!

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Gassdorff [CDU]: Das kann er sich einfach nicht vorstellen!)

Auch hier akzeptiere ich die Äußerung von Sozialdemokraten, die da sagen, schaut euch an, in anderen Bundesländern sind die Pressesprecher auch in der Regel bei B 5, und der Vorgänger war dies ebenfalls. Das akzeptiere ich, das nehme ich hin!

Dennoch, und das ist die einzige Kritik, Sie müssen sich ja immer die Frage stellen, wie Sie antreten. Sie treten an nach dem Motto, die Zeiten werden hart. Der Kollege Wedemeier hat das mehrfach öffentlich erklärt. Wir müssen sparen, im öffentlichen Dienst wird entschieden gespart. Auch hier hätten Sie die gute Möglichkeit gehabt — Sie können auch verweisen auf andere Bundesländer, aber denen geht es nicht so schlecht —, nun auch ein Zeichen des Spars zu setzen.

Insgesamt kommt der Regierungswechsel teurer. Dies ist natürlich ein Punkt, den Sie vertreten haben. Wenn Sie bedenken, daß woanders, erst vor kurzem in Borgfeld, um wenige tausend Mark gekämpft wird, die gestrichen werden, und Erstklässler dann stundenlang auf den Schulbus warten müssen, und damit das überhaupt klappt mit dem Schulbus, die Schulstunden von 30 auf 27 gesenkt wurden, dann muß das in ein Bild passen.

(C)

Dabei muß ich sagen, es ist dies ja auch kein Regierungswechsel im echten Sinne gewesen. Hier hat sich durch Wählervotum ja nichts geändert, sondern das ist eine innerparteiliche Angelegenheit der SPD gewesen. Insofern ist dies nicht zu vergleichen mit dem Wechsel zwischen Opposition und Regierung.

Ich möchte auch noch eine Bemerkung machen zu demjenigen, der Staatsrat bei Ihnen werden soll, Herrn Euler. Meine Damen und Herren, da könnte man sich ja erst einmal fragen, welches die Aufgabe des Staatsrates ist. Möglicherweise sehen Sie sie unterschiedlich. Aber die Aufgabe des Staatsrates ist es in der Regel, daß er viele Termine, die der Regierungschef nicht wahrnehmen kann, bei Institutionen, bei Verbänden, in der Wirtschaft, bei der Bundeswehr und woanders abdeckt.

Viele haben sich gesagt, Herr Euler ist sicherlich, bezogen auf seinen Bereich, ein geschätzter Mann, obwohl er auch für das Millionen-Risiko des Herrn Brückner mitverantwortlich ist, aber als Arzt weiß er eine ganze Menge, er hat viel Erfahrung in der Gesundheitspolitik. Warum wird nun gerade er Staatsrat bei Ihnen?

(D)

Es gibt Leute, das habe ich aus Ihrer eigenen Partei gehört, die sagen, das hängt auch etwas zusammen mit dem Ausgleichen der verschiedenen innerparteilichen Aspekte. Herr Euler, es muß erlaubt sein, einmal aus Ihrer Vergangenheit zu zitieren. Oh, er sitzt schon rechts!

(Heiterkeit — Abg. Gassdorff [CDU]: Das fällt ihm aber noch schwer!)

Er sitzt schon rechts, und dies in Anbetracht dessen, ich wollte es gerade sagen, daß Sie öffentlich per Gerichtsurteil — ich hätte das nicht so gesagt — als Revolutionär mit Pensionsberechtigung bezeichnet werden dürfen. Das ist ein Gerichtsurteil. Ich hätte das nie so gesagt, weil Sie gar nicht so revolutionär auf mich wirken. Aber Sie haben da wohl eine ganze Menge gemacht, was Ihre Vergangenheit betrifft, und Sie haben darüber hinaus noch kürzlich eine Anzeige von vielen Gruppierungen, mit Herrn Scherf, versteht sich, unterschrieben, in der Sie öffentlich die Absicht der Bundesregierung, was den zivilen Katastrophenschutz betrifft, verweigern wollen, nicht politisch dagegen sind, sondern verweigern wollen.

Meine Damen und Herren, Herr Wedemeier, da kann man sagen, warum denn, es ist doch alles in

- (A) Ordnung, das ist unsere Linie. Ich mache nur deutlich, daß dieses gesamte Personalpaket,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Nicht unpolitisch ist!)

nein, nein, nicht unpolitisch ist, Kollege Kunick, das ist sehr politisch. Aber ob diese Herren im Gesamtkabinett, an der Spitze das Tandem, im Interesse Bremens sind, das allerdings wage ich sehr zu bezweifeln!

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich abschließend den Kollegen Beckmeyer zitieren.

(Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE]: Nicht aufwerten!)

Herr Kollege Beckmeyer, Sie haben mir kürzlich völlig aus dem Herzen gesprochen. Sie haben sich nämlich anlässlich eines Besuches Ihrer Fraktion oder von Teilen Ihrer Fraktion in Betrieben zu dem Image von Bremen geäußert. Da sagen Sie, die Bremer brauchten auch angesichts vieler Negativschlagzeilen über das kleinste Bundesland nicht zu zweifeln. Das ist eine mutige Aussage.

- (B) Dann heißt es weiter, ich überspringe jetzt einiges, aber ich zitiere die Zeitung korrekt: „An den Fakten läßt sich nicht rütteln. Gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die extreme Überschuldung des Landes gibt es kein Patentrezept, das mußte auch Beckmeyer zugeben.“ Dann sprechen Sie davon, daß es auch prosperierende Unternehmen gibt mit technologischer Spitzenstellung, darauf müsse man überregional aufmerksam machen.

„Wir haben es bitter nötig“, so sagen Sie, „unser Image aufzupolieren.“ An anderer Stelle heißt es: „Wirtschaft und Senat müßten in dieselbe Kerbe schlagen.“ Zum Schluß heißt es: „Der Wechsel an der Spitze der Landesregierung bietet für einen solchen Neuanfang gute Chancen.“ Da habe ich gedacht, Donnerwetter!

Dann hatte ich ganz etwas anderes in Erinnerung von den beiden, die sich um die Spitze des Senats bewerben. Herr Scherf war relativ maßvoll, was diesen Bereich Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angeht. Er hat nämlich nur öffentlich gesagt: „Wir müssen auch weiterhin bei Verhandlungen mit der Wirtschaft Rückgrat zeigen.“ Maßvoll für ihn!

Dann heißt es weiter, ich zitiere eine bremische Tageszeitung: „Wedemeier ging ebenfalls in die Vollen. ‚Ich bin nicht der Arschkriecher der Wirtschaft‘“.

Meine Damen und Herren, die Debatte über diesen Sachverhalt kommt an anderer Stelle. Aber, Herr Wedemeier, das ist nicht der neue Anfang! Das ist auch nicht das, was Herr Beckmeyer meint, wie man das Image ändern kann, sondern das ist kontraproduktiv.

(C) Sie haben kürzlich nach Ihrer Wahl in der Partei gesagt — ich zitiere jetzt wieder eine bedeutende Monopolzeitung, eine bedeutende Zeitung in Bremen —: „Wedemeier zuerst zum DGB“. Nun könnte man sagen, warum nicht! Ich würde sogar sagen, in Anbetracht der neuesten Dinge müßten Sie gleich heute nachmittag dort hingehen!

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wissen Sie warum? Weil das Ihre erste große Möglichkeit wäre, auf ein Unternehmen, in dem Ihre Parteifreunde einen riesigen Einfluß haben, in dem viele Ihrer Parteifreunde mitwirken, in dem sogar Senatoren von Ihnen in Aufsichtsräten sitzen, ein Unternehmen, das ein Unternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, dem Sie ja hier in den Führungsgremien mit großen Mehrheiten angehören, Einfluß zu nehmen. Sie sollten einen Gang dorthin sofort machen, um möglicherweise noch zu erreichen, daß die Politik dieses Unternehmens nicht auf dem Rücken vieler tausend Mieter ausgetragen wird. Dazu fordere ich Sie auf!

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

(D) Meine Damen und Herren, es wird von einem Tandem gesprochen, und indirekt wählen wir ja dieses Tandem mit, ein Tandem, das aus den Personen Klaus Wedemeier und Henning Scherf an der Spitze des Senats besteht. Ein Tandem fährt natürlich nur, wenn jeder in dieselbe Richtung tritt, das wissen Sie. Ich finde, Sie haben dadurch, daß Sie dieses Tandem auch öffentlich als tolle Lösung bekunden, natürlich Ihre politischen Möglichkeiten eingengt. Hans Koschnick hat mit Recht als Bürgermeister immer darunter gelitten, daß er keine Richtlinienkompetenz hat.

Im übrigen, wenn Sie das wollen, wir stimmen dem zu. Wir sind bereit, die Landesverfassung so zu ändern, daß der Bürgermeister auch wirklich in die Verantwortung genommen werden kann, auch per Verfassung, das bieten wir Ihnen an. Aber, Herr Kollege Wedemeier, das ist wahrscheinlich kurzfristig nicht durchzusetzen, weil wir dazu Einstimmigkeit brauchen.

Nun haben Sie keine Richtlinienkompetenz, sondern Sie haben noch ein Tandem in der Spitze des Senats. Unser Bundesland Bremen braucht, wie ich finde, in dieser schwierigen Situation, in der schwersten Krise seiner Geschichte in der Führung des Senats kein Tandem, auf dessen Stange die innerparteilichen Machtkämpfe der SPD ausbalanciert werden, sondern, meine Damen und Herren, dieses Bundesland braucht einen unabhängigen, starken Regierungschef, der über die Parteigrenzen hinaus und, wenn es nötig ist, auch einmal gegen die Genossen die Weichen für eine bessere Zukunft Bremens stellt.

Mit Ihrer Wahl, Kollege Wedemeier, insbesondere mit der Konzeption des Tandems an der Spitze des Senats, können Sie diese Aufgabe aus Sicht der CDU-

(A) Fraktion nicht erfüllen, und deshalb werden wir bei Ihrer Wahl mit Nein stimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich eine Delegation begrüßen, die auf dem Zuhörer-rang Platz genommen hat.

Es ist eine Delegation der South West African People Organization of Namibia unter der Leitung von Sam Nujoma.

Ich wünsche der Delegation einen erfolgreichen Aufenthalt in Bremen.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Etwas außerhalb der Tagesordnung, aber direkt im Zusammenhang damit stehend, erfreut uns der Besuch dieser Delegation der Befreiungsorganisation von Namibia besonders. Ich denke, er sollte dem gleich zu wählenden neuen Senator und künftigen Präsidenten des Senats ein Anlaß sein, die Südafrikapolitik dieser Landesregierung zu überdenken.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, auch darin könnte ein Zeichen gesetzt werden, daß sich in Bremen beim Übergang von Hans Koschnick zu Klaus Wedemeier etwas ändert. Die Kollegen, die Freunde aus Namibia, die ja nicht irgendwer sind, sondern da oben sitzt unter Umständen der künftige Ministerpräsident dieses Landes nach der Befreiung vom rassistischen Regime, können erwarten, daß hier ein entsprechendes Zeichen der Freundschaft und der zukünftigen guten Zusammenarbeit gesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als mich meine Fraktion beauftragt hat, heute die Rede zum Senatsgesetz und zum Bürgermeisterwechsel zu halten, habe ich etwas irritiert geschaut und gefragt, mein Gott, was soll man dazu eigentlich sagen? Was soll man dazu sagen? Man kann viele Worte machen wie Herr Neumann, aber das war nicht der Kern der Sache.

(Abg. Neumann [CDU]: Deswegen haben Sie auch eine halbe Stunde beantragt!)

Was fällt einem zu Klaus Wedemeier, zum Senatswechsel eigentlich ein? Es gibt ein einfaches Verfahren, meine Damen und Herren, wenn man an so einem Punkt nicht direkt weiter weiß, man fragt die

Menschen. Es gibt viele Menschen in unserer Stadt, es gibt viele Bürger, die sich auch mit diesen Ereignissen auseinandergesetzt haben. (C)

Ich bin da auf ein sehr merkwürdiges Phänomen gestoßen. Frage ich beim Kaufmann um die Ecke, frage ich abends in der Kneipe, frage ich im Fußballverein: Was fällt Ihnen zu Klaus Wedemeier ein, zum Senatswechsel? Das erste, was ich gehört habe, war: Hans Koschnick fällt uns ein! Hans Koschnick, sagten die Leute, schade, daß er geht, aber vielleicht ist es auch Zeit, daß er geht, denn er ist gescheitert.

Das war das erste, was den Leuten zu Klaus Wedemeier einfiel, und ich denke, das ist überhaupt kein schlechter Gedanke gewesen, denn Bremen hat es in der Tat nötig, daß in der heutigen wirtschaftlichen Situation, daß in der ökologischen Situation, daß in den ganzen verfahrenen Angelegenheiten, auf die wir in diesem Hause auch in den nächsten Tagen wieder zu sprechen kommen, ein neuer Anfang gesetzt wird. Insofern, denke ich, ist es gut, daß den Leuten zu Klaus Wedemeier nicht soviel eingefallen ist, sondern erst einmal eingefallen ist, daß die Politik der Regierung Koschnick am Ende war.

Wenn ich dann weiter gefragt habe, meine Damen und Herren, euch muß doch etwas einfallen, euch muß doch noch etwas einfallen zu dem Senatswechsel, dann habe ich in der Regel den Namen Scherf gehört, Henning Scherf. Die einen haben bedauert, daß er nicht Präsident des Senats geworden ist, die anderen sagen, mein Gott, was wäre dann noch auf uns zugekommen. Aber eines haben eigentlich alle Leute gesagt: Paßt auf, der Mann hat Ideen, der Mann hat Vorschläge gemacht, darüber lohnt es sich zu diskutieren. (D)

Wo sind die Vorschläge von Klaus Wedemeier? Das ist natürlich die Gegenfrage dazu, und ich denke, damit kommen wir auf ein wichtiges Problem dieses Senatswechsels. Politik wird in diesem Lande immer noch als Personalpolitik gemacht und nicht als Politik um Richtungen, Ziele und Programme. Programme nämlich hat die SPD, nicht nur Henning Scherf, sondern auch Konrad Kunick, auch der Kollege Schmurr, auch die Jusos im letzten Vierteljahr in großem Umfang Seite um Seite vorgelegt. Was ist damit bisher passiert? Intern abgebügelt, abgedeckelt, unter der Decke gehalten, keine große öffentliche Diskussion, denn Klaus Wedemeier muß erst einmal gewählt werden. Politische Programme, politische Zielsetzungen, politische Richtung jetzt vorzugeben, schadet offensichtlich parteiintern bei der Wahl.

(Zurufe von der SPD)

Hier wird gelacht über den Kollegen Schmurr.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Über Sie, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in der SPD nicht wissen, worum es geht! Es geht um die künftige Ener-

(A) giepolitik im Lande Bremen, die werden wir heute noch diskutieren.

(Abg. Neumann [CDU]: Heute nicht mehr!)

Na gut! Ich will jetzt nicht weiter erzählen, was den Leuten sonst beim Nachfragen noch zu Klaus Wedemeier eingefallen ist, sonst kommen wir

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Was ist denn Ihnen eingefallen?)

auf Äußerlichkeiten zu sprechen, und das ist, glaube ich, nicht das Entscheidende.

(Abg. Stäcker [SPD]: Das steht Ihnen auch gut!)

Ich glaube, bei dieser Konkurrenz hier im Hause können noch mehrere einsteigen!

Meine Damen und Herren, weil das so ist, denken wir, wir machen hier heute keine Prognosen über die Person Klaus Wedemeier. Wir geben Klaus Wedemeier die Chance, hier seine Regierungserklärung vorzutragen, und wir werden uns dann mit den Zielen und Inhalten seiner vorgeschlagenen Politik beschäftigen. Herr Wedemeier, insofern haben Sie heute noch einen Vorschuß.

(B) Allerdings liegt hier auch das Gesetz über die Mitgliederzahl des Senats und noch einige weitere Änderungen vor, und dieses Senatsgesetz, das hier zur Debatte steht, läßt immerhin einige Rückschlüsse zu auf das, was politisch im Moment in Bremen läuft. Der Senat wird um einen, ja wirklich nur um einen Senator verkleinert. Dieser Senator wird vielleicht auch noch verkleinert, wie das soeben unter der Decke anklang.

Herr Senator Grobecker wechselt ins Finanzressort. Man kann das als Ausdruck dessen werten, wie man den Abgang von Herrn Thape schon gewertet hat, daß auch in der Finanzpolitik das Land Bremen bisher gescheitert ist und offensichtlich neue Akzente gesetzt werden müssen. Allerdings, ob die hemdsärmelige Art von Herrn Senator Grobecker allein ausreicht, Bremen finanzpolitisch wieder in die richtige Richtung zu bringen, ich denke, daran sind Zweifel wirklich berechtigt, Zweifel auch deshalb berechtigt, weil wir alle in den letzten zwei Jahren erfahren haben, wie wenig Senator Grobecker hat ausrichten können bei der hier groß angekündigten Strukturreform des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen.

Meine Damen und Herren, das Senatsgesetz ist aber nicht nur deshalb bedeutsam, weil es den Senat um eine Person verkleinert, sondern vor allen Dingen deshalb, weil es keine neuen Zeichen setzt in der Richtung, die wir GRÜNE schon vor zwei Jahren gemeinsam mit der CDU gefordert haben, nämlich diesen Senat drastisch zu verkleinern, die Arbeit zu

konzentrieren und zu bündeln und tatsächlich auf neue Inhalte und Schwerpunkte auszurichten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Senatsverkleinerung, meine Damen und Herren, an und für sich ist sicherlich nicht der entscheidende Punkt, aber sie hat einen Symbolcharakter nach außen, nicht nur, wie Herr Neumann gesagt hat, wegen der Sparrunden, die Sie im öffentlichen Dienst vorschlagen, und wegen der sonstigen Einsparungen und sozialen Belastungen, die auf die Bürger Bremens zukommen, sondern vor allen Dingen deshalb, weil es ein Zeichen gibt, daß Arbeit konzentriert wird, daß Personen ausscheiden, die verantwortlich sind für eine Politik, die bisher nicht die Zukunft Bremens gewährleisten konnte, und daß tatsächlich ein Neubeginn versucht wird.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine solche Verkleinerung des Senats ist offensichtlich derzeit unmöglich. Herr Bürgermeister Koschnick hat gestern — Altbürgermeister Koschnick muß man wohl sagen — in einem Interview, das der „Weser-Kurier“ abgedruckt hat, auf die Frage, weshalb er nicht schon vor zwei Jahren den Senat verkleinert habe, folgendes geantwortet — ich darf zitieren —: „Sicher, ich habe damals auch Wert auf Harmonie gelegt, das ist naheliegend. Ich wollte die Erfahrungen der Kollegen nutzen, um Strukturveränderungen zu ermöglichen. Ich räume ein, das ist mir nur zum Teil gelungen, weil Kollegen mit ihren Verwaltungen gemauert haben. Die Verkleinerung des Senats wäre als Symbol von Sparsamkeit sicher ein Zeichen gewesen, das bestreite ich gar nicht, aber ich mußte damals auch dafür sorgen, daß eine Frau ins Kabinett kam. Wenigstens das ist gelungen.“

Wenig ist da gelungen offensichtlich, meine Damen und Herren, das räumt der Altbürgermeister selbst ein. Aber entscheidender ist doch dabei, daß er zugibt, vor zwei Jahren war eine Senatsverkleinerung unmöglich, weil Harmonie notwendig war. Gleichzeitig sagt er, im Senat sei quergeschossen worden. Was passiert heute in Kenntnis dieser Tatsachen, in Kenntnis dieser Aussage von Altbürgermeister Koschnick? Immer noch wird im Senat quergeschossen, immer noch bekriegen sich die Ressorts untereinander samt ihren Verwaltungen, immer noch versucht jeder, den größten Brocken an Land zu ziehen. Was passiert da heute? Es wird wiederum auf Harmonie gesetzt! Die Harmonie im Senat ist wichtiger, als ein entscheidendes Symbol zu setzen.

Herr Kollege Wedemeier, was Sie noch sind, die Harmonie im Senat mag vielleicht für Sie persönlich am Senatstisch wichtig sein, aber die Harmonie im Senat kann durchaus dazu führen, daß die Harmonie unter den Bürgern Bremens — Sie setzen ja gerade auf „Wir Bremer“, überall kann man das wieder lesen auf den Plakaten — noch mehr gestört wird, als dies schon durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die Arbeitsmarktlage, durch die Situation im Lande Bremen der Fall ist. (D)

(A) Herr Kollege Wedemeier, der Senat, dem Sie gleich präsidieren werden, ist nun nicht unbeteiligt daran, daß diese Harmonie, die Sie so gern wünschen, die die Sozialdemokratische Partei wünscht, an allen Ecken und Enden in diesen Tagen gestört ist. Oder kann man das als harmonisches Verhältnis der Bürger zu seinem gewerkschaftseigenen Konzern bezeichnen, was hier mit den Wohnungen der Neuen Heimat in Bremen passiert? Genau das ist eine Politik, die einen tiefen Keil weiter hinein zwischen die Bürger treibt, nämlich diejenigen, die als Mieter auf ihre Sozialwohnungen angewiesen sind und erwarten müssen, daß auf sie Mieterhöhungen und weitere Verkäufe hereinbrechen. Das ist keine Senatspolitik, die Harmonie unter den Bürgern fördert.

Oder zwei Jahre Umweltpolitik im Lande Bremen, die wir heute nachmittag diskutieren werden! Jeden zweiten, dritten, vierten Tag lesen wir von Protesten von Bürgern, die aufmerksam darauf machen, was in der Umwelt nicht in Ordnung ist. Frau Senator Lemke kann Erklärungen abgeben, kann sagen, wir werden das tun, vielleicht können wir auch künftig das tun, sie hofft darauf, Zeit zu gewinnen. Zeit haben wir zwei Jahre lang gehabt, Harmonie zwischen Mensch und Umwelt im Lande Bremen ist nicht hergestellt, Kompetenzveränderungen im Senat wird es offensichtlich im Moment nicht geben.

(B) Hier, Herr Kollege Wedemeier, hätten Sie ein Zeichen setzen können, eine Aufwertung des Umweltressorts und ein Abbau anderer Ressorts, die umweltbehindernd arbeiten im Lande Bremen. Da besteht die Möglichkeit, eine Harmonie zwischen Mensch und Natur und unter den Menschen im Lande Bremen in der Auseinandersetzung mit der Natur wiederherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber solange die Wirtschaftsinteressen nicht nur bei der Neuen Heimat, nicht nur in der Frage des Tempolimits — Mercedes-Benz —, sondern auch in allen anderen strukturpolitischen Fragen des Landes Bremen entscheidender sind, solange, denke ich, werden Sie nicht in der Lage sein, diese notwendige Harmonie zwischen Bürgern untereinander und zwischen Bürgern und Politik wiederherzustellen.

Man kann die Beispiele fortsetzen. Auch das Beispiel der Südafrikapolitik der Sozialdemokratischen Partei zum Teil und des Senats insbesondere ist ein gutes Zeichen dafür, wie auf der einen Seite deutliche Interessen, Ansprüche und Forderungen der Bürger stehen, nämlich eine Abkehr von der Politik der Unterstützung des rassistischen Regimes in Südafrika, auch in der Praxis, nicht nur mit Worten, und auf der anderen Seite eine Politik des Senats steht, die es nach wie vor darauf anlegt, die wirtschaftlichen Bänder, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Industrieunternehmen des rassistischen Regimes nicht zu stören. Auch hierin läge eine Möglichkeit, tatsächlich Harmonie wiederherzustellen, indem Sie eine Politik betreiben, die mit den Interessen

dieser Bürger und den Forderungen dieser Bürger übereinstimmt. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Beispiele ließen sich fortsetzen. Wir werden das im Laufe dieser Debatte tun, denn gerade auf der Tagesordnung — die Hafenspolitik steht an, die Umweltpolitik steht an, die Verkehrspolitik im Lande Bremen steht an — gibt es viele Punkte, an denen es sich exemplarisch zeigen läßt, wo Sie gefordert sind, Herr Bürgermeister Wedemeier, wenn Sie es denn nun werden, die neuen Zeichen zu setzen. Da Sie und da die sozialdemokratische Fraktion das aber hier versäumt haben und mit dem Senatsgesetz einen neuen Anfang hätten setzen können, können wir diesem Senatsgesetz nicht zustimmen.

Dabei wiederhole ich, unsere Kritik liegt nicht darin, ob es nun acht oder neun oder sieben Senatoren geben wird. Das ist nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist für uns, ob Sie denn öffentlich nun einmal endlich bereit sind, mehr als solche Worte wie „Bremen ist eine schöne Stadt“ zu sagen. Hier fangen wir neu an.

Wir GRÜNEN haben in den letzten zwei Jahren allerhand Vorschläge gemacht zu einem Neuanfang. Wir haben mit Vergnügen, manchmal auch mit Überraschung gelesen, wie in den zitierten Papieren innerhalb der Sozialdemokratischen Partei unsere Forderungen hier und da Eingang finden, wie Sie sich insbesondere die Rosinen herauspicken, mit denen man öffentlichkeitswirksam Propaganda machen kann. Auch dagegen haben wir politisch gar nichts einzuwenden, und wir hätten auch gar nichts dagegen, wenn Sie das viel entschlossener und viel entschiedener weitermachten. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber was Sie daraus nicht folgern können, Herr Wedemeier und die sozialdemokratische Fraktion, ist, daß Sie das fortsetzen, was Sie die letzten zwei Jahre und das wiederum in Fortsetzung von unendlich vielen Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik im Lande Bremen gemacht haben, nämlich, diese Ihre Politik den Bürgern gegenüber mit der Arroganz der Staatsmacht und der Arroganz der Staatspartei zu vertreten. Was ist es denn anderes, wenn Sie in schweren Auseinandersetzungen — wir hatten es vor zwei Wochen hier debattiert mit den Krankenkassen, wir haben es heute mit der Neuen Heimat — die Sachen unter der Decke halten, nicht den Bürgern gegenüber treten, klaren Wein einschenken — keinen Glykolwein, denn zu versüßen ist da wirklich nichts —, sondern mit diesen Überraschungseffekten hier an das Rednerpult oder vor die Pressekonferenz treten?

Solange Sie die Bürger nicht beteiligen, und zwar nicht nur im nachhinein, sondern von vornherein, an der Lösung der Probleme, solange werden Sie keinen Druck machen können, um nicht mehr abhängig

(A) zu sein von Krankenkassen, von Wirtschaftsunternehmen, von gewerkschaftseigenen Unternehmen. Die Arroganz der Macht, die wir oft als GRÜNE hier im Kleinen im Parlament erleben, erleben die Bürger draußen im Großen, wenn man so mit ihnen umgeht wie etwa in der Neuen-Heimat-Affäre, wenn man so mit ihnen umgeht, daß bei einer Mieterversammlung kein Vertreter des Senats da ist, der sich rechtfertigen kann oder die Politik des Senats erklären kann.

Meine Damen und Herren, auch hier, wenn Sie die Forderungen der GRÜNEN partiell übernehmen, wenn Sie sie selbst verarbeiten in Ihren eigenen Programmen, müssen Sie etwas Entscheidendes ändern: Das Wort von der politischen Kultur hat der Präsident der Bremischen Bürgerschaft heute morgen hier in das Spiel gebracht. Mir ist das langsam peinlich, von wie vielen Seiten das hochkommt.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Nur wenn Sie das sagen, finden Sie das gut!)

Ich sage gar nichts mehr dazu. Das Wichtigste ist, man macht es anders, und wir hören einmal auf, darüber zu reden, sondern man macht es anders!

Das, Herr Wedemeier, erwarten wir von Ihnen in der Regierungserklärung und vor allen Dingen in der praktischen Politik, und zwar nicht nur auf dem Papier in Senatsverlautbarungen, in Presseerklärungen, in Programmen, sondern draußen, direkt gegenüber und mit den Bürgern.

(B) Ehe wir das nicht wissen, wie das geht, werden wir nein sagen müssen, nein sagen zu Ihrer Wahl, nein sagen zu Ihrem Gesetzentwurf. Das heißt dann auch ja zu dem Gesetzentwurf der CDU und nein zu diesem Senat, der in der alten Zusammensetzung offensichtlich alte Politik weitermachen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie mögen das als Kontinuität bezeichnen und die Harmonie im Senat für wichtig halten. Kontinuität der Personen heißt oft auch Kontinuität der Politik. Wir GRÜNE in diesem Parlament rotieren im Moment zur Zeit, wir halten das für eine vernünftige Sache, wir halten es auch für eine vernünftige Sache für die Weiterentwicklung dieses Parlamentarismus und dafür, daß hier ein kräftiger neuer Schub hereinkommt. Diesen gleichen neuen Schub, den die GRÜNE Fraktion sicherlich in diesem Hause in den nächsten Wochen und Monaten zeigen wird, erwarten wir vom Senat.

Herr Kollege Wedemeier, Herr künftiger Bürgermeister Wedemeier, lassen Sie im Senat ebenfalls rotieren! Das könnte Bremen nur von Nutzen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Oeing.

(C) Abg. Oeing (Rep) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgang eines Regierungschefs, und das zu einer Zeit, da Bremen sich in einer extrem schwierigen Situation befindet, kann man je nach politischen Standpunkten positiv oder, wie hier auch gerade durch Herrn Neumann geschehen, negativ kommentieren.

(Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE]: Man kann es auch sein lassen!)

Wir Republikaner sind der Auffassung, daß gerade jetzt große Chancen bestehen, sich um eine politische Erneuerung zu bemühen, die angesichts des schlechten Zustands unseres Zwei-Städte-Staats erforderlich, ja dringend geboten wäre. Wir machen allerdings keinen Hehl daraus, daß nach unserer Ansicht ein Austausch von Personen bei gleichbleibender Politik keine Gewähr für diese Erneuerung bietet.

Erneuerung heißt für uns auch, neue Perspektiven zu finden, die dieses Land Bremen aus der Krise führen, die diesem Land eine Zukunft geben. Da langt es eben nicht, daß man auf langen ausgetretenen Pfaden lediglich die Schuhe wechselt, sondern hier ist es schon erforderlich, neue Wege zu gehen.

Daß man dazu aber bereit ist, ist weder von der SPD noch von dem heute hier zur Wahl stehenden Präsidenten des Senats signalisiert worden. Die Ankündigung von Herrn Wedemeier, er wolle die Politik seines Vorgängers fortsetzen, hieße doch, bezogen auf den jetzigen Zustand Bremens, daß eine falsche Politik fortgesetzt werden soll, daß die schlimmen Zustände in Bremen lediglich verwaltet werden.

(D) Aus allen offiziellen und vor allen Dingen inoffiziellen Erklärungen des zukünftigen Bürgermeisters dieser Stadt konnten wir bisher keine Anhaltspunkte dafür finden, daß es in Bremen zukünftig wieder aufwärts geht. Im Gegenteil, Herr Wedemeier, der heute für das Amt des Präsidenten des Senats kandidiert, hat aus unserer Sicht schon im Vorfeld dieser Wahl eine große Chance vertan, und zwar seiner Partei im Hinblick auf die notwendige Reduzierung von Mitgliedern im Senat die längst fälligen Denkanstöße zu vermitteln. Dies hätten Sie, Herr Wedemeier, schon tun können, als Sie noch Fraktionsvorsitzender waren.

Es wäre aus unserer Sicht auch im Interesse des Landes Bremen wünschenswert gewesen, vor der heutigen Wahl zu diskutieren, ob das kleinste Bundesland, das immer mehr zum Kostgänger anderer Bundesländer wird, es sich leisten kann, die größte Regierungsmannschaft zu stellen, ob es nicht im Interesse einer glaubwürdigen Politik, die Sie ja, Herr Wedemeier, nach außen hin vertreten sollen, besser ausgesehen hätte, wenn Sie mit acht statt mit elf Senatoren einen Neuanfang gewagt hätten.

Wenn Sie die von Ihnen oft gemachten Äußerungen, nämlich eisern zu sparen, auch wirklich ernst

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) meinen, müssen Sie und Ihre Parteifreunde eine weitere Frage diskutieren, eine Frage, die allerdings Herr Neumann völlig ausgeklammert hat, und zwar die, ob Bremen als das höchstverschuldete Land der Bundesrepublik sich ein Parlament leisten kann, das 100 Abgeordnete beschäftigt.

Wenn Sie also einen, wie Sie es formulieren, Sparskurs einschlagen wollen, dürfen Sie diesen zugegebenermaßen brisanten Bereich, der allerdings die Ernsthaftigkeit Ihrer Sparbemühungen unterstreichen würde, nicht ausklammern und müssen ihn in Ihrer Partei zur Diskussion stellen. Wir halten eine Reduzierung der verfassungsrechtlich garantierten Zahl der Mandatsträger im Parlament für wünschenswert.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich möchte mich nicht weiter zu dem Bild äußern, das Sie anlässlich der Wahl des ersten und zweiten Bürgermeisterkandidaten in der Öffentlichkeit abgegeben haben. Dies hat der Kollege Neumann ausführlich getan. Hier teilen wir im großen und ganzen auch seine Ansichten. Nur eines ist für jeden Laien deutlich geworden: Ihre Partei steht vor einer Zerreißprobe, auch wenn die Wahl des Senator Scherf zum zweiten Bürgermeister diesen Tatbestand vernebeln soll. In keinem Land der Bundesrepublik sind Auswüchse einer falschen Ideologie, nämlich der, daß der Staat alles besser kann, so deutlich geworden wie hier in Bremen.

(B) Die Krise Bremens ist in Wirklichkeit die Krise der Partei, die hier die Mehrheit hat, die der SPD. Sie, Herr Wedemeier, treten ein sehr schweres Amt an. Bürgermeister Koschnick hinterläßt Ihnen eine ungeheure Schuldenlast, die höchste Arbeitslosigkeit, die Bremen je hatte, einen aufgeblähten öffentlichen Dienst, eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast für den Bürger und die Gewißheit, daß das Land Bremen noch viele Jahre Kostgänger anderer Bundesländer sein wird.

Wir Republikaner haben uns nach Ihrer Wahl zum Bürgermeisterkandidaten nicht an den abqualifizierenden Äußerungen der größten Oppositionspartei beteiligt, und zwar weil wir der Auffassung sind, daß jeder, der ein neues politisches Amt übernimmt, die Möglichkeit bekommen muß, sich erst einmal zu bewähren. Wir räumen Ihnen also daher die üblichen 100 Tage Schonfrist ein, danach, das versprechen wir Ihnen heute schon, werden wir eine in der Sache harte, aber persönlich faire Opposition betreiben.

Wir werden Sie, Herr Wedemeier, und das sage ich auch ganz offen, nicht zum Präsidenten des Senats wählen, denn Sie stehen für eine Politik, die wir insgesamt nicht mittragen, die wir insgesamt auch nicht mittragen wollen. Trotzdem wünschen wir Ihnen im Interesse des Landes Bremen und seiner Bürger für Ihre Arbeit viel Erfolg. Beim Bürgermeister Koschnick war der Ruf ja besser als seine politischen Leistungen, bei Ihnen wünschen wir uns das genau umgekehrt.

Meine Damen und Herren, noch etwas zu dem Antrag der CDU! Wir finden diesen Antrag sehr gut, wir

(C) werden ihn auch mitmachen, das entspricht immer noch unserer damaligen gemeinsamen Wahlkampfaussage. Ich gehe aber davon aus, daß die SPD diesem Antrag nicht zustimmen wird. Wir werden also die Gesetzesänderung der SPD mittragen, weil wir der Meinung sind, wenig ist immer noch besser als gar nichts. — Ich darf mich bedanken!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ankündigung von 30 Minuten Redezeit ließ Großes erwarten.

(Abg. **Bischoff** [GRÜNE]: Jetzt kommt es!)

Aber da steht man nun und fragt sich, was ist hier vorgetragen und was lohnt der Erwiderung.

(Beifall bei der SPD)

(D) Man hat natürlich volles Verständnis dafür, auch als Abgeordneter der Regierungspartei, wenn in einer Sekunde Null, da der Kollege Neumann nun einen Augenblick lang nicht mit einem amtierenden Präsidenten des Senats konfrontiert hier die Chance hat, das Rednerpult zu nehmen, daß er dies auch wahrnimmt, zumal die Öffentlichkeit in dieser Stunde ein Stück gebannt auf das Parlament sieht, als das sonst leider manchmal der Fall ist.

Die Frage ist, was an politischen Ideen sich wirklich auszutauschen lohnt in einer solchen Stunde und was man da besser wegließe. Fragen, Herr Kollege Neumann, die Sie hier gestellt haben, nämlich was jemand in einem anderen Amt, in einer anderen Funktion verdient hat und was er heute bekommt, finde ich, gehören nicht hierher. Man sollte sich doch eher auf den Grundsatz verständigen, daß besondere Leistung, Herr Fraktionsvorsitzender, wohl auch honoriert werden muß, auch wohl unabhängig davon, was einer vorher verdient hat, als er noch nicht Abgeordneter war. Dies ist überhaupt keine Debattenlage, über die es lohnt, vor der Wahl eines Präsidenten des Senats zu reden.

Zu Ihren Bemerkungen über Mitglieder des Senats sage ich Ihnen an dieser Stelle nur ganz kühl: Wir weisen die persönlichen Qualifizierungen zurück! Wir tragen die hier sitzenden Mitglieder des Senats aus politischem Vertrauen, das heißt nicht, daß in dem einen oder anderen Fall bei der einen oder anderen Aktion oder Bemerkung unter Sozialdemokraten das alles einhellig begeistert getragen gewesen wäre, auch politische Persönlichkeiten zeichnen sich dadurch aus, daß sie Profil haben.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Politisches Tragen bedeutet, daß man eine Persönlichkeit in der Mehrzahl ihrer Aktionen und politischen Handlungen unterstützt, daß man in einer Minderzahl von Fällen auch in kritischer Diskussion mit Parteifreunden verkehrt und daß dann ein solcher Punkt auch abgehakt ist. Das heißt natürlich nicht, daß man kein Verständnis hat, daß aus der Sicht einer anderen Partei man versucht, Salz dahin zu streuen, wo schon lange gar keine Narbe mehr ist, um bei eigenen Parteifreunden damit noch etwas zu erreichen.

Wir Sozialdemokraten schlagen den Abgeordneten Klaus Wedemeier zum Präsidenten des Senats vor, Herr Kollege Mützelburg, nicht mit dem Ziel der Harmonie — Welch vordemokratischen Denkansatz unterstellen Sie uns eigentlich? —, sondern mit dem Ziel, der kleinen Gesellschaft dieses Landes Bremen und Bremerhaven, dieser beiden Städte, zu Fortschritt zu verhelfen aus der Funktion des Präsidenten des Senats, des ersten Bürgers dieser Stadt, beizutragen zu Korrektur — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Der Präsident!)

Des ersten regierenden Bürgers! Ich sehe den Präsidenten schon unruhig.

(Abg. Klein [CDU]: Das Podium wackelt bereits!)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Wir kommen klar! — Bitte, Herr Abgeordneter Kunick!

(Zurufe)

Abg. **Kunick** (SPD): Wir schlagen ihn vor in der Erwartung, daß er Fortschritt mit auch erforderlicher Korrektur verbindet, Reform in den Dingen, in denen wir der Reform bedürfen, sozialen Schutz, gleichzeitig mit auch den notwendigen Interessenausgleichen, die zum Wohl des Ganzen gefunden werden müssen. Harmonie ist nicht das Ziel!

Zu reden ist in einer solchen Stunde, wenn es sich überhaupt lohnen soll zu diskutieren, über Verfassung, und zwar Verfassung in den unterschiedlichen Deutungen, die das Wort haben kann, einmal über die Verfassung, die oberstes gültiges Papier nach dem Grundgesetz ist, auf die er vereidigt wird. Da, meine Damen und Herren, haben wir doch wohl alle zur Kenntnis genommen, daß in dieser Verfassung nicht nur Bestimmungen über die Funktion des Senats stehen, sondern auch darüber, was eigentlich während einer Legislaturperiode passiert und was nicht passiert.

Herr Kollege Neumann, in dieser Verfassung, zu deren Vätern auch politische Väter der CDU-Fraktion gehörten, in dieser Verfassung steht nun nicht, daß die Landesregierung zurücktritt, wenn der Ministerpräsident zurücktritt. Dies ist erst einmal eine Feststellung, und danach richtet sich das politische Verfahren. Das wäre die verfassungsmäßige Seite!

Das zweite ist, das ist auch klar, daß die Bürgerschaft wählt. Die Bürgerschaft wählt einen Senator, und der Senat wählt dann den Präsidenten aus seiner Mitte. Dies, meine ich, muß deutlich gemacht werden. Es handelt sich um den normalen Akt. Diese Verfassung sieht nicht vor, ein Parlament vorzeitig aufzulösen, sondern sie sieht eben diesen verfassungsmäßigen Weg vor, der hier beschritten wird.

Wir wünschen uns für die vor uns liegenden beiden Jahre eine Auseinandersetzung mit den parlamentarischen Kräften, den politischen Konkurrenten, mit denen, die trotzdem im Sinne eines parlamentarischen Findungsprozesses auch Partner sind, eine Auseinandersetzung um den Weg, eine Auseinandersetzung mit dem Senat in Änderung von Verfassung, und jetzt meine ich nicht Rechtsgarantieverfassung, sondern die Zustandsverfassung des Landes Bremen.

Wir wünschen uns ein Ringen zwischen den Fraktionen mit dem Senat um einen Weg, der die reale Verfassung des Landes Bremen in den nächsten beiden Jahren bessert. Dann erhoffen wir Sozialdemokraten uns mit dem Präsidenten des Senats, Klaus Wedemeier, auf der Basis der Rechtsverfassung des Landes Bremen vor die Wähler treten zu können mit einem Erfolg in der Sache und dann erneut um das Vertrauen der Wähler bittend.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das wird dieses Mal wohl ein bißchen schwerer fallen!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort zur realen Verfassung des Landes Bremen sagen! Dieses Bundesland befindet sich zweifelsohne in einer Krise. Der Stadtstaat Bremen, der Stadtstaat Hamburg zeigt übrigens ähnliche Tendenzen, die beiden letzten freien Reichsstädte in ihrer Kleinheit haben große ökonomische und finanzpolitische Schwierigkeiten.

Ich will nur einige Stichworte nennen: Hafenlasten nicht dynamisiert! Die Bürger, die in großer Zahl im Umland wohnen und in Bremen arbeiten, zahlen aus ihrem Arbeitslohn die Steuern bei den Finanzämtern der Wohnsitzgemeinden, aber nicht am Arbeitsort, der die Krankenhäuser und vieles andere an Infrastrukturen vorhält, wo man darüber redet, ob es richtig ist, daß man Arbeitsplätze subventioniert, wenn sie Zukunft bieten. Ich erinnere hier nur einmal an die Bemühungen des Senats um Messerschmidt-Bölkow-Blohm und was da hineingeflossen ist! Sie zahlen also die Steuern nicht an dem Ort, an dem auch Subventionen oder Leistungen aufgebracht werden dafür, Arbeit zu halten und Arbeit zu schaffen.

Nehmen wir das andere Beispiel Daimler-Benz! Das Land Bremen allein hat die Anstrengung für Daimler-Benz getragen. Der Senat, Hans Koschnick, hat diese Anstrengung gemacht. Wir können heute feststellen: Das sind jedenfalls 10 000 Arbeitsplätze, und die Alternative wären 10 000 Arbeitslose. Ich sage

(C)

(D)

(A) nur leise, im Parlament haben wir das gemeinsam getragen. Ich habe in der Zeitung gelesen, was der scheidende Bürgermeister gesagt hat: Und vor Ort, ja vor Ort, da waren Sozialdemokraten allein.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Er hat gesagt, er war allein! — Abg. Gassdorff [CDU]: Er hat gesagt, er war allein! Von Sozialdemokraten hat er nicht gesprochen! — Abg. Klein [CDU]: Keine Geschichtsklitterung! Ich war selbst im Holter Feld, ich habe Sie nicht gefunden!)

Die Wahrheit und keine Geschichtsklitterung, deswegen sage ich es, Herr Kollege Klein! Aber ich will mich in diesem Punkt gar nicht weiter mit Ihnen auseinandersetzen, es wäre eine Sache, aber wir reden noch über die Regierungserklärung. Es gibt viele Möglichkeiten, die Palette der Politik hier auszuweiten.

Ich bin bei der Frage der realen Verfassung unseres Landes! Da ist Reform und Korrektur erforderlich. Da ist erforderlich, ich denke, Reform natürlich an Haupt und Gliedern. Es hat keinen Zweck, nur darüber zu reden, was zwingend ist, daß die öffentlichen Bürokratien in dem Maße, in dem die Einwohner zurückgegangen sind, und in dem Maße, in dem die Finanzen schwierig sind, reformiert werden müssen. Der kommende Präsident des Senats hat ohne Zweifel auch die Aufgabe in der Hand, mit den Senatoren zusammen zu fragen, welche Ämter, welche Aufgaben eigentlich doppelt sind, was geht über die Grenze zwischen Bürokratie und leistungsempfangenden Bürger hinaus, inwieweit gibt es so etwas im Apparat, daß der eine da ist, weil der andere im Apparat da ist, und er muß auch hinterfragen, ob auch noch ein Dritter da sein muß, damit die miteinander kommunizieren. In der Wirtschaftswissenschaft gab es einmal einen englischen Professor, der darüber ganze Gesetze formuliert hat, Mister Parkinson.

(B) Es kommt also schon darauf an, die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu reformieren. Wenn das so ist, darüber streiten wir überhaupt nicht, dann steht auch die Frage an, wie einer neu strukturierten öffentlichen Verwaltung der Senat in welcher Zahl vorsitzt. Wir sind nur im Gegensatz zu den hier geäußerten Meinungen der Auffassung, daß die Frage der zukünftigen öffentlichen Verwaltung durch den Senat in den kommenden Zeiten — und damit sind nicht lange Jahre gemeint — relativ kurzfristig zu klären ist. Wir sind weiter der Auffassung, daß ein solches Konzept dann auch die Frage der politischen Anleitung und Kontrolle der Verwaltungen beinhalten muß, so daß für uns die Frage nach der zukünftigen Mitgliederzahl des Senats auch steht, nur heute ihre endgültige Antwort nicht findet. Damit, Herr Kollege Neumann, sage ich Ihnen den Grund, warum wir heute Ihren Antrag ablehnen.

Über die Frage von Verfassungsänderungen wird man auch parlamentarisch reden müssen. Die Schwierigkeit ist hier schon gesagt worden, nämlich die

Frage der Einstimmigkeit. Für Richtlinienkompetenz spricht manches. Über die zukünftige Größe der Verfassungsorgane wird sicherlich insgesamt nachzudenken sein, das kann man nicht beiseite schieben. Aber dies alles, meine Damen und Herren, sind doch Diskussionen, die nicht geleistet und nicht abgeschlossen werden können in einer Sekunde oder halben Stunde Null vor der Wahl des Präsidenten des Senats.

Ich will zum Schluß, da der Kollege Neumann die Gelegenheit genutzt hat, ein bißchen in seiner Funktion persönlich zu werden, auch ein Stückchen persönlich werden, da wir den Vorschlag gemacht haben und den Abgeordneten Wedemeier wählen werden zum Präsidenten des Senats, ein Stückchen persönlich werden in seine Richtung. Wir wünschen dem kommenden Präsidenten des Senats viel Glück, viel Kraft und Erfolg! Er tritt ein in eine lange Traditionreihe von Stadtherrschaft. Das Rathaus da drüben ist sehr jung, die Freie Hansestadt Bremen ist alt, zehn Jahrhunderte und mehr, wobei wir nicht über die Urkunden reden, die zu bestimmten Zeiten so gefertigt worden sind, wie angeblich schon verblichene Kaiser sie gefertigt haben sollten, sondern real ist die Freie Hansestadt Bremen älter als zehn Jahrhunderte.

Es steht die Frage der Reformen und den Fortbestandes an. Wir wünschen, jede Regierungszeit ist kurz vor dieser Perspektive der zehn Jahrhunderte, wir wünschen, daß es dem Bürgermeister und Präsidenten des Senats Klaus Wedemeier gelingt, in der kurzen Zeit vor dem Hintergrund der Historie, die einem Menschen nur gegeben ist, die notwendigen Schritte mit unserer Unterstützung einzuleiten, daß Erneuerung, Fortschritt und auch Kontinuität im Guten sich mit seinem Namen verbinden! — Ich bedanke mich!

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich lasse als erstes über das in der Mitteilung des Senats enthaltene Artikelgesetz abstimmen und danach über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, da in diesen Gesetzen unter anderem die Mitgliederzahl des Senats neu geregelt werden soll.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Ein bißchen lauter und deutlicher!)

Zunächst lasse ich über die Mitteilung des Senats und dann über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

(Abg. Neumann [CDU]: Dann ist er doch hinfällig!)

Bitte?

(Abg. Neumann [CDU]: Normalerweise ist er dann hinfällig!)

(C)

(D)

(A) Ja, es kommen doch zwei Lesungen, und wir sehen ja, was bei den Abstimmungen herauskommt! Wir lassen nach dem Datum des Eingangs abstimmen, eine andere Bestimmung über die Weiltäufigkeit haben wir nicht.

Meine Damen und Herren, wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1985, des Bremischen Beamtengesetzes und des Bremischen Besoldungsgesetzes, Drucksache 11/460, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Abg. O e i n g [Rep])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und GRÜNE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nunmehr kommen wir zum Antrag der CDU.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, Drucksache 11/461, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, GRÜNE und Rep)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Doppelt hält besser!)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, es gab einige Abgeordnete, die beiden Gesetzen zugestimmt haben. Sie sehen, es ist durchaus ein Sinn in der ganzen Sache.

(Heiterkeit)

Ich stellte fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung:

Meine Damen und Herren, da der Senat um dringliche Behandlung seiner Gesetzesvorlage und um Beschlußfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat, lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eintreten.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Rep und Abg. M ü t z e l - b u r g [GRÜNE])

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(C)

(Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1985, des Bremischen Beamtengesetzes und des Bremischen Besoldungsgesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Rep)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und GRÜNE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Wir kommen nunmehr zur Wahl eines Mitglieds des Senats.

Meine Damen und Herren, üblicherweise faßt die Bürgerschaft ihre Beschlüsse nach Artikel 90 der Landesverfassung mit der Mehrheit der in der Versammlung Anwesenden.

Die Mitglieder des Senats werden jedoch nach Artikel 107 Absatz 2 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Das bedeutet, daß bei der Senatswahl nur die Ja- und Neinstimmen gewertet werden. Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen und bleiben deshalb bei der Feststellung der Mehrheit unberücksichtigt. Das gleiche gilt für ungültige Stimmen.

Diese Regelung entspricht im übrigen der des Bundestages, für den eine gleichlautende Formulierung im Artikel 42 Absatz 2 des Grundgesetzes enthalten ist.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Es ist beantragt worden, daß die Abstimmung in Wahlkabinen erfolgt.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung muß in dem Fall der geheimen Wahl die Abstimmung in Wahlkabinen erfolgen, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Das ist der Fall, deswegen wird in Wahlkabinen abgestimmt.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgenden Anmerkungen machen, das soll keine Belehrung sein, sondern nur eine sachliche Feststellung: Sie

(D)

- (A) haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte, gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel! Falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine einmal, und stecken Sie ihn noch dort in den mitgegebenen Wahlumschlag!

Ich weise noch darauf hin, daß die Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. ^{*/}

Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

(Heiterkeit)

- (B) Ja, meine Damen und Herren, wir haben alle unsere Erfahrungen, wir sind gebrannte Kinder!

Ist das Wahlverfahren klar, meine Damen und Herren?

(Abg. Willers [GRÜNE]: Die Erfahrungen sprechen für Ihre Erläuterungen!)

Ich stelle fest, es gibt keine Fragen. Dann ist das Wahlverfahren für jedermann klar.

Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen!

Gleichzeitig bitte ich die Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen!

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage nochmals, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

Ich stelle fest, das ist der Fall. Meine Damen und Herren, damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

- (C) Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.15 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 12.27 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir vorgelegt wurde von den Schriftführern, wie es die Geschäftsführung vorsieht.

Wahl eines Mitglieds des Senats am 18. September 1985. Ausgegebene Stimmzettel: 98; abgegebene Stimmzettel: 98; vernichtete Stimmzettel: keiner.

Auf den Kandidaten Wedemeier entfielen Jastimmen: 57; Neinstimmen: 39; Enthaltungen: eine; ungültige Stimmen: eine. Bremen, den 18. September 1985, gezeichnet Urban, Pötting, Sixt.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben uns das eigentlich anders vorgestellt! Er ist noch kein Mitglied des Senats, darauf möchte ich Wert legen, das ist er erst durch die Vereidigung! Im Augenblick ist er auch kein Mitglied der Bürgerschaft mehr,

(Heiterkeit)

es gibt also gar keinen Grund zu gratulieren!

(Abg. Gassdorf [CDU]: Dann muß er auch hinaus, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Klaus Wedemeier die Mehrheit erreicht hat, die nach Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung für die Wahl in den Senat erforderlich ist.

Herr Wedemeier, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten.

(D)

(A) Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, den Eid zu leisten mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Ich bitte Sie jetzt, den Eid zu leisten!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Senator Wedemeier, mit der Eidesleistung ist Ihr Amtseintritt in den Senat vollzogen. Ich beglückwünsche Sie zu der Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg für die Wahrnehmung Ihrer Aufgaben im Interesse unseres Zwei-Städte-Staates, im Interesse unserer Bürger. Ich glaube, die vierzehnjährige Tätigkeit als Mitglied des Parlaments wird Ihnen dabei sehr nützlich sein und die enge Verbundenheit auch weiterhin garantieren. Viel Erfolg!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen. Wir treten um 14.30 Uhr wieder zusammen.

(B) (Unterbrechung der Sitzung 12.31 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nimmt unter anderem eine Gruppe der Altentagesstätte Findorff der Arbeiterwohlfahrt teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich Ihnen Mitteilung geben von einem Schreiben, das ich soeben von Bürgermeister Wedemeier erhalten habe. Schreiben mit heutigem Datum!

„Sehr geehrter Herr Präsident! Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß der Senat mit Beschluß vom heutigen Tage gemäß Artikel 114 der Landesverfassung den Unterzeichner zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats sowie Herrn Senator Dr. Henning Scherf zum Bürgermeister gewählt hat.

Weiterhin darf ich Ihnen mitteilen, daß der Senat am heutigen Tage gemäß Artikel 120 der Landesverfassung über seine Geschäftsverteilung wie folgt beschlossen hat: Das Ressort Der Senator für kirchliche Angelegenheiten wurde dem Unterzeichner übertragen.

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Schade!)

Das Ressort Der Senator für Finanzen wurde Herrn Senator Claus Grobecker übertragen. Mit vorzüglicher Hochachtung Klaus Wedemeier, Bürgermeister.“ Soweit das Schreiben!

(Beifall bei der SPD)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind sieben Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Maulkorberlaß des Justizsenators zu Verzögerungen des Geschäftsablaufs bei den Gerichten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Pawlik, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Dr. Pawlik** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Vorfälle haben den Senator für Rechtspflege und Strafvollzug veranlaßt, die Richter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz durch den Präsidenten des Amtsgerichts anzuweisen, daß Verzögerungen im Geschäftsablauf der Justiz gegenüber den rechtsuchenden Bürgern nicht mit dem allgemeinen Hinweis „wegen Personalmangels“ begründet werden?

Soll damit verhindert werden, daß die zunehmenden Verzögerungen auch im Geschäftsablauf der Justiz und ihre negativen Wirkungen für die rechtsuchenden Bürger nicht auf die falsche Sparpolitik des Senats zurückgeführt werden?

Wie wird der Senat sicherstellen, daß künftig der Anspruch des Bürgers auf optimale Arbeit der Justiz erfüllt werden wird?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kahrs.

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für Bundesangelegenheiten Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Mit Schreiben eines bremischen Rechtsanwalts und Notars vom 15. August 1985 war ein Schreiben des Amtsgerichts Bremen in einer Zwangsversteigerungssache mit teilweise vorgedrucktem Text übersandt worden. In dem vorgedruckten Text heißt es:

(C)

(D)

(A) „Aufgrund der angespannten Geschäfts- und Personallage kann ein Versteigerungstermin voraussichtlich erst für“ — dann wird handschriftlich eingefügt — „Dezember 1985/Januar 1986 bestimmt werden.“

Da mir über eine angespannte Geschäfts- und Personallage in diesem Bereich von der Behördenleitung vorher nicht berichtet war, habe ich Herrn Präsidenten des Amtsgerichts Trzeba telefonisch darauf angesprochen, der die in dem Schreiben zum Ausdruck kommende Auffassung zur Geschäfts- und Personallage nicht teilt.

Ich habe ihn daraufhin gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß in derartigen textlich standardisierten Schreiben der Geschäftsstellen nicht Auffassungen zur Geschäfts- und Personallage nach außen mitgeteilt werden, die seiner Auffassung nicht entsprechen. Der Präsident des Amtsgerichts in Bremen hat daraufhin die Anordnung erlassen, die kurz darauf Gegenstand eines Kommentars in einer bremischen Tageszeitung gewesen ist, der seinerseits wohl den Anlaß für die Anfrage vom 18. September 1985 gegeben hat.

Mit ihm, dem Präsidenten, bin ich der Auffassung, daß es ausschließlich Sache der Behördenleitung ist, sich zu Fragen der Personalausstattung des Gerichts gegenüber Verfahrensbeteiligten amtlich zu äußern.

Die Anfrage hat im übrigen offenbar insbesondere die Situation im Schreibbereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bremen im Auge. Dazu ist folgendes festzustellen:

(B) Erstens: Beim Oberlandesgericht und beim Landgericht Bremen bestehen keine Verzögerungen. Rückstände sind nicht vorhanden. Die Schreibarbeiten werden zügig, im wesentlichen unmittelbar nach Eingang, erledigt. Das gleiche gilt für das Amtsgericht Blumenthal. Hier werden die Schreibarbeiten in spätestens fünf bis 7,5 Tagen erledigt.

Zweitens: Auch beim Amtsgericht Bremerhaven werden die Schreibarbeiten in der Regel in spätestens einer Woche erledigt. Lediglich in Mahnsachen dauern sie länger. In Grundbuchsachen dauern sie etwa sechs Wochen. Über diese Erledigungszeiten hinausgehende Rückstände sind auch hier nicht vorhanden.

In Grundbuchsachen betrug die Erledigungszeit vor einem halben Jahr noch rund sechs Monate. Durch eine Geschäftsüberprüfung und durch vorläufige organisatorische Maßnahmen konnte diese Zeit auf jetzt sechs Wochen reduziert werden.

Drittens: Auch die Erledigungszeiten beim Amtsgericht Bremen sind dank des besonderen Einsatzes aller Schreibkräfte wie bei den anderen Gerichten auch trotz teilweiser knapper Personalausstattung nicht wesentlich zu beanstanden. Die anfallenden Schreibarbeiten sind gegenwärtig nach höchstens zehn Arbeitstagen erledigt. Urteile werden überwiegend alsbald nach Eingang beim Schreibdienst geschrieben.

Die in der Vergangenheit bis zu sechs Wochen dauernde Bearbeitungszeit war durch einen gehäuf-

ten Personalabgang im Schreibbereich hervorgerufen worden. Diese Schreibstellen sind zwischenzeitlich bis auf eine wieder besetzt. Es wird zukünftig zu gewährleisten sein, daß frei werdende Stellen zeitnah wieder besetzt werden können, allerdings könnten dadurch Engpässe auftreten, wenn zum 31. Dezember 1985 elf außerplanmäßige Stellen des Schreibdienstes, die befristet für die Grundbuchschrift zur Verfügung gestellt worden sind, entfallen.

Gewisse Probleme bestehen beim Amtsgericht Bremen im Geschäftsstellenbereich in Zwangsvollstreckungssachen und beim Verkehrsgericht. In Zwangsvollstreckungssachen müssen etwa 5 000 Auskünfte aus der Schuldnerkartei erteilt werden, und 200 kommen täglich hinzu. Hier untersucht eine Arbeitsgruppe, ob in diesem Bereich Automationsmöglichkeiten bestehen.

Die durch die um 100 Prozent gestiegenen Verfahren auf Anordnung der Erzwingungshaft bedingten Engpässe in den Geschäftsstellen des Verkehrsgerichts werden ebenfalls auf Automations- und Organisationsveränderungen hin überprüft. — Das war die Antwort, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Pawlik!

Abg. **Dr. Pawlik** (CDU): Davon ausgehend, Herr Senator, daß nach Ihren Auskünften alles in Ordnung zu sein scheint, frage ich Sie, wie erklären Sie sich dann, daß eben bei der rechtsuchenden Bevölkerung wie auch gerade in der Anwaltschaft der Eindruck besteht, daß durchaus in weiteren Bereichen eine zögerliche Behandlung vorkommt? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kahrs: Es treten, da die Personaldecke in der Tat eng ist, die Arbeit aber geleistet wird, dann besondere Engpässe auf, wenn Urlaubs- und Krankheitsfälle sich einstellen, so daß dann schon einmal die Bearbeitungszeiten, wie ich das ja auch vorgetragen habe, etwas länger sein können. Bisher jedenfalls — so teilt mir auch der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts mit — konnten diese Rückstände regelmäßig wieder aufgearbeitet werden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dr. Pawlik!

Abg. **Dr. Pawlik** (CDU): Stimmen Sie mir denn zu, Herr Senator, daß es grundsätzlich einem offenen demokratischen Gemeinwesen angemessen ist, den Bürgern wahrheitsgemäße Angaben darüber zu machen, warum es zu einer zögerlichen Behandlung ihrer Verfahren gekommen sei, und sie nicht etwa an den Präsidenten zu verweisen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Kahrs:** Das sind wohl zwei verschiedene Komponenten, die Sie hier durcheinanderwirbeln. Die Wahrheitspflicht besteht natürlich gegenüber dem Bürger, und davon wird auch im Bereich der Justiz bekanntlicherweise nicht abgewichen. Die andere Frage, von wem diese Mitteilung zu machen ist, habe ich vorhin deutlich beantwortet. Die Mitteilung kann nur durch denjenigen erfolgen, der vom Präsidenten des Amtsgerichts dafür bestimmt ist, diese Auskünfte zu erteilen hat, um auch insbesondere die zu schützen, die in den Geschäftsstellen Erklärungen abgeben müssen, wenn einmal Verzögerungen eintreten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dr. Monnerjahn!

Abg. **Dr. Monnerjahn** (SPD): Herr Senator, könnten Sie dem Herrn Fragesteller in Erinnerung rufen, daß es doch eine Vielzahl anderer objektiver und subjektiver Gründe gibt, die zu einer Verlangsamung der Justizgeschäfte führen, zum Beispiel die sehr, sehr unterschiedliche Arbeitstechnik, die Arbeitsintensität und der Arbeitsstil etwa der Richter, die sich der Weisungsbefugnis der vorgesetzten Behörde im Hinblick auf die Unabhängigkeit der dritten Gewalt entziehen?

(Heiterkeit — Abg. **Tepperwien** [SPD]: Das hast du aber schön gesagt! — Abg.

Fluß [SPD]: Er meint, daß manche Richter etwas fleißiger sind!)

(B)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Kahrs!

Senator Kahrs: Ich kann das schon bestätigen, Herr Dr. Monnerjahn. Mir ist von einigen Fällen berichtet worden, in denen in der Tat manche Richter erst kurz vor Ende der Sechs-Wochen-Frist — es gibt auch verlängerte Fristen, aber in diesem Fall die Sechs-Wochen-Frist — ihre handgeschriebenen Urteile zum Schreiben abgeliefert haben mit der Folge, daß die Schreibdamen mehrere Urteile innerhalb weniger Stunden zu schreiben hatten, so daß sie dann natürlich überlastet waren. Aber ich will diese Fälle hier im einzelnen nicht aufzählen. Mir ist an nachvollziehbaren Beispielen vom Präsidenten des Amtsgerichts dargestellt worden, daß leider auch solche Fälle zu Verzögerungen beigetragen haben.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Siehst du!)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, haben Sie diese stützende Frage des juristischen Kollegen Dr. Monnerjahn bei der offiziellen Erteilung Ihrer Antwort eigentlich nötig?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kahrs: Nein, Herr Klein, ich habe darin lediglich einen Erweiterungs- und Aufklärungsaspekt gesehen, den Herr Dr. Monnerjahn hier einführen wollte. Der Sachverhalt ist an sich völlig klar.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die erste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kahrs für die erteilten Auskünfte.

Die zweite Anfrage beschäftigt sich mit **mehrmönatigen Wartezeiten im Zentrum für Humangenetik der Universität**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Erlenwein, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Erlenwein, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Frau Erlenwein** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß Eltern, die an einer humangenetischen Beratung im Zentrum für Humangenetik und genetische Beratung der Universität interessiert sind, mehrmonatige Wartezeiten hinnehmen müssen?

Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen beziehungsweise unterstützen, um diese Wartezeiten erheblich zu verkürzen und so einer verantwortungsbewußten Vorsorge der Eltern entgegenzukommen?

(D)

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat antworte ich wie folgt:

Im Mai 1977 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen der Universität die Aufgabe übertragen, gemeinsam mit dem Hauptgesundheitsamt Bremen eine humangenetische Beratung durchzuführen, da bis dahin die nächstgelegenen Beratungsstellen in Münster, Hannover und Hamburg gelegen waren. Seitdem hat das Zentrum für Humangenetik und genetische Beratung an der Universität Bremen seine Arbeit aufgenommen und mit ständig wachsenden Fallzahlen bis heute fortgeführt. Das Personal wird zum Teil aus Landesmitteln, zum Teil aus Honorarmitteln finanziert.

Das Zentrum ist in der Lage, alle dringenden Fälle — zum Beispiel Untersuchungen während der Schwangerschaft — ohne Wartezeit zu bearbeiten. Wartezeiten von derzeit bis zu einem halben Jahr treten in denjenigen Fällen auf, in denen kein unmittelbarer medizinisch begründeter Handlungsbedarf besteht.

Der Senat bedauert diesen Sachstand sehr, da durch der Auftrag des Zentrums zur präventiven Risikoverminderung nicht optimal erfüllt werden kann. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst ist bereits seit längerer Zeit gemeinsam mit

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator Lenz!

Senator Lenz: Soweit es sich um 1986 handelt, haben Sie das richtig interpretiert. Wir sind aber dabei, gemeinsam mit der Kammer hier und auch mit der Handelskammer in Bremerhaven zu versuchen, die betroffene Wirtschaft zu interessieren, mit uns gemeinsam die Mittel aufzubringen, die erforderlich sind, um sich an der Grünen Woche 1987 wieder zu beteiligen. Diese Verhandlungen laufen gegenwärtig.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Ist dem Senat bekannt, daß anlässlich der Grünen Woche 1985 bei einer Veranstaltung des Bremer Stammtisches Bürgermeister Koschnick in einer Rede sowohl dem Berliner Bundesratssenator Scholz als auch dem Bauernpräsidenten und anwesenden Bundesministern zugesagt hat, offiziell in einer Rede vor allen Gästen, daß das Land Bremen 1986 nicht mehr ausscheren würde, sondern wieder mit einem Informationsstand auf der Grünen Woche sein würde? Was hat zur Änderung dieses Gesinnungswandels, muß ich dann ja fast fragen, geführt?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator Lenz!

(B) **Senator Lenz:** Mir ist nicht bekannt, ob der Präsident des Senats solche Äußerungen gemacht hat. Im Senat ist meines Wissens darüber nicht gesprochen worden. Mir jedenfalls ist eine solche Äußerung nicht bekannt. Nun kann man ja auch nicht einen privaten Stammtisch, an dem eine Erklärung abgegeben wurde, als ein politisches Organ betrachten. Das ist wohl etwas überzogen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß das so privat nicht war und daß er als Präsident des Senats gesprochen hat und auch diese Erklärung abgegeben hat? Aber meine Frage jetzt, die zweite gleich hinterher, um das abzukürzen: Ist der Senat nicht mit der CDU-Fraktion der Meinung, daß es gerade angesichts der positiven Entwicklung der Fischerei gut wäre für die Fischindustrie, auf der größten Lebensmittelmesse anlässlich der Grünen Woche auch 1986 zu werben, und ist der Senat flexibel genug, das noch hinzubekommen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Lenz: Der Senat ist mit und ohne CDU der Meinung, daß es erforderlich ist, daß wir uns wieder beteiligen. Ich habe doch vorher darauf hingewiesen, daß wir versuchen, in Gesprächen mit den Betroffenen es hinzubekommen, daß wir zumindest ab 1987 uns wieder beteiligen, weil es für 1986 sehr

(C) schwer sein wird. Die Möglichkeiten wurden schon, wenn man so will, vergeben. Wir haben keine Chance mehr, einen entsprechenden Platz zu bekommen.

Ich will nicht ausschließen, daß es sicherlich unser Bemühen sein wird, auch zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, auch besonders wegen der Entwicklung, auf die Sie hingewiesen haben, für 1986 noch etwas zu tun. Aber ich kann das nicht zusagen. Ich kann nur soviel zusagen, daß unsere Bemühungen intensiv darauf abgezielt sind, zumindest ab 1987 wieder dabei zu sein.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Lenz.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf **befristete Mentorenverträge**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Willers, Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Mützelburg, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wir fragen den Senat: Erstens: Ist der Senat mit uns der Ansicht, daß die Beratung von Fernstudenten der Fernuniversität Hagen am Studienzentrum Bremen eine auf Dauer angelegte Aufgabe darstellt, die auch künftig weitergeführt werden soll?

Zweitens: Warum wurden dennoch mit den Mentoren für ihre Tätigkeit befristete Arbeitsverträge für ein Studienjahr abgeschlossen, die bei einigen bereits mehr als fünfmal verlängert worden sind?

Drittens: Beabsichtigt der Senat, seine politische Aussage, keine Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu entlassen, durch die Nichtverlängerung der Dienstverträge und den Ersatz der Mentoren durch Lehrer praktisch zu umgehen?

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

(D) Nur die allgemeine Verpflichtung von Land und Universität Bremen, die Betreuung und Beratung von Fernstudenten der Fernuniversität Hagen am Studienzentrum Bremen durchzuführen, ist aufgrund der bestehenden Verträge von Dauer. Die jeweils individuelle Wahrnehmung dieser Funktionen wird üblicherweise, auch bundesweit, nicht als Daueraufgabe organisiert, sondern entsprechend den jeweiligen personellen Gegebenheiten als von vornherein befristete Aufgaben von verschiedenen Personengruppen mit unterschiedlichem Status wahrgenommen. Dabei überwiegen befristete Nebentätigkeiten oder mit befristetem Auftrag die Wahrnehmung im Rahmen eines anderen Hauptamts, daneben befristete Teilzeit-Arbeitsverträge, vergleichbar mit der Betreuung von Vollzeitstu-

(A) dem Zentrum für Humangenetik und genetische Beratung und der Universitätsleitung darum bemüht, eine Lösung der wesentlichen räumlichen und personellen Probleme zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Erlenwein!

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Meinung, daß es in Einzelfällen dazu kommen kann, wenn die Wartezeiten gerade im Bereich der pränatalen Diagnostik so eintreten, wie Sie es teilweise beschrieben haben, daß dann die Ergebnisse, Untersuchungs- beziehungsweise Beratungsergebnisse, nicht mehr umgesetzt werden können, so daß also im Einzelfall auch diese Beratungen mehr oder weniger wertlos sind?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich weiß nicht, was Sie unter der Umsetzung dieser Beratungsergebnisse verstehen. Ich weiß, daß natürlich mit diesen Wartezeiten für die Überlegung derer, die in solche Untersuchungen eintreten, Schwierigkeiten auftauchen, ihre eigenen Planungen, Entscheidungen zu realisieren. Das bedauern wir ja auch. Ob sie dadurch unmöglich werden, weiß ich nicht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

(B) Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Senator, wie beurteilt der Senat die Aussage in seiner Mitteilung vom 28. 5. 1979, in welcher über die gesundheitspolitischen Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik im Lande Bremen folgendes zu lesen ist: „Während der Bedarf an humangenetischer Beratung einschließlich der notwendigen Laboruntersuchungen für Bremen voll abgedeckt werden kann, besteht auf dem Gebiet der pränatalen Diagnostik noch ein Nachholbedarf, dem in den kommenden Monaten Rechnung getragen wird.“?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Wir haben, das ist in der Antwort des Senats deutlich geworden, die personellen und vor allen Dingen auch räumlichen Fragen — es ist sehr stark auch von der Schaffung zusätzlicher Räume abhängig — zusammen mit der Universität im Augenblick noch nicht lösen können.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Senator, haben Sie eine Planung in dieser Richtung, die Sie hier dem Hause mitteilen können, wie lange das dauern wird, bis dieser Engpaß, oder man kann schon sagen Mißstand, dann auch behoben werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Es ist ein Engpaß, und diesen Engpaß hoffe ich in den nächsten Monaten beheben zu können. Das heißt also, ich hoffe, mit Ablauf dieses Jahres oder in dem ersten Viertel des nächsten Jahres eine solche Lösung verwirklichen zu können.

(Abg. Frau **Erlenwein** [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die zweite Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

Die dritte Anfrage befaßt sich mit der **Beteiligung Bremens an der Grünen Woche 1985**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Wilhelms, Kudella, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Wilhelms, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Wir fragen den Senat:

Aus welchen Gründen hat der Senat auf einen Informationsstand anläßlich der Grünen Woche 1985 in Berlin verzichtet?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Lenz.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Lenz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bremen beteiligt sich seit 1984 nicht mehr an der Internationalen Grünen Woche in Berlin, weil der Zuschußbedarf, der zuletzt auf rund 120 000 DM anwuchs, auch nach intensiven Einsparüberlegungen nicht weiter ermäßigt werden konnte. Die Senatskommission für Bremen-Werbung — die Senatskommission für Bremen-Werbung, ich betone das —

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Das ist höherwertig!)

hat daraufhin am 20. April 1983 beschlossen, daß sich das Land Bremen ab 1984 nicht mehr an der Internationalen Grünen Woche beteiligen wird.

Die Deputation für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherfragen wurde in ihrer Sitzung am 13. Juni 1983 über diesen Beschluß unterrichtet.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Wilhelms!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, daß nach dieser Antwort für Bremen als einziges Bundesland es weder beabsichtigt noch vorbereitet ist, daß es anläßlich der Grünen Woche 1986, es handelt sich ja um die größte Lebensmittelmesse in Europa, ebenfalls mit einem Informationsstand vertreten sein wird?

(C)

(D)

(A) Gründen erfolgte Kündigung eines Auszubildenden bei der Firma Krupp Atlas-Elektronik zu?

Werden Kenntnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz oder anderer bremischer Stellen an Firmen, an den MAD oder andere Behörden weitergegeben, die der Sicherheitsüberprüfung bei der Einstellung beziehungsweise bei Beschäftigten dienen?

Falls ja, mit welchen Betrieben in Bremen arbeiten bremische Behörden mittelbar oder unmittelbar bei der Sicherheitsüberprüfung bei Einstellungen und Überprüfung von Beschäftigten zusammen, und wie wird dies begründet?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kröning.

Senator für Inneres Kröning: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat sind die Gründe nicht bekannt, die die Firma Krupp Atlas-Elektronik veranlaßten, dem betreffenden Auszubildenden das Ausbildungsverhältnis fristlos zu kündigen. Auch der Handelskammer Bremen gegenüber, die der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst um Stellungnahme zu der Angelegenheit bat, nannte das Unternehmen die Gründe nicht.

Zu den Fragen zwei und drei: Nach Paragraph 3 Absatz 2 Ziffer 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz wirkt der Verfassungsschutz mit bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden oder die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können.

Über die Bereiche, in denen Überprüfungen von Personen stattfinden, unterliegt der Senat hinsichtlich der Tätigkeit des Verfassungsschutzes der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. Die Rechte der Bremischen Bürgerschaft sind durch die regelmäßig stattfindende Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission gewahrt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Darf ich daraus schließen, Herr Senator Kröning, daß es möglich gewesen ist, daß in dem hier vorliegenden Fall, in dem ein Lehrling fünf Minuten nach Beginn seiner Probezeit sein Ausbildungsverhältnis gekündigt bekommen hat, und zwar ohne Gründe, aber dem Betriebsrat weitergegeben mit der inoffiziellen Begründung, wegen Teilnahme am Lehrstellenmarsch, diese Kündigung bedingt worden ist durch Auskünfte bremischer Sicherheitsbehörden, zum Beispiel des Verfassungsschutzes, an die Firma?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kröning: Nein, das können Sie daraus nicht schließen, denn die Gründe, die die Firma zu dieser Kündigung veranlaßt haben, sind niemandem mitgeteilt worden und sind auch von uns nicht herauszufinden. Wir haben keine Rechtsgrundlage dafür, das herauszufinden. Sie wissen ja auch, daß selbst arbeitsrechtlich, arbeitsgerichtlich diese Entscheidung — die fristlose Kündigung von Ausbildungsverhältnissen — leider keiner Nachprüfung unterliegt. Die Möglichkeit, daß Firmen für die Personenüberprüfung den Verfassungsschutz befragen, besteht. Das können Sie dem Gesetz entnehmen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Kröning, trifft es denn zu, daß die Firma Krupp Atlas-Elektronik zu dem im Paragraphen 3 Verfassungsschutzgesetz umrissenen Firmenkreis gehört?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kröning: Darüber gebe ich hier keine Auskunft. Die Rechte des Parlaments werden durch die Parlamentarische Kontrollkommission wahrgenommen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Kröning, nach Paragraph 6 des Verfassungsschutzgesetzes besteht auch die Möglichkeit, Erkenntnisse weiterzugeben, sofern der Bestand des Landes Bremen oder des Bundes oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet sind. In diesem Fall hat der Senator für Inneres ja zuvor dazu sein Votum zu geben. Hat dieser Fall vorgelegen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Herr Abgeordneter Mützelburg, wenn Sie eine juristische Aufklärung benötigen und das Hohe Haus damit einverstanden ist, daß ich sie Ihnen gebe, will ich Sie noch einmal auf die Paragraphenkette aufmerksam machen, nämlich Paragraph 3 Absatz 2 Nummer 1, ferner Paragraph 6 Absatz 2 Nummer 2 und schließlich die Vorschrift in Paragraph 7 über die parlamentarische Kontrolle. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Kröning, ist es so, daß Sie zwar bereit sind, dem Hause die Rechtslage darzustellen, aber nicht bereit sind, in der Sache Auskunft darüber zu geben, und — jetzt füge ich an — daß Sie in dieser Beziehung nicht einmal soweit gehen wie Ihr Vorgänger, Herr Senator Fröhlich, der bei einer ähnlichen und umfassende-

(C)

(B)

(D)

(A) denten durch Tutoren, wissenschaftliche Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter, die bundesweit ebenfalls durchweg befristete Arbeitsverträge haben.

Aus der Beantwortung der ersten Frage ergibt sich, daß die Fragestellung nicht zutrifft. Der Einsatz von Lehrern zur Beratung von Fernstudenten der Fernuniversität Hagen wird nach Angaben der Fernuniversität auch in anderen Bundesländern praktiziert.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, ist Ihnen bekannt, daß bei anderen ähnlich gearteten Arbeitsverträgen, die so häufig verlängert worden sind wie die Arbeitsverträge für Mentoren für die Fernuniversität Hagen, Arbeitsgerichte das Vorliegen von Dauerarbeitsverhältnissen angenommen haben?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Das ist mir nicht bekannt.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

(B) Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, ist Ihnen bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei, insbesondere ihre Bundestagsfraktion, sich gegen eine Ausweitung der Zeitbeschäftigungsverhältnisse an Hochschulen ausgesprochen hat?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Das ist sehr viel differenzierter zu sehen. Wir sind uns, glaube ich, in allen sozialdemokratisch regierten Bundesländern einig darüber, daß der wissenschaftliche Betrieb, der Forschungsbetrieb der Universität, ganz gleich, wo sie arbeitet, also auch in Bremen, die befristeten Verträge als Notwendigkeit voraussetzt.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, handelt es sich bei den hier in Frage kommenden Tätigkeiten um Tätigkeiten, die in der Forschung sind oder die der Nachwuchsausbildung von Wissenschaftlern dienen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Dies ist hier eine Förderung von Studenten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, sind Sie nicht der Auffassung, wenn Sie jetzt Lehrer für solche Tätigkeiten, ich will damit ausdrücklich

(C) sagen Lehrtätigkeiten, einsetzen, daß diese auf Dauer wahrzunehmen sind, denn Lehrer sind ja auch auf Dauer beschäftigt?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Aber sie werden nur auf bestimmte definierte Zeiträume hin zu dieser Aufgabe an die Universität delegiert.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, gehe ich in der Annahme fehl, daß diese ganze quasi Entlassung der Mentoren nichts anderes ist als eine von haushaltspolitischen Zwängen diktierte Maßnahme?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Sie gehen richtig in der Annahme, daß die Fülle der Ressortentscheidungen durch Haushaltszwänge diktiert ist.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Eine letzte Frage, Herr Senator Franke! Darf ich daraus entnehmen, daß Sie solche haushaltspolitischen Zwänge für wichtiger ansehen als sozialpolitische Maßnahmen, um einem Personenkreis, der ja ausschließlich von dieser Tätigkeit lebt, soweit es mir bekanntgeworden ist, seine Arbeitsmöglichkeiten zukünftig aufrechtzuerhalten?

(D) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich lasse mich in der Sache bei einer Entscheidung davon leiten, daß erstens die Entscheidung angemessen ist und zweitens die Entscheidung Geld spart.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die vierte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

(Beifall bei der SPD)

Die fünfte Anfrage betrifft die **fristlose Kündigung eines Auszubildenden bei der Firma Krupp Atlas-Elektronik**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Bernbacher, Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Treffen nach Kenntnis des Senats die in den „Bremer Nachrichten“ vom 6. 9. 1985 vermuteten Gründe — Teilnahme an einem Lehrstellenmarsch und anderes — für die fristlose und ohne Angabe von

(A) ren Angelegenheit im Jahre 1978 immerhin dem Hause eindeutig mitgeteilt hat, daß entsprechende Anträge beim Senator für Inneres nicht eingeholt worden sind und er auch versichern könne, nicht entsprechend beteiligt gewesen zu sein?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Ich kenne die damalige Auskunft nicht, aber das Gesetz, das sich das Parlament dazu 1981 gegeben hat, sieht vor, daß hier weder über die Bereiche, in denen solche Überprüfungen stattfinden, noch über Einzelfälle Auskunft gegeben werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Kröning, wenn der Sachverhalt juristisch so ist, sind Sie mit mir der Auffassung, und zwar als Senator und als Sozialdemokrat, daß es politisch dringend erforderlich wäre, die Sache so aufzuklären, daß dabei herauskommt, daß bremische Sicherheitsbehörden, die Ihrem Ressort unterstehen, daran nicht beteiligt sind?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

(B) **Senator Kröning:** Ja, ich bin bereit, diese Unterscheidung zwischen dem geltenden Recht und einem Recht, das man anstreben könnte oder sollte, zu machen. Da Sie offenbar in den Parlamentsprotokollen gewälzt haben, darf ich Sie daran erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses 1981 im Zusammenhang mit dem Erlaß des Verfassungsschutzgesetzes in einem Antrag, der von mir unterzeichnet war, gefordert hat, daß diese Rechtsgrundlage, auf die ich mich berufen habe und die deckungsgleich ist mit der einer Vorschrift im Bundesverfassungsschutzgesetz, eingeschränkt wird.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Dann man los!)

Diese Einschränkung vertreten wir auch bei der gegenwärtigen Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Insoweit möchte ich Ihnen doch entgegenkommen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen? — Bitte, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Kröning, darf ich Sie dann fragen, ob Sie verwaltungsintern bereit sind, dafür zu sorgen, daß diesen Ihren Intentionen Rechnung getragen wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Ja natürlich, was die Änderung des geltenden Rechts angeht! Das ist aber Bundes-

recht und nicht Landesrecht, und solange solche Vorschriften gelten, werden sie auch angewandt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die fünfte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kröning für die erteilten Auskünfte.

Die sechste Anfrage hat die **Ausfallstunden in den Berufsschulen** zum Gegenstand. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Ravens, Klein, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Antragsteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Ravens (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie gedenkt der Senat den hohen Unterrichtsausfall an den Berufsschulen im Lande Bremen zu beheben?

Wie bewertet der Senat die Vorschläge seines Mitgliedes Dr. Scherf, weitere Lehrerplanstellen zu streichen?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: (D)

Die Unterrichtsversorgung der insgesamt 23 beruflichen Schulen beziehungsweise Abteilungen der S-II-Zentren im Lande Bremen ist je nach Berufsfeldern, Berufsgruppen und Bildungsgängen äußerst unterschiedlich. Insofern verbietet es sich, pauschal von Unterrichtsausfall an allen beruflichen Schulen zu sprechen.

Die Lehrerbedarfssituation der einzelnen beruflichen Schulen für das Schuljahr 1985/86 ist gegenwärtig noch nicht präzise beschreibbar. Das Platzangebot der Vollzeitbildungsgänge, insbesondere der qualifizierenden Maßnahmen, ist noch nicht ausgeschöpft, deshalb laufen zur Zeit Nachrück- und Umgruppierungsverfahren. Maßnahmen freier Träger im Rahmen des Bremischen Gesetzes zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation werden erst jetzt plaziert, in der Teilzeitberufsschule sind die Einschulungen noch nicht abgeschlossen. Dies alles hat Auswirkungen auf den quantitativen und fachspezifischen Versorgungsstand der einzelnen Schulen.

Die Personalversorgung der beruflichen Schulen ist besonders schwierig. In der Vergangenheit sind bereichsweise Versorgungslücken durch Mangel an geeigneten Bewerbern entstanden. Stabile Lehrerbedarfsprognosen als Grundlage langfristiger Bedarfsplanung werden durch die Notwendigkeit zu kurzfristiger Reaktion auf Ausbildungsnot und Lehrstellenmangel erschwert. Die Tendenz zu längerer Verweildauer im System der beruflichen Bildungsgänge und der wachsende Zustrom von Abiturienten

(A) erhöhen den Bedarf. Die Möglichkeiten zu Neueinstellungen sind äußerst begrenzt. Sowohl Bewerber als auch im Dienst befindliche Lehrkräfte werden durch bessere Konditionen in andere Bundesländer abgeworben.

Durch Krankheit, Beurlaubung oder vorzeitiges Ausscheiden entstehen punktuelle Lücken, die in kleinen, hochspezialisierten Berufsgruppen zu unersetzbaren Ausfällen führen.

Der Senat hat trotz des generellen Einstellungsstopps in den letzten Jahren versucht, der besonderen Versorgungslage der beruflichen Schulen Rechnung zu tragen. Im Sonderprogramm zur Minderung der Lehrerarbeitslosigkeit konnten im Umfange von 20 Stellen Lehrkräfte für die beruflichen Schulen gewonnen werden. Im Rahmen des Bremischen Gesetzes zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation sind für Vollzeitmaßnahmen im Jahre 1985/86 21 Lehrerstellen und 22 Lehrmeisterstellen zur Verfügung gestellt worden, die inzwischen besetzt wurden beziehungsweise für die das Einstellungsverfahren läuft. Hinzu kommen Stellen und Mittel für den aus dem Programm entstehenden Zusatzbedarf in der Teilzeitberufsschule. Auch in speziellen Einzelfällen hat der Senat durch Ausnahmeentscheidungen Einstellungen ermöglicht.

Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst hat alle Anstrengungen unternommen, Lehrkräfte mit einschlägiger beruflicher Vorbildung und mit geeigneten Unterrichtsfächern aus dem Bereich der allgemeinbildenden Regelschulen in die beruflichen Bildungsgänge zu versetzen oder abzuordnen. Umfassende und gezielte Maßnahmen der Lehrerfort- und -weiterbildung sollen diesen Lehrkräften die Einarbeitung erleichtern und eine dauerhafte erfolgreiche Arbeit in den Berufsschulen ermöglichen. Diese Bemühungen werden intensiv und kontinuierlich fortgesetzt.

(B) Vorschläge zur Streichung von Lehrerplanstellen sind dem Senat bisher nicht gemacht worden.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch nach einer Zusatzfrage? — Bitte, Herr Ravens!

Abg. Ravens (CDU): Herr Senator, ist dann damit zu rechnen, ich habe die Zahlen anhand der Vorlage 68 aus der Deputation, daß wiederum so hohe Ausfallstunden zu verzeichnen sind, die über 30 Prozent liegen, wie Rübekamp 31 Prozent, Hauswirtschaftsschule Süd 26 Prozent, Berufsfachschule für den Großhandel 24 Prozent, in Bremerhaven Ausbildungsvorbereitungsjahr 40 Prozent? Ist damit zu rechnen, daß diese Zahlen wieder eintreten werden, oder wird sich da einiges verbessern?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Ich rechne damit, daß wir in diesem Jahr eine leicht verbesserte Situation haben werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Ravens! (C)

Abg. Ravens (CDU): Herr Senator, können Sie sich vorstellen, daß der ausbildenden Wirtschaft die Lust vergeht, weiterhin auszubilden, wenn der Senat nicht endlich nachkommt, den Berufsschulunterricht in dem erforderlichen Umfang bereitzustellen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der ausbildenden Wirtschaft die Lust an der Ausbildung vergeht!

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Ravens!

Abg. Ravens (CDU): Kennen Sie den Brief einer großen Schiffsmaklerei in Bremen, in dem es unter anderem heißt: „Wir können uns auch nicht vorstellen, daß es in Ihrer Absicht liegt,“ — der Brief ging an Ihr Haus — „die Bemühungen der bremischen Wirtschaft um eine qualifizierte Ausbildung durch die Reduzierung des Schulunterrichts zu unterlaufen.“?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Die Vermutung dieser Firma ist richtig.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? (D)

(Abg. Ravens [CDU]: Nein danke!)

Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Urban!

Abg. Urban (CDU): Herr Senator, waren Sie gestern nicht ebenso erstaunt wie wir, als wir in der Tagespresse lesen konnten, daß im vollschulischen Berufsbildungsbereich 700 Plätze unbesetzt waren, und würde die Besetzung dieser 700 Plätze in dem hier angesprochenen Bereich nicht auch noch zu zusätzlichen Belastungen führen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Belastungen sind natürlich immer durch zusätzliche Versorgung von Schülern gegeben. Nur, in diesem Falle sind wir imstande, das sind ja vollqualifizierende Maßnahmen, die vollqualifizierenden Maßnahmen unter Aufrechterhaltung der jetzigen Situation zu erteilen, es wird also nicht schlechter.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Urban!

Abg. Urban (CDU): Herr Senator, ist es richtig, daß, um den Betrieb in den vollschulischen Berufsausbildungseinrichtungen sicherzustellen, aus den normalen Berufsschulen Lehrkräfte abgezogen wurden?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Es gibt immer Versetzungen zwischen den einzelnen Schulen. Das gilt auch für das allgemeinbildende Schulwesen. Ich habe ausgeführt, daß wir auch dort Lehrer in das berufsbildende Schulwesen umsetzen müssen. Also, zwischen allen Schulen findet immer ein Austausch statt. Aber wir sind nicht der Meinung, daß wir die Teilzeitberufsschulen zugunsten der Vollzeitberufsschulen nach unten fahren dürfen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die sechste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

(Beifall bei der SPD)

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit der **Übernahme von Auszubildenden im öffentlichen Dienst und bei Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung nach der Abschlußprüfung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Ravens, Klein, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Ravens** (CDU): Wir fragen den Senat:

(B) Wie beurteilt der Senat die Forderung der Gewerkschaften nach „Übernahme der Auszubildenden in ein festes Arbeitsverhältnis nach der Lehrabschlußprüfung“, und ist er gewillt, diesen Forderungen für den öffentlichen Dienst und die Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung im Land Bremen nachzukommen?

Wie viele Auszubildende im öffentlichen Dienst und bei Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung haben im Jahr 1985 die Abschlußprüfung bestanden, und wie viele sind davon übernommen worden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Grobecker.

Senator für Arbeit und für Finanzen Grobecker: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage des Abgeordneten Ravens wie folgt:

Zu Frage eins: Die Übernahme von Auszubildenden nach Abschluß des Berufsausbildungsverhältnisses in ein Arbeitsverhältnis ist unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen des Personalhaushalts nur dann möglich, wenn entsprechende Stellen innerhalb des öffentlichen Dienstes zu besetzen sind.

Der Senat hat Verständnis für die Forderung der Gewerkschaften und ist darum bemüht, solche Stellen, die zur Wiederbesetzung freigegeben werden und die sich für den Einsatz von Nachwuchskräften eignen, den Auszubildenden anzubieten und mit

(C) ihnen einen Arbeitsvertrag zu schließen. Insoweit hat sich der Senat die Forderungen der Gewerkschaften nach Übernahme der Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis bereits zu eigen gemacht.

Im übrigen hat der Senat zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation mehrere Programme mit dem Ziel beschlossen, das Ausbildungsplatzangebot im öffentlichen Dienst erheblich zu verbessern und zu erhöhen. Dadurch werden Ausbildungsmaßnahmen vielfältiger Art als Überlastquote und ohne Übernahmeverpflichtung durchgeführt.

Bei den Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung wird ebenso verfahren. Auch diese übernehmen Auszubildende nach der Berufsausbildung in ein Arbeitsverhältnis, wenn dafür die notwendigen Personalressourcen vorhanden sind.

Zu Frage zwei: Im öffentlichen Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich der Stadtgemeinde Bremerhaven haben vom 1. Januar bis zum 16. September 1985 498 Auszubildende ihre Abschlußprüfung erfolgreich abgelegt. Davon wurden 268 Auszubildende in ein Arbeitsverhältnis — bei Arbeitern und Angestellten — oder in ein Dienst- und Treueverhältnis bei Beamten übernommen.

Bei den Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung haben im gleichen Zeitraum 175 Auszubildende die Berufsausbildung beendet, davon wurden 137 Auszubildende in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

(D) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Ravens!

Abg. **Ravens** (CDU): Herr Senator, Sie sagten eben, Überlastquote fährt der Senat.

(Senator Grobecker: So ist es!)

Da die Wirtschaft ja auch eine Überlastquote fährt, in vielen Betrieben ist das so, würden Sie Ihre Ausführungen dann auch für die Wirtschaft gelten lassen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Grobecker: Es gibt überhaupt keinen Zweifel, Herr Abgeordneter Ravens, daß wir bei allen Aktionen, an denen wir beteiligt waren, Telefonaktionen, Rundgespräche, Klinkenputzen, auch in der privaten Wirtschaft überall deutlich gemacht haben: Stellt noch zusätzlich einen ein, fährt Überlast! Übrigens, kein Ausbildungsvertrag ist ein Arbeitsverhältnis mündet.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die letzte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Grobecker.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Meine Damen und Herren, damit ist Punkt drei der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von dem Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht beantragt worden:

Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter im Lande Bremen.

Außerdem liegt ein Entschließungsantrag vor zum Thema Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter. Eine Verbindung der beiden Tagesordnungspunkte ist nicht möglich, der Entschließungsantrag kommt aber unmittelbar nach der Aktuellen Stunde.

Wir haben uns eingangs darüber verständigt, daß wir in Abweichung von der Geschäftsordnung statt zehn Minuten für den ersten Redner und fünf Minuten für den zweiten Redner 15 Minuten für den ersten Redner und fünf Minuten für den zweiten Redner beziehungsweise bis zu 20 Minuten für jede Fraktion vorsehen.

- (B) Die Geschäftsordnung sagt außerdem sehr klar, Anträge zur Sache können nicht gestellt werden in der Aktuellen Stunde. Wir können auch keine Anträge hierzu beraten. Wir werden dann, auch darüber haben wir uns verständigt, nachdem die Aktuelle Stunde abgehandelt ist, einen neuen Tagesordnungspunkt, nämlich den Entschließungsantrag der CDU, aufrufen und ohne Debatte zur Abstimmung stellen.

Ist das Verfahren klar?

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir seit letztem Donnerstag wissen, daß in Bremen 8 000 Sozialwohnungen an eine Immobiliengesellschaft in Frankfurt verkauft werden sollen.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Diese 8 000 Wohnungen sind bisher mit rund 250 Millionen DM aus Steuergeldern gefördert worden. Diese 8 000 Wohnungen sind Teil eines Gesamtpakets von zirka 27 000 Wohnungen, wovon allein 20 000 an diese Frankfurter Immobilienfirma verkauft werden.

Der Zweck des Verkaufs ist klar, die Neue Heimat, der gemeinnützige Teil, ist in Schwierigkeiten, steht vor der Pleite und versucht, sich so zu retten. Die Folgen, die sich aus dem Verkauf für die Mieter er-

geben, sind ebenso klar. Wir werden es mit erheblichen sozialen Nachteilen zu tun haben, es wird bei einem Teil der Wohnungen alsbald, bei einem anderen Teil der Wohnungen später zu Kündigungen der Mieter kommen, und wir werden alsbald erhebliche Mieterhöhungen bei diesen Wohnungen zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren, hier ist der Fall gegeben, daß ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen sich auf dem Rücken der sozial schwachen Mieter sanieren will, und dies verurteilen wir.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird die gesamte gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Verruf gebracht, und wir haben es zweifellos mit dem größten wohnungspolitischen Skandal der Nachkriegszeit zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Skandal, meine Damen und Herren, ist um so bedrückender, als der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften den kommerziellen Teil der Neuen Heimat mit 1,3 Milliarden DM in den vergangenen Jahren saniert haben und den gemeinnützigen Teil — dort, wo die sozial Schwachen betroffen sind — nun hängenlassen. Das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CDU)

Man sanierte den kommerziellen Teil, weil dieser Hotels gebaut, Grundstücksankäufe in Südamerika und Mittelamerika und andere zwielichtige Geschäfte vorgenommen hat, die sich nicht rentierten. Hierfür wurden Gewerkschaftsgelder abgezogen, dort eingebracht zur Sanierung, und dort, wo die Gewerkschaftsmitglieder wohnen, in den Wohnungen, wo die Hilfen nötig wären, tut man nichts, meine Damen und Herren! Hier sind die Politiker gefordert, hier sind alle diejenigen, die Verantwortung im Deutschen Gewerkschaftsbund haben, die in der Gemeinschaft tätig sind, aufgefordert, diesem Treiben endlich ein Ende zu setzen!

(Beifall bei der CDU)

Dieser Skandal wird ja noch um so schlimmer, weil im gemeinnützigen Wohnungsbereich der Neuen Heimat über Jahre, ja, über Jahrzehnte Ergebnisabführungsverträge bestanden haben, wodurch die Mieter der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sozusagen den kommerziellen Teil der Neuen Heimat gestützt haben. Ich kann sogar so weit gehen, ohne der Gefahr einer Klage zu unterliegen, daß ich sage, es ist eine Schädigung im gemeinnützigen Bereich erfolgt, indem sich die Geschäftsführer der Neuen Heimat über Jahre bereichert haben,

(Abg. **Klein** [CDU]: Persönlich! — Zuruf von der CDU: Was sind das bloß für Leute!)

(C)

(D)

(A) ja, persönlich bereichert haben, durch jahrelange Manipulationen!

Das alles muß man wissen, wenn man über diesen Komplex des Verkaufs von 8 000 beziehungsweise, wenn ich das Bundesgebiet nehme, von 27 000 Wohnungen redet. Diese Praktiken der Neuen Heimat sind seit Jahren bekannt gewesen, spätestens seit Mitte der siebziger Jahre. Es hat niemanden gegeben, der diesen Praktiken wirklich ernsthaft entgegengetreten wäre, geschweige denn jemanden, der ihnen ein Ende hätte setzen wollen. Ganz im Gegenteil, Herr Bürgermeister Koschnick beispielsweise hat noch in den achtziger Jahren bei der Verabschiedung von Herrn Klemmer von der NWDS große Lobeshymnen auf Herrn Vietor und auf die Leistungen der Neuen Heimat in Bremen gehalten, meine Damen und Herren.

Nun schreien Sie von der SPD alle Verrat. Das, was die Gewerkschaften machen, ist eine große Sauerei. Herr Kunick als Landesvorsitzender, Herr Tiedemann, Herr Waltemathe und Herr Kähler schreiben Briefe. In der letzten Woche an Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, „lieber Willy, lieber Hans-Jochen“, heißt es da. Ich zitiere einen Satz: „Die Kette Neue Heimat-DGB, nahe an der SPD, ist politisch nicht aus der Welt zu schaffen.“ Wie wahr, Herr Kunick, was Sie da geschrieben haben!

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

(B) Allerdings, Herr Mützelburg, bin ich auch der Auffassung, daß es dieses Hinweises auf die Verfilzung zwischen DGB und SPD nicht bedurft hätte. Herr Vogel und Herr Brandt wußten es wahrscheinlich auch so, aber sie schienen erst jetzt in der Not das als Alibifunktion gebrauchen zu können.

Wie sieht das denn aus, meine Damen und Herren? Wer sitzt denn in der Geschäftsführung der Neuen Heimat? Wer sitzt eigentlich in den Aufsichtsräten?

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, wer denn?)

Ich will Ihnen einmal einige Namen nennen. Nehmen wir einmal die bundesweite Organisation! Dort sitzt als Vorsitzender des Aufsichtsrats Herr Ernst Breit, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich nenne einige andere Namen, nicht alle: Kurt von Haaren aus Bremen, bekannt, alter Genosse genau wie Herr Breit, Herr Franz Steinkühler, IG Metall, Herr Günter Volkmer, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Wenn ich an die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und die IG Metall denke, die sich ja angeblich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, frage ich mich, warum sitzen die da eigentlich, was tun die eigentlich da?

(Beifall bei der CDU)

Frau Wulf-Mathies, OTV! Leute die erst vor kurzem ausgeschieden sind: Eugen Loderer, ehemaliger

Vorsitzender der IG Metall, jetzt Europaparlamentarier der SPD, das sind alles Genossen!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Machen Sie Abrechnung mit den Gewerkschaften, oder was machen Sie?)

Das sind alles Genossen, Herr Beckmeyer, alles SPD!

(Abg. Neumann [CDU]: Alles SPD! — Abg. Klein [CDU]: Kapitalistenfresser!)

Günter Döding, Heinz Oskar Vetter, Konrad Carl, ich könnte so weitermachen!

Wie sieht es in Bremen aus, meine Damen und Herren?

(Abg. Neumann [CDU]: Alle aufstehen!)

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Herr Frister,

(Abg. Neumann [CDU]: Bremen!)

auch ein alter Genosse, Herr Karl Neumann,

(Abg. Neumann [CDU]: Karl!)

Vorsitzender des Landesbezirks Niedersachsen des DGB, Wilhelm Hubrich, Karl-Heinz Jantzen, ehemaliger SPD-Senator, Günter Lemke, SPD-Stadtrat aus Bremerhaven, Herr Werner Lenz, Senator für Wirtschaft und Außenhandel, früher dreifacher Geschäftsführer der Neuen Heimat — ja, dreifache Position gleich gehabt in Bremerhaven! —, Erwin Schmidt, ehemaliger Vizepräsident dieses Parlaments, Abgeordneter der SPD, Alfred Semsroth, Richard Skribelka, Vorsitzender des DGB in Bremerhaven, meine Damen und Herren! Wer sitzt in der Geschäftsführung? Da sitzt unter anderem hier in Bremen Herr Horst Braun, ehemaliger SPD-Abgeordneter hier in diesem Parlament.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt ja gar nicht!)

Aber SPD-Fraktionsmitglied, glaube ich, nicht wahr! Aber jedenfalls ist der auch Genosse, das werden Sie nicht bestreiten, wie auch immer, die alle sitzen da!

Wir wissen, sie haben sich im Frühjahr dieses Jahres über das Thema Verkauf von Wohnungen unterhalten.

(Abg. Neumann [CDU]: Frühjahr? Ich denke, jetzt erst!)

Im Frühjahr! Im Juni, vielleicht im Mai habe ich gehört, immerhin! Herr Meyer, als zuständiger Bau-senator, unterrichtet unter dem Punkt Verschiedenes so ganz nebenbei kurz vor Ende einer Sitzung, indem er ankündigt, er habe uns noch ein tiefgehendes Schiff mitzuteilen, die Deputation drei Tage vor

(C)

(D)

(A) dem Verkauf und behauptet, er habe von alledem vorher nichts gewußt, er sei überrascht worden. Ja, er behauptet, am 20. August — sogar in einer öffentlichen Rundfunksendung, man kann das im Text nachlesen — sei er informiert worden.

Tatsache ist jedoch, daß zumindest Herr Senator Meyer, obwohl auch das unglaubwürdig ist, daß er es erst zu dem Termin gewußt hat, zumindest im Juli von dem Verkauf der 8 000 Wohnungen gewußt hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Jetzt ist ja September!)

Mich würde es sehr wundern, wenn Ihnen Herr Lenz, Herr Koschnick, Herr Thape, Herr Skribelka, Herr Schmidt, alle die ich genannt habe, davon vorher nichts gesagt hätten.

(Abg. Klein [CDU]: Unwahrscheinlich!)

Sie wissen doch sonst immer, wo die Glocken hängen und wo es läutet, und ausgerechnet in diesem wichtigen Bereich haben Sie von nichts eine Ahnung gehabt, das ist doch völlig unglaubwürdig, das glaubt doch kein Mensch hier!

(Beifall bei der CDU — Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das ist wie bei Zimmermann!)

(B) Nun ist die Frage: Warum wollte er das nicht sagen? Natürlich, weil er um die politische Brisanz der Angelegenheit wußte, natürlich, weil er sich ausrechnen konnte, daß der Druck auf die Anteilseigner im DGB, auf den Aufsichtsrat und auf seine eigenen Genossen, die im Aufsichtsrat sitzen, so groß werden würde, daß man hätte handeln müssen — mit Zuschüssen! So wie man den kommerziellen Teil der Neuen Heimat gerettet hat, wäre hier der Druck entstanden, auch den gemeinnützigen Teil der Neuen Heimat zu retten, aber Sie haben mit den Leuten der SPD in den Aufsichtsratsgremien und mit den Genossen im DGB gemeinsame Sache gemacht. Sie dachten, die haben nur drei Tage Zeit zu reagieren, dann muß der Vertrag unterschrieben werden, dann ist nichts mehr zu retten, und wenn der Vertrag unterschrieben ist, dann können sich alle aufregen, aber es sind Fakten geschaffen. Herr Senator Meyer, Sie haben unverantwortlich in Ihrer Position gehandelt, und das mißbilligen wir von seiten der CDU-Fraktion!

(Beifall bei der CDU)

Dies ist das große Komplott, das ist die Verfilzung zwischen Genossen, die Verfilzung zwischen SPD, Neue Heimat und DGB, die hier zum Nachteil der Mieter stattgefunden hat und zu dem Ergebnis des Ausverkaufs von Sozialwohnungen im Endeffekt führt und — ich kündige das an — weiter führen wird, denn, was passiert denn hier? 8 000 gute Wohnun-

gen werden verkauft, der Rest mit den hohen Leerbeständen,

(Abg. Klein [CDU]: Tenever!)

mit den schlecht zu vermietenden Beständen, mit Mietverzichteten, wird behalten. Damit ist doch die nächste Pleite der Neuen Heimat schon vorprogrammiert. Dies ist doch nur eine Frage, ob sie zwei, drei oder vier Jahre Zeit haben. In Wirklichkeit ist aber mit diesem Verkauf der Wohnungen noch nicht einmal der Neuen Heimat geholfen, sondern die anderen Mieter in ihren Wohnungen müssen schon wieder vor dem Verkauf zittern, aber sie wissen noch nicht den genauen Zeitpunkt des Verkaufs.

Nun schauen wir uns einmal an, wie das mit den Kapitalverflechtungen aussieht, meine Damen und Herren! BG-Immobilien-Gesellschaft Frankfurt: Nun wollte ich gestern in Vorbereitung auf diese Debatte mich in Frankfurt einmal über die Anteilseigner informieren und habe dort jemand zum Registergericht geschickt und gesagt, schau doch einmal, was da eigentlich los ist.

Nun stelle ich erst einmal fest, die Akte im Registergericht in Frankfurt ist verschwunden. Sie ist nicht auffindbar,

(Abg. Klein [CDU]: Das gibt es ja nicht! — Zurufe — Unruhe)

sie ist nicht auffindbar, sie ist einfach weg!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Die liegt bei Herrn Wallmann auf dem Tisch, was? — Zurufe)

(D) Meine Damen und Herren, das sind Methoden, die schon etwas komisch wirken, aber nichtsdestotrotz kann ich Ihnen sagen, wie die Beteiligungen sind. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften sind zu hundert Prozent an einer Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft beteiligt, nicht für gemeinnützige. Ich sage das noch einmal für die Öffentlichkeit, für Gemeinwirtschaft! Das ist genauso ein privatrechtliches Unternehmen wie alle anderen, das hat nichts mit Gemeinnützigkeit zu tun. Diese Gesellschaft hat eine Tochter, wieder zu einhundert Prozent, das ist die VHU, Vermögensholding und Unternehmensbeteiligungs GmbH. Diese hat wieder eine hundertprozentige Tochter BG-Immobilien-Gesellschaft. Das sind alles Töchter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften zu einhundert Prozent.

Diese BG-Immobilien-Gesellschaft, meine Damen und Herren, hat ein Stammkapital von 100 000 DM.

(Heiterkeit bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Damit kauft sie für 1,2 bis 1,3 Milliarden DM Wohnungen aus der gemeinnützigen Neuen Heimat.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist ja eine Waschanlage!)

(A) Meine Damen und Herren, dies ist sozusagen die Geldwaschanlage der Neuen Heimat, wenn Sie so wollen,

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

auf einer anderen Ebene, und diese Methoden erinnern mich an eine ehrenwerte Gesellschaft im Süden Europas, sonst kann ich mir das eigentlich gar nicht mehr vorstellen.

Nun ist die Frage in der Tat, meine Damen und Herren, welcher Zweck dahinterstecken kann. Es gibt drei Denkmodelle: Die BGI, also die Gesellschaft, die die Wohnungen jetzt kauft, macht das, was die Neue Heimat jetzt den Mietern in Briefen verspricht: keine Mieterhöhung, keine soziale Benachteiligung. Nehmen wir einmal nur das Beispiel Bremen, 8 000 Wohnungen, 60 Quadratmeter rund im Durchschnitt groß, das sind 500 000 Quadratmeter. Rechnen wir einmal den Kaufpreis von 700 DM, wahrscheinlich liegt er höher, das bedeutet 350 Millionen DM. Durch Mieteinnahmen gedeckt in diesem Geschäft sind 250 Millionen DM, das heißt, 100 Millionen DM müssen aufgenommen und finanziert werden. Eigenkapital 100 000 DM, das bedeutet, sie müssen allein sechs bis sieben Millionen DM Zinsen in einem Jahr bezahlen.

Meine Damen und Herren, bei 100 000 DM Eigenkapital und einem jährlichen Verlust von rund sieben Millionen DM ist das Unternehmen pleite, bevor die Tinte des Notars trocken ist.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit! Also muß doch einer für diesen Fall die Verluste übernehmen,

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

und das können doch nur die Gesellschaften des DGB sein, wenn das so ist. Aber dann frage ich mich, warum werden denn dann diese Verluste nicht abgedeckt in direkten Zuschüssen an die Wohnungsbau-gesellschaft Neue Heimat.

Natürlich ist auch etwas anderes möglich. Nun könnten Sie von SPD und DGB behaupten, so eine Abdeckung gebe es überhaupt nicht, das komme überhaupt nicht in Frage. Ja, meine Damen und Herren, dann tritt die Pleite allerdings sofort ein, dann könnte man auch unterstellen, daß es sich um einen betrügerischen Konkurs handelt, der hier angestrebt wird.

Jetzt komme ich zur dritten Möglichkeit, Herr Präsident, wenn ich den Gedanken noch eben in zwei Minuten zu Ende führen darf! Jetzt kommt die dritte Möglichkeit: Verkauf an die BGI, die eine Parklösung anstrebt, wie gesagt wird. Das heißt vorübergehender Erwerb und späterer Verkauf mit Gewinn. Das heißt, man kauft mit 750 DM oder 800 DM — oder was immer man bezahlt hat — und verkauft, so ist das angestrebt, und so ist das nachzulesen, für

1 150 DM, das ist immerhin ein beachtlicher Gewinn von 53 Prozent. Die Leute sind geschäftstüchtig, das kann man nicht anders sagen, wenn auch auf Kosten der Mieter.

(C)

Das heißt aber, sie können Wohnungen für 1 150 DM den Quadratmeter oder womöglich noch mehr, es ist ja auch von 1 250 DM die Rede, nur verkaufen, wenn sie die Sozialbindungen aufheben, denn sonst sind diese Wohnungen nicht loszuschlagen. Dies bedeutet, daß eine erhebliche Erhöhung der Mieten eintreten wird, und bei den bremischen Wohnungen ist es so, daß 3 000 Wohnungen, weil die Bagatellgrenze der öffentlichen Förderung unterschritten ist, sofort aus der Sozialbindung herausfallen, also nicht acht Jahre in der Sozialbindung bleiben. Nur 5 000 bleiben vorübergehend in der Sozialbindung, acht Jahre. Aber für 3 000 würde gelten, daß sie nicht der Sozialbindung unterliegen und daß sofort die Mieten erhöht werden können.

Sie müssen mit Mietsteigerungen rechnen in diesem Bereich, wenn ich die Marktmiete zugrunde lege, Sie selbst haben es auch bestätigt, zwischen 1,50 DM und zwei DM pro Quadratmeter. Das heißt, wenn Sie einmal die durchschnittliche Familie mit zwei Kindern nehmen, die gut 80 Quadratmeter zur Verfügung hat, so muß diese damit rechnen, daß die Miete um 150 bis 180 DM auf einen Schlag durch den Verkauf dieser Sozialwohnungen erhöht wird.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! — Abg. Klein [CDU]: Monatsmiete!)

(D)

Das ist die Praxis, die dahintersteckt, nur dann kann sich das rentieren! Dann kommen Gewinne, und dann, meine Damen und Herren, können Sie sich wieder ausrechnen, wie die Gewinne aus diesen Geschäften über die Töchter zurück an die Mutter, Großmutter bis hin zum DGB und seine Einzelgewerkschaften zurückfließen.

(Abg. Neumann [CDU]: Skandal!)

Meine Damen und Herren, eine ehrenwerte Gesellschaft, der Sie da vorsitzen und in der Sie die Aufsicht führen, das kann ich Ihnen nur sagen!

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Hier wäre vieles möglich gewesen, wenn die parlamentarischen Gremien frühzeitig unterrichtet gewesen wären, wenn sie sich nicht mit der Neuen Heimat und mit dem DGB in ein Boot gesetzt hätten. Dann hätte vieles verhindert werden können, Herr Senator Meyer!

Es ist die Frage zu stellen, ob dieser Verkauf durch die aufsichtsführende Behörde, die Sie sind, verhindert werden könnte, denn in den Bestimmungen steht, es müssen die Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung gegeben sein. Nun weiß ich, daß der Begriff der ordnungsmäßigen Geschäftsführung nicht klar juristisch begrenzt ist,

(A) aber wenn Sie selbst jetzt beklagen und gleich auch noch auf die Gewerkschaften schimpfen, daß Sie so wenig Zeit hatten — was sowieso alles nur Makulatur und vorgeschoben ist, wie ich eben schon nachgewiesen habe —, dann hätten Sie ja zum Beispiel durch eine einstweilige Verfügung versuchen können, diesen Termin der Unterschriften herauszuzögern. Auch das haben Sie nicht für nötig befunden!

(Abg. Neumann [CDU]: Wollten sie doch gar nicht! — Abg. Klein [CDU]: Schleichen sich aus der Gemeinnützigkeit heraus durch einen Briefkasten!)

Es ist klar, lassen Sie mich das zum Schluß sagen, daß Sie hier Ihre erhebliche Verantwortung, die Sie haben, sowohl als Aufsichtsbehörde Bausenator, wie aber auch als Sozialdemokraten in den verschiedenen Gremien, nicht wahrgenommen haben, daß Sie sich mit den Genossen in ein Boot gesetzt haben, mit den Genossen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und mit allen, die in diesem Bereich der Gemeinwirtschaft Funktionen von Ihnen haben.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, woher will die SPD, will der DGB eigentlich noch das Recht zu Protesten gegen vermeintliche soziale Ungerechtigkeiten nehmen, wenn Sie es auf diesem Wege, den Sie als Sozialdemokraten verhindern konnten, zu einer Enteignung, zu einer de facto Enteignung der sozialschwachen Mieter kommen lassen, woher wollen Sie das moralische Recht, woher will der DGB das moralische Recht in Zukunft überhaupt noch nehmen?

(B)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen den dringenden Rat, lösen Sie sich in der SPD von Ihren Alibiaktivitäten, die Sie in den letzten Tagen vorge täuscht haben! Nutzen Sie Ihre Einflußmöglichkeiten und Ihre Positionen im Deutschen Gewerkschaftsbund und in der Neuen Heimat, um dieser sozialen Ungerechtigkeit endlich ein Ende zu bereiten!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich möchte die von Herrn Kudella hier weitgehend vorgetragene sachlichen Details nicht wiederholen. Ich erinnere mich an eine Bauzaunaufschrift vor, ich glaube, ungefähr 15 Jahren, die einmal eine Rolle innerhalb der SPD gespielt hat, weil sie auf einer Veröffentlichung der Jusos reproduziert wurde, die lautete: „Neue Heimat — Gangstersyndikat.“ Die Empörung innerhalb der SPD über diese Reproduktion war damals sehr groß. Ich glaube, wenn dies heute wieder passieren würde, würde sich niemand recht mehr in der SPD trauen, so lauthals empört zu sein, wie es damals der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren, dieser dramatische neue Skandal um gewerkschaftliche Geschäftspraktiken ist der vorläufig letzte und — wie ich finde —

(C) schmerzhafter Höhepunkt einer ganzen Kette von Ereignissen, deren Folgen noch lange nicht abzusehen sind und die auch noch lange nachwirken werden.

Ich rede jetzt gar nicht von den finanziellen Folgen für zigtausende von Arbeitnehmern, nicht von dem materiellen Desaster, was sich mit dem voraussehbaren Ende der Neuen Heimat ankündigt. Ich rede zunächst einmal von dem mindestens ebenso großen immateriellen Schaden, den ein eiskalt und ohne soziale Rücksichtnahme operierender Gewerkschaftskonzern der Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat und zufügt.

Die Neue Heimat war nach dem Krieg ein Hoffnungsträger, ihre gemeinnützige Organisation hat die Hoffnung gegeben, daß der kleine Mann und die kleine Frau unter der Obhut ihrer Interessenorganisation frei von Angst vor den Spekulationen und der Ausbeutung durch das große Kapital den Teil ihres Lebens organisieren und finanzieren könnte, in dem sie ihre Arbeitskraft reproduziert.

Was ist daraus geworden, meine Damen und Herren? Wie schändlich sind die grauen Herren der Vorstandsetagen mit dieser Hoffnung umgegangen! Welchen Anteil die Machenschaften der Neuen Heimat an der Abnahme gewerkschaftlichen Engagements und gewerkschaftlicher Kampfkraft haben, das kann man nur schätzen, aber dieser Anteil ist auf jeden Fall groß. Das große Geld und der Filz von gewerkschaftlichen Interessen und Parteiinteressen hat zu der Herausbildung von Funktionärscliquen und zu einer Wirtschaftspolitik geführt, die glaubte und glaubt, sich vor niemandem mehr rechtfertigen zu müssen.

(D)

Ich will mich gar nicht mehr aufregen über einen Senator Lenz, über ein Aufsichtsratsmitglied Lenz, der mit seiner Karriere der Neuen Heimat in besonderer Weise verpflichtet ist. Aber ich ärgere mich immer noch zum Beispiel über ein Aufsichtsratsmitglied Erwin Schmidt, der heute treuherzig bekennt, er habe von den Verkaufsabsichten seines Konzerns schon lange gewußt, und der es noch nicht einmal für nötig gehalten hat, seinen örtlichen DGB-Vorsitzenden von der dramatischen Lage zu informieren,

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

so wie Herr Möller das gestern gesagt hat. Es ist möglich, daß auch das wieder nur Scheingefechte sind, aber ich glaube es zunächst einmal. Wenn die Gewerkschaft diesen Mann, diesen Erwin Schmidt, auf seinem Posten beläßt, dann ist ihr nicht zu helfen! Wann hört eigentlich die blinde Vasallentreue in diesen Kreisen auf?

Der Neuen Heimat steht das Wasser bis zum Hals, weil sie ihn in der Vergangenheit nicht voll genug bekommen konnte. Das Unternehmen ist ein trauriges Beispiel für Gigantomanie und für Wachstumswahn, und viele sollten sich anhand dieses Beispiels einmal überlegen, ob in anderen Bereichen nicht ähnliches droht. Noch in den siebziger Jahren, als

(A) das Ende des Wachstums auch im Städte- und Wohnungsbau sich schon abzeichnete, hat die Neue Heimat ihre laufenden Mieteinnahmen in immer neue Großprojekte gesteckt, die mit einer völlig unzulänglichen Eigenkapitalbasis finanziert worden sind. Jetzt wird der Konzern durch den Schuldendienst erdrückt, weil ein Großteil des Eigenkapitals in leerstehenden Wohnungen und brachliegenden Grundstücken gebunden ist.

Ein Paradebeispiel für diese irrealen Spekulationen ist in Bremen das Hollerland, das in den sechziger Jahren von der Neuen Heimat aufgekauft worden ist, um dort die Hollerstadt aus dem Boden zu stampfen, und jetzt beklagen sich die Neuen-Heimat-Vertreter, daß diese geplatzen Pläne wesentlich zu ihrer heutigen Misere beigetragen hätten, so auf der Mieterversammlung am 16. 9. 1985 in der Vahr!

Die kalte und kapitalistische, aber letztendlich auch dadurch ja nicht erfolgreichere Wachstumspolitik, das ist die eine Seite der Medaille. Dies spricht für sich, und ich hoffe, daß endlich auch ein Reinigungsprozeß in den Gewerkschaften einsetzt, der diesem Treiben ein Ende setzt.

Die andere Seite, meine Damen und Herren, derselben Medaille ist das Versagen der bremischen Politik. Es ist unbegreiflich, wie Senator Meyer sechs Wochen lang offenbar in aller Ruhe Briefe mit der Neuen Heimat wechselt, die wir ja nun dankenswerterweise am vergangenen Freitag auch zur Kenntnis bekommen haben. Er wechselt diese Briefe, ohne die Betroffenen oder nur seine engeren Parteifreunde davon zu informieren. Diese Art der Politik hinter verschlossenen Türen, über die Köpfe von 30 000 Betroffenen hinweg, ist menschenverachtend, Herr Meyer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik ist aber gleichzeitig auch typisch für die SPD und besonders für einen Funktionärsklüngel innerhalb der SPD, die sich selbst immer genug ist. Welche Chance, mit den Betroffenen zusammen Druck zu machen, Herr Meyer, wäre das gewesen, etwas zu ändern, den notwendigen Druck zu entfalten! Sie haben die Bevölkerung, Ihre eigenen Wähler, meine Damen und Herren von der SPD und Herr Meyer, als politische Akteure ausgeschaltet!

In Tateinheit mit der Neuen Heimat wurden 30 000 Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt, und es wurde ihnen jede Möglichkeit genommen, sich wirksam selbst gegen die Privatisierung ihrer Wohnungen zu wehren. Ich finde, es ist ein Gipfel der Arroganz und politische Feigheit, daß sich kein Vertreter des Senats getraut hat, auf der Mieterversammlung am Montagabend in der Neuen Vahr sich einmal dem Zorn der Betroffenen zu stellen.

Herr Senator Meyer hat sich aus der Verantwortung geschlichen, indem er die Genehmigungspflicht für den Ausverkauf von 8 000 öffentlich geförderten Sozialwohnungen nicht wahrgenommen hat. Wir haben am Sonnabend behauptet, daß diese Genehmi-

gungspflicht vorliegt. Das wurde heftig bestritten, nicht so sehr von Herrn Meyer wie von seinem Pressesprecher, der uns schlicht und einfach der Unwahrheit bezichtigte. Aber schon in seinem ersten Brief an die Neue Heimat am 31. Juli dieses Jahres hat Herr Meyer noch die gemeinnützigkeitsrechtliche Prüfung des Verkaufs angekündigt. Nachträglich, Herr Meyer, das ist ja grotesk! Mittlerweile haben Sie dann gekniffen und die Interessen der Neuen Heimat über die der Mieter gestellt. Jetzt nachträglich wollen sie die gemeinnützigkeitsrechtliche Prüfung anstellen. Sie sagen aber gleichzeitig, das würde wohl nichts. Vorher, Herr Meyer, vorher handeln!

Angesichts der fertigen Verträge zwischen der Neuen Heimat und dem Käufer sind die Senats-sondersitzung und die Verhandlungsrunde am Montag ja wohl nur noch Theaterdonner gewesen, ein Scheingefecht zur Beruhigung der Bevölkerung. Ernsthaften politischen Willen vorausgesetzt wäre die Übernahme der 8 000 Wohnungen in kommunales Eigentum zu optimalen Voraussetzungen bei minimalem Risiko möglich gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei einem Kaufpreis von weniger als 50 000 DM pro Wohnung und einem Reinerlös von rund 21 Millionen DM jährlich aus dem Gesamtpaket wäre sowohl eine wirtschaftliche Vermietung als auch eine äußerst preisgünstige Übernahme der Wohnungen durch die Mieter gewährleistet gewesen. Mit der Privatisierung ist es nicht nur fraglich geworden, wie lange und zu welchen Kosten die jetzigen Mieter noch in ihren Wohnungen bleiben können. Der Senat hat eben auch eine große Chance kommunaler Wohnungspolitik verspielt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Er macht doch gar keine Wohnungspolitik!)

Wir mutmaßen, daß die Übernahme des lukrativen Teils der Neuen-Heimat-Erbmasse durch die ebenfalls gewerkschaftseigene BGI — die Verflechtungen hat Herr Kudella so schön hier aufgezeigt — ein großer Schritt auf dem Weg zur vollständigen Liquidierung der Neuen Heimat ist. Die BGI ist erst 1984 als Auffanggesellschaft für die wirtschaftlich verwertbaren Immobilien der Neuen Heimat gegründet worden, und es zeichnet sich ab, daß der Wohnungsgigant Neue Heimat Zug um Zug ausgeschlachtet wird, bis dann nur noch eine kümmerliche Konkursmasse übrigbleibt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Sehr geschickt, Genossen!)

Das ist ein Hohn auf die soziale Gerechtigkeit, daß Sozialwohnungen, die fast vollständig mit öffentlichen Mitteln finanziert worden sind und für die ihren Bewohnern fast 30 Jahre Miete abgeknöpft wurde, überhaupt noch von der Kommune oder von

(A) den Mietern gekauft werden müssen. Diese Wohnungen sind ja von Staat und Mietern schon doppelt bezahlt worden.

Die GRÜNEN verlangen deshalb eine Änderung des Bau- und Wohnrechts, die beim Ankauf von Sozialwohnungen durch die Gemeinden zumindest die Anrechnung der bisher gezahlten öffentlichen Zuschüsse gewährleistet.

Nach der Art und Weise, wie Sie, meine Damen und Herren von der SPD, damals gegen die Belegschaft in der AG „Weser“ taktiert haben, ist dies für uns — für die GRÜNEN — das zweite große Beispiel, daß SPD und Senat der Abwärtsentwicklung Bremens nichts entgegenzusetzen haben und daß dies ohne und gegen die Betroffenen auch nicht möglich ist.

Die Bremer SPD-Politik ist konfliktscheu, nicht nur vor dem großen Geld, sondern eben auch vor der Bevölkerung, die sie zu vertreten vorgibt.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin an sich davon ausgegangen, Herr Kudella, daß wir nach der Beratung in der Baudeputation versuchen sollten, die Frage des Verkaufs der 8 000 Sozialwohnungen politisch zu diskutieren und eben gerade nicht an den Fakten vorbei rein emotional,

(B) (Lachen bei der CDU)

parteilich

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Herr Lenz ist kein Faktum!)

Kapital daraus zu schlagen,

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Emotional, mußst du noch sagen!)

weil ich glaube, daß es denjenigen nicht hilft, die in diesen Sozialwohnungen wohnen.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, Ihre Parteifreunde in München, nämlich von seiten der CSU, das gilt auch für die GRÜNEN, sind in dieser Frage anscheinend doch ein bißchen ruhiger.

(Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Aber Ihre auch, Herr Dittbrenner, die Sozialdemokraten in München auch!)

Ich kann ihn durchaus verstehen; ich kann durchaus verstehen, wenn ihm der Puls über die hunderter Grenze geht. Da sind wir uns in weiten Teilen auch einig.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Bleiben Sie cool, Herr Dittbrenner?)

(C) Ja, Ihre Zwischenrufe geben mir ja recht, daß ich auf dem richtigen Weg bin! Aber wir müssen doch, meine Damen und Herren, versuchen, die Fakten erst einmal so zu analysieren, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, und das ist meiner Meinung nach bei Ihnen etwas zu kurz gekommen!

München hat — sicherlich mit einem geringeren Anteil, da sind es „nur“ 2 000 Wohnungen, allerdings bei einem Quadratmeterpreis von rund 1 500 DM — versucht, innerhalb der Stadtrates eine gemeinsame, von allen Fraktionen getragene Position zu erreichen. Das sollte meiner Meinung nach Ziel auch unserer Politik sein, und ich glaube, das, was Sie bisher hier vorgetragen haben, weicht davon doch ganz erheblich ab.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Fischer, ich gäbe Ihnen durchaus, wenn ich das dürfte, Redezeit, damit Sie Ihren Wortbeitrag von hier aus noch einmal zum besten geben! Das können Sie verstehen, wie Sie wollen, ich weise entschieden zurück, Herr Kudella, daß es sich bei den Versuchen und den Anstrengungen, die der Bremer Senat und, wie ich meine, auch die Deputation für Bau und Raumordnung unternommen haben, um Alibiaktivitäten gehandelt hat, und ich weise ferner zurück, daß hier scheinheilig in der Zusammensetzung DGB, SPD und Neue Heimat versucht werden sollte, von seiten des Bremer Senats diese ganzen Absichten so zu verschleiern und so zu vertuschen, daß im Grunde genommen kein politisches Handeln mehr möglich gewesen wäre.

(D)

(Beifall bei der SPD — Abg. **Borttscheller** [CDU]: Das ist aber ein müder Beifall!)

Ich will auch überhaupt nicht darauf zu sprechen kommen, wenn Sie hier in großer Freude erwähnen, wer alles von prominenten Sozialdemokraten oder DGB-Funktionären in den Aufsichtsräten sitzt. Das ist alles richtig, das bezweifle ich nicht. Daran änderte sich ja auch nichts, wenn wir dies leugnen würden, aber wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, wenn wir in dieser Debatte schon darüber reden, wie es denn zu diesem Skandal überhaupt gekommen ist.

Wieso ist denn die Neue Heimat überhaupt in der politischen Auseinandersetzung in dieser Diskussion? Es war doch kein geringerer als Ihr Lothar Späth, der während der Zeit der Vietor-Ära maßgeblich die Politik der Neuen Heimat bestimmt hat!

(Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das können Sie überhaupt nicht bestreiten! Das gibt er ja auch selbst zu.

(Abg. **Dr. Pawlik** [CDU]: Mottenkiste! — Abg. **Klein** [CDU]: Ausgerechnet Vietor! — Abg. **Kudella** [CDU]: Ich könnte Ihnen dazu gleich noch etwas erzählen! — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Dittbrenner! Bitte sehr!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Wenn Sie das bestreiten wollen, Herr Kollege Kudella, dann tun Sie das öffentlich! Sie werden es nicht tun. Aber es bringt uns auch nicht weiter, glaube ich, wenn wir diese Karten weiter spielen, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es in der Tat eine schwierige Auseinandersetzung ist, gerade auch aus Sicht der Gewerkschaften. Ich glaube, meine Damen und Herren — Sie alle haben die Texte der Interviews und auch der Rundfunksendungen schriftlich vorliegen —, daß die Äußerungen des DGB-Kreisvorsitzenden in Bremen deutlich machen, in welcher schwierigen Situation natürlich die Gewerkschaftsmitglieder sind.

Hier ist davon gesprochen worden, daß die Neue Heimat nach dem Kriege ein Hoffnungsträger war für diejenigen, die unter Wohnungsnot litten,

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Genau, das ist es!)

die dringend eine Wohnung brauchten. Dieser große wohnungsbaupolitische Auftrag war ja nicht nur eine reine sozialdemokratische Erfindung, sondern das wurde zu den damaligen Zeiten von allen Fraktionen dieses Hauses getragen. Sie haben sich bei all den Richtfesten auch gesonnt, als es darum ging, wieder mehrere tausend Wohnungen von der Neuen Heimat zu richten, und waren doch alle daran beteiligt.

(B)

(Abg. **Kudella** [CDU]: Ich war noch auf keinem Richtfest der Neuen Heimat!)

Das dürfen Sie insofern nicht vergessen, Herr Kudella, weil Sie sich da ein bißchen aus der gemeinsamen Verantwortung herausstehlen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schwierigkeiten dieses Unternehmens durch Managementfehler, durch falsche Unternehmenspolitik haben wir ja auch in anderen Betrieben, das ist ja nicht nur ein Problem der gemeinwirtschaftlichen Neuen Heimat. Ihre Aussagen, Herr Kudella, wären wesentlich glaubwürdiger, wenn Sie uns immer dann zustimmen würden, wenn wir nämlich die Fragen von Macht der Konzerne diskutieren, wenn Sie nämlich mit uns politisch übereinstimmen würden, wenn es darum geht, diese Konzernmacht zu beschneiden in regionale Verantwortungen. Dort tun Sie es nicht, weil es Ihnen dort natürlich nicht in den Kram paßt. Es paßt Ihnen immer nur dann in den Kram, wenn es Ihnen darum geht, Sozialdemokraten und Gewerkschaften hier in einer Linie zu sehen, um das zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Hollweg** [CDU]: Damit es dort genauso drunter und drüber geht!)

Dies ist nicht glaubwürdig und würde nur glaubwürdig, wenn Sie Ihre anderen Positionen in dem Zusammenhang überdachten und wenn Sie bei den nächsten Debatten, wenn es darum geht, über Macht der Konzerne zu reden, an unserer Seite stünden. Dann wäre das, was Sie heute gesagt haben, glaubwürdig, aber das werden Sie nicht tun.

(C)

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Ist es die Rede von heute abend? — Abg. **Klein** [CDU]: Es handelt sich hier um selbstbestimmte Klüngelwirtschaft!)

Ja, Herr Kollege, das ist Ihre Meinung, ich sehe das etwas anders!

Ich wollte etwas sagen zu der Fragestellung, ob denn der Bremer Senat rechtzeitig unterrichtet war und ob es denn überhaupt möglich gewesen ist, darauf zu reagieren. Sie verfügen über den gesamten Schriftwechsel, den Senator Meyer mit der Konzernleitung Hamburg, aber auch Bremen geführt hat.

Es ist ziemlich deutlich, meine Damen und Herren, daß seit Ende Juli erst einmal herausgefunden werden mußte, ob die Gerüchte, die sich in der Stadt hielten, zutrafen, daß Wohnungsverkäufe in einem großen Maßstab stattfinden sollten. Es mußte erst einmal hinterfragt werden, um welche Maßnahmen es sich denn dabei handelt. Ich sage Ihnen das nur, damit das einmal deutlich wird, wie auch wir Positionen erfragen mußten, um welche Gebiete handelt es sich, von welchem Erwerber und zu welchen Konditionen und zu welchen Preisen.

(D)

Wir konnten doch nicht — und ich glaube, das ist doch einsehbar —

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Warst du auch beteiligt?)

auf der Grundlage von Gerüchten, meine Damen und Herren, in die Öffentlichkeit gehen, um da dann zu sagen, wir wissen zwar nichts, aber es muß schon irgend etwas daran sein. Dies ist keine seriöse Senatspolitik. Das sage ich Ihnen in aller Offenheit.

(Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Aber ist es das denn jetzt?)

Erst am 9. September 1985 sind mehrere Details mitgeteilt worden und — das ist das Entscheidende — daß am 17. 9. 1985 die Beurkundung in Frankfurt vorgenommen werden sollte. Das war der Termin, als im Grunde genommen die Dramatik,

(Abg. **Klein** [CDU]: Warum denn? — Abg. **Mützelburg** [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

was dieses Gesamtgeschäft betrifft, deutlich wurde und dann auch natürlich die politischen Gremien entsprechend handeln mußten.

(Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dittbrenner, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Nein, im Augenblick nicht!

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Das wäre ihm auch zu peinlich! — Abg. **Neumann** [CDU]: Wissen Sie etwas Neues?)

Ich akzeptiere voll und ganz die Position des Senats, nicht unter Zeitdruck spekulativen Preisverhandlungen Vorschub zu leisten, das wäre es nämlich gewesen. Es war die erklärte Politik von Deputation und Senat — das haben wir gemeinsam getragen —, daß wir versuchen wollten, den Termin 17. 9. 1985 außer Kraft zu setzen, mit all den geringen Möglichkeiten, die wir ja haben.

Eine dieser geringen Möglichkeiten, dies zu erreichen, war, das war jedenfalls unsere Hoffnung, daß wir durch das Anbieten eines Kaufangebots der beiden bremischen Gesellschaften versuchen wollten, mit der Neuen Heimat darüber zu verhandeln, ob denn überhaupt die Neue Heimat bereit wäre, einer Regionallösung zuzustimmen. Das war die Strategie,

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Fünf Minuten nach zwölf!)

(B) den Termin 17. 9. zu umgehen, ihn außer Kraft zu setzen, um herauszufinden, ob eine Regionallösung denn von seiten der NH gewollt war.

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Das ist wie im Krimi, so spannend macht ihr das!)

Das haben wir auch durch den gemeinsamen Beschluß in der Deputation getan. Herr Kollege Mützelburg, ich darf Ihnen nur mitteilen, daß wir dies auch in Übereinstimmung mit der verehrten Frau Kollegin Bernbacher beschlossen haben.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Sie hat ja gar kein Stimmrecht! — Abg. **Neumann** [CDU]: Sind Sie denn auch mit verfilzt, Frau Bernbacher?)

Wir sind da sehr demokratisch, Herr Kollege Neumann. Wenn wir solche wichtigen Sachen behandeln, dann erfragen wir natürlich im guten Einvernehmen, was die GRÜNEN von dieser Strategie halten, und da waren wir uns einig.

(Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Eigentlich nur bei dieser Angelegenheit!)

Wir waren uns politisch alle im klaren — Herr Kollege Kudella hat das zumindest richtig erläutert —, daß es, wenn es zu einem Verkauf kommt — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten relativ gering sind —, natür-

lich zu erheblichen Problemen für den gesamten sozialen Mietwohnungsbestand in Bremen kommen würde: Mieterhöhungen, Preisverfall auch auf dem freien Wohnungsmarkt, starke Verunsicherung von Mietern, insbesondere das Vermischen von intakten und weniger intakten Gebieten. Dadurch kommt es auch zu einer Veränderung der gesamten Sozialstruktur, und — natürlich ein ganz wichtiger Punkt für Sozialdemokraten — Fragen des Mieter- und Kündigungsschutzes werden bei einer solchen Transaktion nicht nur gefährdet, sondern zum Teil auch außer Kraft gesetzt.

Das Verhalten der NH, das sage ich auch deutlich, nämlich diese Wohnungen letztendlich wieder in den kapitalistischen Kreislauf zurückzuführen, hat mit Gemeinwirtschaft meiner Meinung nach nichts zu tun.

(Abg. **Kudella** [CDU]: Aber die Tochtergesellschaft wäre doch auch DGB, wieso ist das denn kapitalistisch, Herr Kollege?)

Ich glaube, daß die Sozialdemokraten genau wie Sie, Herr Kudella, dieses Verhalten nicht nur massiv kritisieren, sondern ich glaube auch, daß der politische Diskussionsprozeß, nämlich Konsequenzen daraus zu ziehen, wie so etwas zustande kommen konnte und welche politischen Möglichkeiten wir haben, dazu führen muß, auch über die Gemeinwirtschaft insgesamt nachzudenken, über ihren Auftrag heute unter veränderten Bedingungen und den Mißbrauch von gemeinwirtschaftlichen Entscheidungen und darüber, dies gegebenenfalls auch durch Veränderung der Bundesgesetze einzuschränken.

(Beifall bei der SPD)

Jeder weiß, wenn man einen solchen Satz gelassen ausspricht, was das bedeutet,

(Abg. **Klein** [CDU]: Wenn es zu spät ist!)

weil das bedeutet, meine Damen und Herren, daß man sich nicht nur kritisch, sondern natürlich auch enttäuscht mit dem auseinanderzusetzen hat, was da passiert ist. Sie dürfen mir sicherlich abnehmen, daß ich nicht nur sehr empört und unglücklich darüber bin, was da gelaufen ist, weil es in der Tat das Problem ist, daß zum großen Teil die Leute, die dieses Geschäft im Augenblick machen, zwar mit dem Managementfehlern nichts zu tun haben, aber sie es machen müssen, und diese kennt man natürlich auch.

Das wird um so deutlicher, wenn man solche Briefe schreibt, wie Senator Meyer sie formuliert hat, klar in der Sprache, deutliche Positionen in bezug auf den Mieter, deutlich bezogen auf sozialdemokratische Forderungen gegen einen gemeinwirtschaftlichen Konzern, dessen Nähe auch zu den Gewerkschaften nicht zu leugnen ist. Daß das einem nicht leicht fällt, brauche ich wahrscheinlich nicht zu betonen. Ich will es aber hier tun.

(C)

(D)

(A) Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir bei dem weiteren Verfahren anerkennen müssen, daß hier unter dem Zeitaspekt, unter den gesetzlichen Möglichkeiten alles von seiten des Senats getan wurde, um den Mietern zu helfen, um den Mietern den notwendigen Schutz auch zu gewähren.

Den zu dem Thema vorliegenden Antrag möchte ich noch kurz hier erwähnen:

Erstens: „Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt, daß durch den Verkauf von 8 000 Sozialwohnungen der Neuen Heimat an die BG-Immobilien-gesellschaft den Mietern soziale Nachteile entstehen.“

Zweitens: „Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß alle, die in der Politik, im DGB und in der Gemeinwirtschaft Einfluß haben, dafür Sorge tragen, daß keine unzumutbaren Härten entstehen.“

Diesen Antrag bringen wir gemeinsam ein, CDU und SPD,

(Abg. Willers [GRÜNE]: Ihr seid Heuchler!)

und ich würde mich freuen, wenn die GRÜNEN diesen Antrag mit unterschreiben würden.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Heuchler seid ihr!)

Dieser Antrag dokumentiert, daß wir gemeinsam unter Beachtung sachlicher Gesichtspunkte auch versuchen wollen, danach zu handeln. Ich glaube, daß uns Schaudreden, sehr emotionalisierte Reden nicht weiterhelfen, sondern wir müssen in dem weiteren Verfahren gemeinsam versuchen, den Schaden möglichst gering zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn dieses Haus gemeinsam in diesen Satz mit einstimmen könnte und wir unabhängig von parteipolitischer Couleur mit dem Senat arbeiten könnten. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Willers, Sie haben einen Zwischenruf gemacht, „Heuchler seid ihr“. Ich weise diesen Ausdruck als unparlamentarisch zurück.

(Beifall bei der SPD — Abg. Willers [GRÜNE]: Ich halte ihn aufrecht!)

Ich rufe Sie zur Ordnung!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Der erste Ordnungsruf nach sechs Jahren, Herr Präsident! Toll! — Abg. Frau Uhl [SPD]: Die Sitzung ist noch nicht zu Ende!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Polley.

(C) Abg. **Polley (Rep) *):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein kleiner Beitrag zu der Rolle, die Herr Senator Meyer selbst in diesem Sektor gespielt haben könnte, weil das heute zum Teil von den Vorrednern schon angesprochen wurde, andererseits aber auch in Frage gestellt wird, als sei diese Misere, die wir nun hier beklagen müssen, überraschend gekommen!

Mir liegt ein Protokoll beziehungsweise eine Vorlage einer Sitzung des Bremerhavener Wohnungsbauförderungsausschusses in der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 1984 vor, als damals allgemein die Stadtverordneten zur Kenntnisaufnahme gebeten wurden, was der Senator auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus jetzt zu tun gedenkt. In der Vorlage heißt es wörtlich:

„Seit einigen Jahren wird zwischen Wohnungsunternehmen, Mietern und politisch Verantwortlichen immer wieder über Möglichkeiten und Grenzen der Umwandlung öffentlich geförderter Mietwohnungen in Eigentumswohnungen diskutiert. Das Land Bremen ist bisher sehr zurückhaltend gegenüber entsprechenden Anträgen gewesen, weil Mieter nicht verdrängt werden dürfen und ein großer preiswerter Mietwohnungsbestand für Wohnungssuchende vorhanden bleiben muß. Dieser — es wird in der Vorlage selbst so bezeichnet — „restriktive Ansatz ist besonders durch die bremische Regelung festgelegt worden,“ — und jetzt kommt es! — „daß sich mindestens zwei Drittel der Mieter zu einem Erwerb entschließen müssen, bei Wohnanlagen bis zehn Wohnungen die Hälfte der Mieter.“

Man ist also über die damalige restriktive Vorlage zunächst stolz, weil man ja den Mieterschutz glaubt erreicht zu haben. In der Vorlage wird fortgeführt:

„Allerdings muß heute festgestellt werden, daß zunehmend Wohnungen an Kapitalanleger en bloc verkauft werden. Bei einer Rückzahlung der öffentlichen Förderungsmittel kann ein Verkauf nicht verhindert werden.“

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird dann beschrieben: Sie habe sich — das ist immerhin eine sehr kühne Behauptung — seit 1977 deutlich verbessert. Nur in einigen großen Mietwohnungsgebieten, Bremen-Vahr, Bremen-Blockdiek und Bremerhaven-Leherheide, vermehre sich gleichzeitig die Sorge über eine mögliche Verschlechterung der Sozialstruktur.

Der Senator, und das sollte also in diesem kommunalen Ausschuß diskutiert und zur Kenntnis genommen werden, schlage folgende Neuregelung vor, um die Umwandlung von öffentlich geförderten Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu erleichtern, gibt er vier Gründe an:

„Erstens: In den Ortsteilen wird langjährigen Mietern die Möglichkeit gegeben, Eigentum zu bilden.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Zweitens: Für viele Mieter ist der Kauf der eigenen Mietwohnung die einzige Möglichkeit zur Eigenumbildung.

Drittens: In großen Mietwohnungsgebieten kann sich durch eine höhere Eigentumsquote die Sozialstruktur auf Dauer festigen."

Die vierte Behauptung, ebenfalls immerhin im Dezember 1984 aufgestellt: „Der Verkauf an Kapitalanleger und damit die Herausnahme aus der öffentlichen Bindung wird gebremst, wenn wir also dieses Quorum mit dem Einverständnis der zwei Drittel aufheben.“

Das Ganze wird immerhin aus der Sorge der Stadtverwaltung beziehungsweise des Senats begründet, daß an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben dürfe — man höre und staune! —, „daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erhebliche Eigenkapitalprobleme haben. Durch Wohnungsverkäufe kann die Kapitalsituation der Gesellschaften zweckgebunden verbessert werden“. Mit anderen Worten: Aus offiziellen Vorlagen ist damals die Problematik als solche klar erkannt worden.

Man hat nur an eines nicht gedacht, daß nämlich hier nicht der private Wohnungsanleger, die gefährlichen Kleinkapitalisten, irgendwie den Markt beherrschen, sondern die Neue Heimat ihrerseits nicht nur en bloc verkauft, sondern, muß man ja nun sagen, zu einem Totalverkauf schreiten würde. Insofern müßte der Senator hier heute eigentlich beantworten, warum er nicht schon das Gesamtproblem spätestens ab Januar 1985 gesehen oder dafür Vorsorge getroffen hat, um eben nicht diesen hektischen Schriftwechsel, der nachher zu nichts geführt hat, noch führen zu müssen, um dieses große Problem auffangen zu können, denn Krisenmanagement zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß man die Krise verhindert und sie nicht nachher, wenn alles aufplatzt, hektisch verwaltet.

(B)

Ich will auch eine zweite Frage stellen, die von der SPD ja immerhin eingeführt worden ist: Warum hat denn der Verkauf in München geklappt, warum klappt er hier nicht? Immerhin ist es bei den Münchener Wohnungen das gleiche Problem gewesen, da ist die Stadt eingetreten, und es sind dort erheblich höhere Quadratmeterpreise gezahlt worden.

Der Verdacht drängt sich doch geradezu auf, daß Sie ein zweites Haushaltsrisiko gar nicht eingehen wollten, beziehungsweise eben sozusagen mit leeren Händen dastehen wollten und sagen, wir können an dem Problem nichts mehr ändern. Das ist eben so, deshalb ja auch die Schnelligkeit in den letzten Tagen, daß praktisch mit dem Eintritt eines neuen Präsidenten des Senats hier vollendete Tatsachen geschaffen werden, denn der alte kann nicht mehr verantwortlich gemacht werden, der ist weg, und der neue hat natürlich logischerweise von all dem nichts gewußt.

Diese Punkte bitte ich hier doch noch einmal zu beantworten, weil sich dieser kleine Vorgang vielleicht übermorgen oder in den nächsten Monaten ganz

konkret auch im Neue-Heimat-Wohngebiet Bremerhaven-Leherheide abspielen könnte, wie es dazu kommen konnte, daß man diese strikte restriktive Handhabe einerseits aufgelöst hat, um andere sozusagen zu interessieren, während man den eigentlichen Hauptbetroffenen, die Neue Heimat, geschont hat.

(C)

Der Antrag, der nun — das ist ja immerhin bemerkenswert — von der SPD mitgetragen wird, verdient selbstverständlich auch unsere Unterstützung, denn auch wir mißbilligen diesen Vorgang. Ich meine aber, bei der Problematik, die sich auftut — und die CDU hat das auch angedeutet, daß das im Grunde erst der erste Schritt ist, es wird weitergehen —, muß ernsthaft darüber nachgedacht werden, gerade bei den Sozialdemokraten, und die Konzernpolitik ist von Herrn Dittbrenner schon angesprochen worden, ob nicht hier mehr passieren muß.

Sie sitzen ja im Bundesrat beziehungsweise haben Möglichkeiten auch als Oppositionsfraktion im Bundestag, hier zwei Dinge zu prüfen: einmal, ob nicht diesem Institut die Gemeinnützigkeit aberkannt werden muß, weil wir wirklich befürchten müssen, das ist ja in dem sehr plastischen Vortrag von Herrn Kudella zum Ausdruck gekommen, daß hier nicht nur Scheinverhandlungen geführt werden, sondern auch Scheinverträge abgeschlossen, vielleicht sogar ganze Scheinbetriebe unterhalten werden, und zweitens — so weit gehe ich —, Sie sollten sich ernsthaft mit Artikel 14 Grundgesetz in diesem Fall befassen, ob man nicht Teile der Neuen Heimat angesichts dieser Misere sogar enteignen muß, um weiteren Mißbrauch zu verhindern. — Danke schön!

(D)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Meyer.

Senator für das Bauwesen Meyer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich beginnen mit der Bemerkung, daß, ich glaube, wir alle — Sie können mir glauben, ich besonders — durch die Vorgänge der letzten Wochen bei der Neuen Heimat in Bremen ausgesprochen betroffen sind. Ich bedauere, daß es in der Diskussion teilweise, was politisch in diesem Geschäft immer sehr häufig der Fall ist, über Alibiaktivitäten gesprochen wird, ein großes Komplott an die Wand gemalt wird und von Herrn Willers, der so sehr menschenbejahend sich hier immer darstellt, von menschenverachtender Handlungsweise gesprochen wird.

Deswegen möchte ich mit meinem persönlichen Verhalten beginnen und will Ihnen klar erklären, daß ich heute im nachhinein auch nach dieser öffentlichen Debatte genauso wieder handeln würde, weil es doch wohl nicht angehen kann, daß ich in meiner Verantwortung in dem Augenblick, als ich erste Hinweise habe, daß 8 000 Wohnungen eines Wohnungsunternehmens zum Verkauf anstehen, dies sofort an die Öffentlichkeit bringe, ohne Fakten zu haben, ohne die Dimension dieses Deals überhaupt erkennen zu können

(Beifall bei der SPD)

(A) und damit, meine Damen und Herren, 8 000 Familien in die Verunsicherung hineinzujagen, in das hinein-zujagen, was sich jetzt bei uns abspielt, daß die Leute nicht wissen, was auf sie zukommt,

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Aber das sind sie doch jetzt auch!)

Dies in dem Augenblick, ohne eine Handlungsalternative zu haben, zu tun, meine Damen und Herren, wäre menschenverachtend, wenn ich in diesem Augenblick das Gefühl habe und eigentlich auch die relative Gewißheit habe, daß wir soviel Zeit haben, um tatsächlich zu prüfen, ob es eine Alternative zu dem Verkauf gibt. Deswegen finde ich nach wie vor richtig,

(Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Herr Mützelburg, daß wir in dem Augenblick, als Mitte August durch ein Schreiben der Neuen Heimat deutlich wurde, wie tiefgehend diese Verkäufe auf uns zukommen können, zwei Dinge sofort überprüft beziehungsweise eingeleitet haben, natürlich als erstes die rechtliche Prüfung, ob ein solches Geschäft zu verhindern ist.

Die Prüfung hat ergeben, ein solches Geschäft ist rechtlich nicht zu verhindern, weil neben den gemeinnützigkeitsrechtlichen Bestimmungen der Artikel 14 Grundgesetz Vorrang hat, der einem Eigentümer die Möglichkeit läßt zu verkaufen. Die gemeinnützigkeitsrechtlichen Durchführungsbestimmungen auch für größere Verkäufe machen länder einheitlich deutlich, daß Verkäufe ohne Genehmigung möglich sind durch Unternehmen insbesondere dann, wenn aufgrund wirtschaftlicher Probleme Verkäufe notwendig sind.

(B) Dies ist hier der Fall. Eine weitergehende Interpretation dessen, was ich jetzt gesagt habe, führt sogar dazu, daß gemeinnützigkeitsrechtlich Verkäufe möglich wären in einem noch viel größeren Umfang, nämlich solange ein Bestand übrigbleibt, der das wirtschaftliche Überleben eines solchen gemeinnützigen Unternehmens gewährleistet. Deswegen keine Genehmigungspflicht!

Dies ist hier der Fall. Eine weitergehende Interpretation dessen, was ich jetzt gesagt habe, führt sogar dazu, daß gemeinnützigkeitsrechtlich Verkäufe möglich wären in einem noch viel größeren Umfang, nämlich solange ein Bestand übrigbleibt, der das wirtschaftliche Überleben eines solchen gemeinnützigen Unternehmens gewährleistet. Deswegen keine Genehmigungspflicht!

Als diese Diskussion von Herrn Professor Winter am Wochenende noch einmal aufkam, habe ich darum gebeten, daß bei der Gemeinnützigkeitstagung der zuständigen Referenten auf Länderebene in Karlsruhe dieses Thema erneut erörtert wird. Alle Gemeinnützigkeitsreferenten sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dies sei kein genehmigungspflichtiges Geschäft.

Ich habe allerdings gestern ein Fernschreiben an die Neue Heimat gesandt, daß wir uns eine gemeinnützigkeitsrechtliche Prüfung vorbehalten dahingehend, ob innerhalb des Konzerns stille Reserven hin- und hergeschoben werden außerhalb der gemeinnützigkeitsrechtlichen Möglichkeiten und gesetzlichen Bestimmungen, und zweitens, ob die Geschäftsführung ordnungsgemäß durchgeführt worden ist bei diesem Geschäft.

(C) Dies ist nach Gemeinnützigkeitsrecht erst dann möglich, wenn die entsprechenden Verträge vorliegen, und wir können dann leider nur gemeinnützigkeitsrechtlich handeln, indem wir nach dem gegenwärtigen Gesetz eine Rüge aussprechen oder bei besonders kräftigen Verstößen die Gemeinnützigkeit entziehen; das sind die einzigen Instrumentarien, die wir haben.

Deswegen habe ich ja auch zu Herrn Professor Winter gesagt, eine Genehmigungspflicht liege nicht vor, das einzige, was wir machen könnten, sei diese Überprüfung und b) die Herausnahme der öffentlichen Mittel, wenn das Geschäft vollzogen sei.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Damit hättest du einmal früher drohen müssen!)

Nur, dazu will ich ganz offen sagen, daß ich dazu politisch gar kein Interesse haben kann, weil wir damit wieder die Mieter treffen, wenn wir die öffentlichen Mittel herausziehen. Insofern haben wir gemeinnützigkeitsrechtlich ausgesprochen enge Bestimmungen, die ein solches Geschäft nicht verhindern können.

Ich füge an dieser Stelle hinzu, daß das, was zur Zeit läuft bei der Neuen Heimat — ich komme auf die politische Situation noch einmal zurück — und was in den nächsten Jahren bei der Neuen Heimat und sicherlich auch bei anderen Gesellschaften noch laufen wird, in der Tat bei einer neuen Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechts in bezug auf Freizügigkeit, mit dem Eigentum dieser Unternehmen umgehen zu können, überprüft werden muß, ob nicht engere Schranken, höhere Schranken hineingesetzt werden können, damit ein Handeln mit Wohnung wie mit einer ganz normalen Ware, ich füge hinzu, mit öffentlich geförderten Wohnungen abgestellt wird und nicht solche Deals durchgeführt werden können.

(Beifall bei der SPD)

(D) Dies war die rechtliche Prüfung. Das zweite ist, und das muß ich mit Nachdruck noch einmal betonen, als jemand, der politisch Verantwortung trägt: Zu dem Zeitpunkt, als die Dimension bekannt wurde Mitte August, daß offensichtlich über konkrete Wirtschaftseinheiten verhandelt wird, habe ich mir sofort natürlich die Frage gestellt, gehst du jetzt an die Öffentlichkeit. Ich habe eben erläutert, warum ich das nicht gemacht habe.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das hätten Sie einmal tun sollen!)

Das hätte ja, Frau Bernbacher, ganz toll ausgesehen, wie ein Volkstribun an der Spitze der Mieter durch Bremen zu marschieren, aber hätten wir damit helfen können?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das wäre wesentlich besser gewesen! So hat es doch auch nichts genützt!)

(A) Meine Antwort darauf heißt, Frau Bernbacher, wir hätten nicht helfen können.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wie Grobecker in Oldenburg!)

Denn, und das zeigen — —.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nein, jetzt nicht! Das zeigen die Gespräche zwischen der Neuen Heimat und vielerlei Gemeinden in der Bundesrepublik. Die Neue Heimat ist ganz offensichtlich in einer sehr prekären finanziellen Situation.

(Zuruf von der CDU: Wie kommt das denn?)

Darauf komme ich noch zurück zum Schluß, daß nur eine Alternative hilft. Die Konzernleitung, das haben die Gespräche der letzten Wochen eindeutig ergeben, das will ich ruhig öffentlich sagen, hat überhaupt kein Interesse an regionalen Einzellösungen, sondern hat ein Interesse daran wegen der prekären Lage, insgesamt diese Geschäfte bundesweit durchzuführen, um dem gesamten Konzern so schnell wie möglich Liquidität zuzuführen.

(Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Sonst platzen Mittwoch die Wechsel!)

(B)

Also, wenn es so drängend ist, ist natürlich die entscheidende Frage, sind wir, sind die bremischen Wohnungsunternehmen in der Lage, eine Alternative darzustellen. Meine Frage an die bremischen Wohnungsunternehmen am gleichen Tage, als der Brief kam, brachte die Antwort: Eine Beurteilung ist nur möglich, wenn wir die Wirtschaftlichkeitsberechnungen bekommen, weil die Verschuldung in allen Anlagen unterschiedlich ist, weil die öffentlichen Mittel in der Höhe in allen Anlagen unterschiedlich sind, weil wir nicht wissen, welche Miethöhen dort sind. Ich glaubte damals, wir hätten dafür Zeit genug, weil mir die Neue Heimat sagte, die Gespräche seien noch lange nicht zu Ende, das werde noch eine relativ lange Zeit dauern, daß wir diese Berechnungen anstellen, um dann politisch gemeinsam auch öffentlich darüber zu diskutieren, wo welche Dimension dieses Geschäft hat und ob wir in der Lage sind, hier einzusteigen.

Als ich vor einer Woche den Abschlußtermin der notariellen Unterzeichnung erfuhr, habe ich versucht, der Neuen Heimat in einem Brief sehr deutlich eines noch einmal zu sagen, und das ist etwas, was einen richtig krank machen muß, daß hier nämlich in der Tat über Wohnungen verhandelt wird, zu denen der Gesellschafter Neue Heimat am wenigsten beigetragen hat, wobei man ja vielfach weiß, daß auch das Eigenkapital noch über Kredite gelaufen ist. Diese Wohnungen sind fast ausschließlich von der öffentlichen Hand finanziert und von den Mietern be-

zahlt worden. Deswegen habe ich noch einmal versucht, sehr deutlich darzustellen, daß es ja wohl nicht angehen könne, daß wir als Land Bremen oder durch unsere Wohnungsbaugesellschaften, die versuchen, aus Mieterschutzgründen ein Angebot zu machen, in einem schwarzen Umschlag ein Angebot hinlegen, das sich die Konzernherren vielleicht ansehen und sagen, schade, fünf Mark zuwenig, das Angebot zieht nicht, sondern man mit uns so nicht umgehen könne. Wir legen Wert darauf, daß wir als Land Bremen, das sich aus wohnungspolitischen Gründen für eine Lösung stark macht, anders beurteilt werden als ein spekulatives Unternehmen wie zum Beispiel die BGI, die ihre Geschäfte damit machen will.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß übrigens bis heute auch nicht den Preis, der dort ausgehandelt worden ist, um das ganz deutlich zu sagen.

(Zuruf des Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE])

Das ist eine völlig andere Schiene, Herr Mützelburg, ich kenne den Preis, der dort in dem Kaufvertrag steht, nicht, um es ganz deutlich zu sagen!

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Sie können doch einmal den Lenz fragen, der ist doch darin! Sprechen Sie nicht miteinander?)

Wir haben, als die Unterlagen vorhanden gewesen sind, darüber diskutiert, zu welchen Bedingungen ein Angebot gemacht werden kann, und der Senat hat es sich am Montag in einer Sondersitzung sehr schwergemacht, darüber zu diskutieren, und wir haben ein Angebot abgegeben auf der Basis von 700 DM.

Dies ist sicherlich nicht der Preis, den die Wohnungen wert sind, das füge ich offen hinzu, aber es ist trotzdem ein Preis, meine Damen und Herren, der, und das bitte ich doch noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, auch als Parlament, dazu geführt hätte, daß wir in einen ungedeckten Betrag von über 100 Millionen DM hineingegangen wären bei den Wohnungsunternehmen, den wir über den Landeshaushalt hätten finanzieren müssen. Das heißt also, nicht nur in ein erhebliches Risiko, sondern tatsächlich in eine enorme Kostenbelastung hätten wir uns hineingegeben durch dieses Angebot.

Wer allerdings diese Dimension erkennt und weiß, wie so etwas in der Zukunft laufen kann politisch, muß sich doch sagen, und das liegt in unserer Verantwortung, und ich habe in vielen Gesprächen gehört, auch von Betroffenen, daß sie das für richtig gehalten haben, es kann nicht angehen, daß dies der erste Schritt ist und in vier Wochen wieder 3 000 Wohnungen anstehen — das brauchen übrigens gar nicht 3 000 Wohnungen der Neuen Heimat zu sein, das können auch 3 000 oder 2 000 ganz anderer Unternehmen sein —

(Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE]: NWDS?)

(C)

(D)

(A) und wir sozusagen in den politischen Zwang hinein- kommen, die wirtschaftlichen Probleme gemeinnüt- ziger Unternehmen voll zu übernehmen und die Wohnungen ein zweites oder drittes Mal zu kaufen.

Dies kann nicht angehen, das ist für Bremen nicht leistbar. Ich glaube, darin müßten wir uns doch alle auch einig sein, und deshalb haben wir erklärt, dies- es Angebot kann nur so zum Tragen kommen, wenn auch die Neue Heimat versichert, daß in einem über- schaubaren Zeitraum, über dessen Länge man si- cherlich hätte reden können, keine weiteren Ver- äßerungen an Verwertungsgesellschaften erfol- gen. Dies ist sowohl von der Geschäftsleitung hier in Bremen als auch von der Konzernleitung in Ham- burg abgelehnt worden.

Dies bedauere ich sehr, weil es natürlich dazu ge- führt hätte, daß wir einen großen wichtigen sozialen Mietwohnungsbestand auf Dauer gesehen am sozia- len Mietwohnungsmarkt hätten halten können. Dies ist zur Zeit offen, wie es weitergeht.

Herr Kudella sagte vorhin allerdings etwas schlank, jetzt kämen überall Mieterhöhungen. Wir wissen das im Augenblick nicht; ohne das zu bagatel- lisieren, muß ich aber, glaube ich, doch öffentlich er- klären, was in den Wohnanlagen erfolgt. Augen- blicklich ist die Situation so, daß die Mietverträge von neuen Eigentümern übernommen werden müs- sen, und der schwierigste Punkt kommt in der Tat dann, wenn diese Wohnungen von der BGI weiter- verkauft werden.

(B) Dies muß abgewartet werden, ich kann nur dazu sagen, daß wir seitens der Genehmigungsbehörde und auch von politischer Seite alles mögliche tun werden, um die Mieter, soweit es aus unserer Mög- lichkeit her realisiert werden kann, geschützt wer- den, aber wir werden sicherlich in den nächsten Jah- ren in der einen oder anderen Wohnanlage, die jetzt übergeben worden ist, große Probleme erhalten.

Ich sage noch einmal, ich selbst bin von dem gan- zen Vorgang und von dem Ergebnis vor allen Dingen sehr betroffen. Ich sage noch einmal, in meiner Ver- antwortung, und dazu stehe ich nach wie vor, ist es richtig gewesen, zunächst einmal die Dimension die- ses gesamten Geschäfts darzustellen, zu erkunden, um es dann politisch gegebenenfalls zu diskutieren und zu beschließen, um vielleicht überhaupt nicht diese 8 000 Familien in die Ungewißheit zu entlas- sen. Dies ist insbesondere, wie ich glaube, durch die kurzfristige Terminsetzung nicht gelungen, das ist sehr zu bedauern.

Nun aber, meine Damen und Herren, auch von meiner Seite aus — —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Meyer, Sie haben durch Ihre Papiere die Technik verdeckt!

Senator für das Bauwesen Meyer: Ja, jetzt leuch- tet etwas! Ich möchte abschließend doch noch, Herr Präsident, Herr Kudella hatte ja auch ein paar Minu-

ten länger Redezeit, etwas zu dem grundsätzlichen Thema sagen und noch einmal folgendes betonen, weil das auch Meinung des Senats ist, die ich Ihnen hierzu doch deutlich mitteilen möchte: (C)

Der Verkauf von 8 000 Wohnungen der Neuen Heimat an eine Beteiligungsgesellschaft, die keine gemeinnützige Gesellschaft ist und bei der befürcht- et werden muß, daß sie die Wohnungen spekulativ weiterverkaufen will, ist ein wohnungspolitischer Skandal. Dieser Skandal, meine Damen und Herren, wird nach den vorliegenden Daten der Wohnungen, die bundesweit zur Zeit noch verkauft werden sol- len, deutlich und ist noch lange nicht zu Ende, weil der Kapitalbedarf der Neuen Heimat noch viel grö- ßer ist. Es kann nicht angehen, daß auf der einen Seite die Neue Heimat Städtebau von den Gewerk- schaften saniert wird, während das Ursprungskind der Neuen Heimat, nämlich Wohnungen für kleine Arbeitnehmerhaushalte zu schaffen, dieses gemein- nützige Unternehmen sich selbst am Schopf aus dem Schlamassel herausziehen muß.

Dies, meine Damen und Herren, muß unsere drin- gende — Herr Kudella hat das sicherlich zu Recht ge- sagt — Aufforderung an die Gewerkschaften sein, ih- re Position, keine Mark mehr in die Neue Heimat hineinstecken, erneut zu überprüfen, denn das ist der Entscheidungsweg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Gewerkschaften keine Mark mehr in die Neue Heimat an Eigenkapital hineingeben, muß das Unternehmen zwangsweise weiter Wohnungen ver- kaufen. Also müssen wir in der Tat in allen Ebenen, auf denen wir an diesem Thema mitwirken können, dafür sorgen, daß dieser Ausverkauf der Wohnun- gen nicht weiter durchgeführt wird, denn dies ist, wie ich gestern schon einmal gesagt habe, nicht nur ein Ausverkauf von Wohnungen, sondern dies ist in der Tat dann auch ein Ausverkauf an Glaubwürdig- keit, und das kann sich der Deutsche Gewerkschafts- bund sicherlich nicht erlauben. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

(Abg. Neumann [CDU]: Hat sich die Redezeit durch den Beitrag des Senators ver- längert?)

Nein! Die 20 Minuten sind nicht voll ausgenutzt worden. Wir liegen also durchaus in der Absprache. Jetzt sind wir in der Fünfminutenrunde. — Bitte sehr!

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Kollege, Herr Wil- lers, hat ja schon das Wesentliche von unserer Seite gesagt, Herr Kudella, Sie vorweg mit sehr dramati- schen Äußerungen, aber ich muß doch noch ein paar

(A) Bemerkungen machen. Ich will gleich einmal mit dem Ende anfangen!

Herr Senator, Sie haben unter dem Vorwand der Fürsorge der Bürger, dieser zirka 30 000 Bürger, so gehandelt. Haben Sie eigentlich diese Leute entmündigt, denn Sie haben ihnen nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen? Hier wäre politischer Druck und öffentlicher Protest sehr wirksam gewesen, und wenn Sie es ehrlich meinen, Herr Senator, wäre das auch in Ihrem Sinne gewesen. Da müssen Sie nicht sagen: Ich muß mich da an die Spitze als Tribun stellen, das ist nicht meine Art, das ist nicht meine Verantwortung. Das stimmt so nicht!

Nun möchte ich noch einmal eben auf Herrn Dittbrenner zurückkommen und von diesen beiden Deputationssitzungen berichten.

In der ersten Deputationssitzung, wie das so en passant herauskam, waren wir ja noch alle wie vom Donner gerührt.

(Abg. **W i l l e r s** [GRÜNE]: Herr Dittbrenner nicht!)

Es gab sofort allerdings Protest, daß die Deputation sechs Wochen später unterrichtet wurde, nachdem der Bausenator davon wußte, denn er redet immer vom 20. August, es war aber der 31. Juli, als er bereits einen Brief schrieb und schon, wenn auch nicht Details, so doch um die Fakten wußte. Dann hat es sechs Wochen gedauert, bis die Deputierten darüber informiert wurden.

(B)

Die Vermutung liegt sehr nahe, Herr Senator, daß Sie den Zeitpunkt so abgepaßt haben, daß in dem Moment, als Sie mit den Fakten herauskamen, überhaupt nichts mehr zu machen war. Ich will Ihnen ganz genau sagen, Sie konnten sich nicht mit der Neuen Heimat anlegen, weil Sie, die SPD, das höchstwahrscheinlich politisch nicht überstanden hätten. Jawohl, so ist es!

(Beifall bei den GRÜNEN — Widerspruch bei der SPD — Abg. **S t e l l j e s** [SPD]: Dummes Zeug!)

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Ich habe nach der Lektüre des ersten Briefes vom 31. Juli, den ich so flüchtig in der zweiten Sitzung überflogen habe, Sie nach den Rechtsmöglichkeiten gefragt aus meinem laienhaften Verstand und habe gefragt, ob es möglich sei, durch eine einstweilige Verfügung eine aufschiebende Wirkung zu erzielen. Sie haben das dort in der Sitzung verneint. Ihre Rechtsberater saßen da und sagten auch nichts dazu, sahen betroffen auf ihre Akten, und am nächsten Tag mußte man dann hören, daß es doch möglich gewesen wäre.

Sie haben das zwar eben hier bestritten, aber Sie haben in dem Rundfunkinterview jedenfalls eine so flaumweiche Erklärung abgegeben, daß man Ihre Unsicherheit Ihnen sehr angemerkt hat. Ich sage nach wie vor, Sie hätten zumindest die Möglichkeit

gehabt, diese rechtlichen Fragen zu prüfen, und damit die Neue Heimat in große Schwierigkeiten gebracht. (C)

Uns liegt hier jetzt ein Antrag vor, der sich eigentlich von dem CDU-Antrag von heute morgen nur dadurch unterscheidet, daß die zusätzlichen Unterschriften der SPD darunterstehen. Da kann ich nur sagen, welche Gemeinsamkeit der Demokraten!

(Abg. Frau **U h l** [SPD]: Reihen Sie sich ein!)

Herr Kudella, ich hätte mir an Ihrer Stelle nach der Rede, die Sie hier eben gehalten haben, verboten, daß jetzt die SPD da mit unterschreibt. Das ist auch wieder Heuchelei.

(Unruhe — Abg. **N e u m a n n** [CDU]: Ich muß einmal etwas zur Geschäftsordnung sagen!)

Ich will Ihnen einmal sagen, Herr Kudella, die Leidenschaft, die Sie hier heute morgen allerdings, heute vormittag oder wann auch immer eben an den Tag gelegt haben, die hätten wir uns auch gewünscht damals, als es um die Schließung der AG „Weser“ ging. Auch da sanierte sich ein Konzern auf Kosten der kleinen Leute!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen zu diesem Antrag sagen, daß man sich doch so billig und leicht mit den paar dürftigen Sätzen nicht aus der Affäre ziehen kann. Wir können uns natürlich auch nicht gegen diese beiden Punkte wenden — wer wollte das denn schon? —, aber ich muß sagen, so kann man das nicht machen! (D)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Ja, noch zwei Sätze! Herr Senator, nur noch eine abschließende Bemerkung! Ich hätte noch manches zu diesen zwei Sitzungen zu sagen, auch zu unserem Gespräch heute vormittag im Foyer, aber ich kann Ihnen nur eines sagen: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder die Neue Heimat hat Sie so getäuscht — und das kann ich mir fast nicht vorstellen —, daß Sie denen so auf den Leim gegangen sind, oder Sie haben dieses Spiel mit verteilten Rollen mitgemacht zum Schutze und zum Wohle der maroden Neuen Heimat und auf Kosten der 30 000 Bürger, die Sie einmal neulich abends hätten hören sollen, was die von Ihnen denken.

(Abg. **T e p p e r w i e n** [SPD]: Alles pure Emotionen!)

Das ist Ihre Klientel! Ich kann Ihnen nur sagen, auf Ihre Blümenträume auf Landes- und auf Bundesebene für 1987 fällt jetzt herber Tau.

(Abg. **B e c k m e y e r** [SPD]: Der heißt doch nicht Tau, der heißt Rau!)

(A) Ich meine, nach den Dingen, wie das hier gelaufen ist, da würden an anderen Stellen andere Politiker ihren Hut nehmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Veräußerung von 8 000 Sozialwohnungen durch die Neue Heimat und Folgen für die Mieter

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU
vom 17. September 1985
(Drucksache 11/465)

Der EntschlieÙungsantrag ist nachträglich von den Abgeordneten Dittbrenner, Kunick und Fraktion der SPD unterzeichnet worden.

Die Beratung ist eröffnet.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe mich aus folgendem Grund zur Geschäftsordnung gemeldet: Es liegen uns zwei wortgleiche Anträge vor: ein Antrag vom 17. 9. der CDU-Fraktion, ausschließlich von den Vertretern der CDU-Fraktion unterschrieben, und dann ein Antrag, der soeben verteilt worden ist, angeblich ebenfalls vom 17. 9. 1985 mit derselben Drucksachen-Nummer, der auch von Herrn Dittbrenner und Herrn Kunick für die SPD-Fraktion unterschrieben worden ist.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Da kann doch etwas nicht stimmen! Wir haben ihn gestern abend abgegeben, Herr Präsident, das ist doch ein ganz anderer Antrag!)

In diesem Zusammenhang hat Herr Dittbrenner soeben in der Aktuellen Stunde von einem gemeinsam eingebrachten Antrag der CDU und der SPD gesprochen. Die Kollegin Frau Bernbacher hat uns gerade vorgeworfen, daß wir mit der SPD gemeinsame Sache machten, und hat — verzeihen Sie! — den Übermut besessen, uns der Heuchelei zu bezichtigen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN — Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Nein, nein!
— Abg. **Neumann** [CDU]: Die SPD!)

Aus dieser Veranlassung stelle ich namens der CDU-Bürgerschaftsfraktion folgendes fest:

Erstens: Der Antrag vom 17. 9. 1985 mit der Drucksachen-Nummer 11/465 ist gestern — wie der Stempel ausweist — gegen halb fünf ausschließlich von der CDU-Fraktion eingebracht worden und nur von

den Vertretern der CDU-Fraktion unterschrieben worden. (C)

(Abg. **Neumann** [CDU]: Die SPD hat ihn heute erst beraten!)

Es handelt sich um eine CDU-Initiative.

Zweitens: Im Gegensatz zu dem Stempel auf dem Antrag, der eben verteilt worden ist, und zu der Datenangabe und der Drucksachen-Nummer auf dem Antrag, der soeben verteilt worden ist, ist im Laufe des heutigen Tages dann die Unterschrift der Vertreter der SPD-Fraktion unter unseren Antrag hinzugefügt worden.

(Abg. **Kunick** [SPD]: Mit Ihrer Zustimmung! — Abg. **Stichweh** [SPD]: Mit Ihrer Zustimmung!)

Es handelt sich also nicht um einen gemeinsam eingebrachten Antrag, sondern um einen CDU-Antrag, dem sich später die SPD-Fraktion wegen der Unabweisbarkeit unserer Forderung angeschlossen hat.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Stichweh** [SPD]: Kudella, jetzt muß aber etwas kommen!)

Das hier festzustellen, ist für die Vermittlung auch und gerade der Öffentlichkeit gegenüber wichtig.

Meine Damen und Herren, es geht nicht an, daß durch geschäftsordnungsmäßige Tricks die Flucht nach vorn angetreten wird, aus der Not eine Tugend gemacht wird. (D)

(Widerspruch bei der SPD)

Wir möchten das festhalten, und wir begrüßen natürlich, wenn der Unabweisbarkeit unserer Initiative, der CDU-Initiative, sich das Haus voll und ganz anschließt. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Geschäftsordnungsdebatte.

Als nächster hat jetzt dazu das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Theaterdonner!

(Beifall bei der SPD)

Die Fraktion der SPD hat in der Beratung dieses Antrags festgestellt, daß sie mit den Punkten in vollem Einvernehmen steht. Es ist zwischen unserer Fraktionsführung und der Fraktionsführung der CDU vereinbart, daß wir diesen Antrag gemeinsam tragen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wenn Sie jetzt hier schon fast bedauern, daß unsere Unterschrift beigefügt ist, dann frage ich nur, wie das eigentlich ist zwischen Regierungsfraktion und Opposition in Punkten, bei denen man sich einig ist, ob man dann so viele Differenzen vortäuschen muß, daß schon eine gemeinsame Unterschrift unter einer Sache, die man gemeinsam trägt, zu nachträglichen Distanzierungen wieder führen muß, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU *): Meine Damen und Herren! Irgend etwas stimmt ja hier nun nicht!

(Heiterkeit — Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Der Kopierer!)

Vorweg, Herr Kollege Kunick! Wir sind sehr damit einverstanden, daß Sie unseren Antrag unterstützen, und wünschen uns das auch für die Zukunft viel häufiger. Sie können immer unterschreiben, und wir begrüßen dies, weil wir unseren Antrag durchsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]: Völlig richtig!)

(B) Der Grund, weswegen der Kollege Klein hier nach vorn gegangen ist, ist folgender, er hat das ja auch angedeutet, daß wir gestern einen Antrag eingebracht haben. Gestern war nach meiner Uhr der 17. 9. Darauf steht die Uhrzeit.

(Abg. **Klein** [CDU]: 17.32 Uhr!)

So, jetzt kommt ein Antrag heute auf den Tisch. Die SPD hat ihn wohl heute vormittag beraten, und auf diesem Antrag, den die SPD unterschrieben hat, steht ebenfalls 17. 9.

(Abg. **Klein** [CDU]: 17.32 Uhr!)

In diesem Zusammenhang spricht der Kollege Dittbrenner dann von einem gemeinsam eingebrachten Antrag. Um dies richtigzustellen, haben wir uns zu Wort gemeldet.

Herr Präsident, das muß ja nicht alles stimmen, aber hier stimmt irgend etwas nicht.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Ich hoffe, daß das nun alles aufgeklärt ist!

(Erneute Heiterkeit)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Also, es scheint immer noch nicht aufgeklärt zu sein! (C)

(Abg. **Neumann** [CDU]: Sie müssen das aufklären!)

Meine Damen und Herren, was ist passiert? Der Antrag liegt vor!

Normalerweise ist der Vorgang so, daß der Ursprungsantrag mitunterzeichnet werden kann von einer anderen Fraktion. Deswegen ist das Datum nicht das Entscheidende, sondern die Initiative ist in der Tat ausgegangen von der CDU, die SPD-Fraktion hat sich angeschlossen und hat das anschließend unterstrichen dadurch, daß sie unterschrieben hat. Das ist der Fakt, und ich glaube, jetzt sollte die Sache klar sein.

Ich stelle fest, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag, der von der CDU-Fraktion eingebracht wurde und gemeinsam getragen wird von CDU und SPD, mit der Drucksachennummer 11/465 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Rep)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(GRÜNE und Abg. **Stiering** [SPD]) (D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Gesetz über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAPG)

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 1985

(Drucksache 11/410)

1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Kahrs.

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für Bundesangelegenheiten Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen den Entwurf eines Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst vor. Dieser Gesetzentwurf ist notwendig geworden, weil durch das dritte Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes von 1984 diejenigen Vorschriften aufgehoben worden sind, die seit 1971 den Ländern die Möglichkeit gegeben haben, einstufige Juristenausbildungsmodelle zu erproben.

(Vizepräsident v. d. **Schulenburg** übernimmt den Vorsitz.)

(A) Diese Neuregelung bedeutet für Bremen, daß ab Wintersemester dieses Jahres neben der auslaufenden einstufigen Juristenausbildung eine zweistufige Juristenausbildung nach den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes in Bremen angeboten wird. Die zirka noch 700 Studierenden der einstufigen Ausbildung werden bis spätestens 1992 ihr Studium beendet haben. Neue Studenten für diesen Studiengang werden nicht mehr zugelassen.

Bevor ich mich dem Gesetzentwurf näher zuwende, erscheint es mir erforderlich, die Überlegungen in Erinnerung zu rufen, die 1971 den Anstoß gaben zur Reform der Juristenausbildung. Die Reform hatte sich nach Auffassung aller Justizminister und Justizsenatoren als notwendig erwiesen, weil erstens nach allgemeiner Auffassung in Wissenschaft und Praxis die Dauer der Ausbildung entschieden zu lang war, weil zweitens im Rahmen der Universitätsausbildung die Vermittlung abstrakten Rechtsstoffes zu sehr im Vordergrund stand, weil drittens im Vorbereitungsdienst wiederum für die Theorie in der praktischen Rechtsanwendung nicht genügend Raum blieb, und weil viertens das Fehlen eines Zusammenhanges zwischen der Universitätsausbildung und erster Staatsprüfung das Repetitorenunwesen begünstigte und eine wissenschaftliche Juristenausbildung entscheidend behindert wurde.

(B) Darüber hinaus sollten die Juristen besser zu einer Berufspraxis in einer sich wandelnden Gesellschaft befähigt werden, um dem Anspruch einer rechtsstaatlichen, demokratischen und sozialstaatlichen Verfassung noch besser genügen zu können. Daß es sich hierbei nicht um Leerformeln oder Selbstverständlichkeiten handelte, wird jedem deutlich, der sich mit der Rolle der Justiz in der neueren deutschen Geschichte kritisch auseinandersetzt. Die Erfahrung der Weimarer Zeit und danach lehrt dabei, daß es verhängnisvoll ist, wenn die Rechtspflege Richtern und Staatsanwälten überlassen ist, die — wie es Friedrich Karl Kübler formulierte — unbeteiligt jenseits des Streites für und gegen den demokratischen Staat stehen und die um so gesetzestreu sind, je autoritärer der Staat verfaßt ist.

Die damaligen Reformbestrebungen durften und haben sich daher nicht auf eine bloße Verbesserung rechtstechnischer Kenntnisse beschränkt, sondern je nach Modell umfassende inhaltliche Reformen versucht oder nur einen anderen Mantel für alte Strukturen gewählt.

Die Einführung der sogenannten Experimentierklausel im Deutschen Richtergesetz, die Gründung von Einstufenmodellen in insgesamt sieben Bundesländern gaben unabhängig von der Verschiedenheit der Modelle zu großen Hoffnungen Anlaß. Die Einstufenmodelle fanden eine durchaus positive Resonanz, so daß noch im Jahr 1978 der damalige bayerische Justizminister Hillermeier nicht umhin kam, sich für eine Fortsetzung der einstufigen Juristenausbildung in Augsburg auszusprechen. Die wissenschaftliche Erforschung der einstufigen Modelle, die sogenannte Evaluation, von einer zentralen Arbeits-

gruppe in Mannheim geleitet, kam zu dem Ergebnis, daß die einstufigen Modelle nicht nur nicht den Vergleich mit den herkömmlichen Studiengängen zu scheuen brauchten, sondern in wesentlichen Bereichen strukturell besser waren. (C)

Spätestens seit 1979 wurde jedoch zunehmend deutlicher, daß seitens der CDU/CSU-geführten Länder ein systematischer Absetzungsprozeß von Einstufenmodellen begann. Der von der Justizministerkonferenz eingesetzte Reformausschuß scheiterte bei dem Versuch, eine von allen getragene Ausbildungskonzeption zu entwickeln. An die Stelle einer inhaltlichen Diskussion traten zunehmend Kosten- und Kapazitätsgesichtspunkte. Der von der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages eingebrachte, auf der Erfahrung von Einstufenmodellen basierende Gesetzentwurf fand 1983 und 1984 nicht die nötigen Mehrheiten. Selbst das in jeder Hinsicht unverdächtige Intervallmodell des Deutschen Richterbundes und des Deutschen Anwaltsvereins wurde von der Regierungsmehrheit verworfen.

Anläßlich des Treffens der Justizminister der von CDU und CSU geführten Länder am 10. August 1983 in München schwenkte schließlich der Bundesminister der Justiz kampfflos auf die Linie von Bayern und Baden-Württemberg ein. Das Ergebnis dieser diktierten Allianz ist das dritte Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes, das die positiven Erfahrungen der Einstufenmodelle nicht aufgenommen hat.

(D) Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, meine Damen und Herren, die an der Universität in Bremen und in der Praxis in den vergangenen Jahren für ein Gelingen der einstufigen Juristenausbildung in Bremen gekämpft haben. Diese Ausbildung ist sicher nicht so schlecht, wie ihre Kritiker behaupten, wohl aber auch noch nicht so gut, wie die positive Anlage dieses auslaufenden Modells es hätte erwarten lassen. Wir alle werden zu einem abschließenden Urteil heute nur mit riskanten Einschätzungen gelangen können. Darum will ich dies heute auch lassen und mich der neuen Ausbildung zuwenden.

Dieses dritte Änderungsgesetz, das noch in diesem Jahr für das bevorstehende Wintersemester von den Ländern umzusetzen ist, läßt eine auch aus der Perspektive der Richterschaft und der Rechtsanwaltschaft für notwendig erachtete Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis vermissen. Die vorgesehenen praktischen Studienzeiten können den Studierenden lediglich einen ersten Eindruck von der juristischen Praxis vermitteln. Dies reicht allein jedoch nicht aus, um die theoretische und praktische Ausbildung, wie dies in den einstufigen Modellen geschehen ist oder noch geschieht, miteinander zu verknüpfen.

Wie bisher ist zu befürchten, daß sich die Studierenden erst im zwölften und dreizehnten Semester zur ersten juristischen Staatsprüfung melden werden. In den einstufigen Modellen war es hingegen möglich, die Studierenden in diesem Zeitraum be-

(A) reits zur zweiten juristischen Staatsprüfung zu führen.

Mit der vorgesehenen Einrichtung einer quasi Zwischenprüfung in der Form studienbegleitender Leistungskontrollen, wie es das Richtergesetz vorsieht, wird sich eine Verkürzung der Ausbildung mit Sicherheit auch nicht erreichen lassen.

Dieses Ergebnis befriedigt in keiner Weise. Es läßt die positiven Erfahrungen der mit einem erheblichen Kostenaufwand betriebenen Modellversuche völlig unberücksichtigt und schreibt im wesentlichen die Situation von 1971 fest.

Meine Damen und Herren, wenn die Bremische Bürgerschaft dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt, sind die Voraussetzungen gegeben, um zum Wintersemester dieses Jahres erstmals Bewerber zum Studium der zweistufigen Juristenausbildung in Bremen zuzulassen. Gleichzeitig wird der juristische Vorbereitungsdienst umgestaltet.

Mit Ihrem Einverständnis möchte ich auf die Darstellung von Einzelheiten verzichten, insoweit verweise ich auf die Begründung des Entwurfs, die Ihnen vorliegt, und statt dessen kurz die Entstehungsgeschichte und die dem Entwurf zugrunde liegende Konzeption erläutern.

(B) Unverzüglich nach Verkündung des dritten Änderungsgesetzes hat der von mir eingesetzte beratende Ausschuß, dem Vertreter der Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaft, der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, des Bremer Anwaltsvereins, der Universität sowie der Auszubildenden angehört, seine Tätigkeit aufgenommen. Bereits Anfang des Jahres 1985 konnte der erste Entwurf aufgrund der Vorarbeiten des beratenden Ausschusses fertiggestellt werden und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zugeleitet werden. Für die zügige gute Arbeit danke ich allen Mitgliedern des beratenden Ausschusses.

Die einhellige Zustimmung, die der Entwurf in der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug sowie in der Deputation für öffentliches Dienstrecht gefunden hat, unterstreicht die Qualität dieser Arbeit. Entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben hält der Entwurf an der Konzeption der Ausbildung zum Einheitsjuristen fest. Das Ausbildungsziel wird daher wie bisher mit dem Begriff „Befähigung zum Richteramt“ umschrieben, worunter eine am Leitbild des Volljuristen ausgerichtete Ausbildung verstanden wird. Die Befähigung umfaßt die Rechtskenntnisse und die berufspraktischen Fähigkeiten, die ein wissenschaftlich fundiertes, selbständiges und verantwortliches Handeln in den juristischen Berufen der Rechtsprechung, der Verwaltung und der Rechtsberatung ermöglichen einschließlich der Fähigkeit, sich in unbekannte Rechtsmaterien einzuarbeiten.

Dieses Ziel, meine Damen und Herren, ist nur zu erreichen, wenn die theoretischen und praktischen Teile des Ausbildungsganges eng aufeinander bezogen sind. Der Entwurf führt daher Theorie und Praxis durch wechselseitige Verknüpfung so zusam-

men, daß eine beide Bereiche vereinende Ausbildungskonzeption entstanden ist. (C)

Die theoretische Ausbildung im universitären Bereich wird sich daher maßgeblich an den Problemen der beruflichen Praxis orientieren, ohne indessen die Beschäftigung mit den rechtswissenschaftlichen Grundlagenbereichen zu vernachlässigen. Aufgabe der Praxisausbildung wird es daher sein, die dort gewonnenen berufspraktischen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen wissenschaftlich zu vertiefen und zu überprüfen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, daß allein didaktische und methodische Maßnahmen nicht ausreichen, um eine hinreichende Verbindung zwischen Theorie und Praxis sicherzustellen. Die Erfahrungen aus der einstufigen Juristenausbildung sprechen dafür, daß es hierzu eines Wechsels von universitärer und praktischer Ausbildung bedarf. Die vorgegebene Zweiteilung der Ausbildung stellt sich daher als eine große Belastung für eine inhaltliche Integration der Ausbildung dar.

Um so mehr halte ich es für erforderlich, daß sämtliche unterhalb einer organisatorischen Verbindung denkbaren Maßnahmen voll ausgeschöpft werden. Dementsprechend sieht der Gesetzentwurf vor, daß erstens zur Durchführung der universitären Ausbildung auch Praktiker herangezogen werden, zweitens die praxisbegleitenden Ausbildungslehrgänge gemeinsam von Praktikern und Hochschullehrern durchgeführt werden und drittens Ausbildungs- und Prüfungsfragen von grundsätzlicher Bedeutung im ständigen Prüfungsausschuß beziehungsweise im Ausbildungsausschuß von Praktikern und Hochschullehrern erörtert werden. (D)

Nach dem Ziel der Ausbildung muß der Jurist befähigt sein, nach einer angemessenen Einarbeitungszeit selbständig und in wissenschaftlich fundierter Weise in allen juristischen Tätigkeitsbereichen zu arbeiten. Damit soll eine Qualifikation erreicht werden, die den Erfordernissen für die Rechtsberatung, Rechtsgestaltung und Planung in besonderem Maße gerecht wird.

Wenn ein hoher Anteil der Studenten gerade in der letzten Studienphase der herkömmlichen Ausbildung die Universität meidet und sich beim Repetitor auf die Prüfung vorbereitet, so ist trotz der hinderlichen zweiphasigen Ausbildung der Versuch eines vertiefenden Studiums in Teilbereichen von Studium und Praxis gemacht worden. Die Universität plant, während des siebten und achten Semesters ein Vertiefungsstudium in den Schwerpunkten Wirtschaftsrecht, bürgerliches Recht, Kriminalwissenschaften, Strafrecht, öffentliches Recht und Arbeitsrecht/Sozialrecht anzubieten, während die Schwerpunktbildung in der Praxis durch Zuordnung der Wahlstationen zu Schwerpunktbereichen erreicht wird.

Eine weitere Unterstützung erfährt der Integrationsgedanke durch die Regelung des Paragraphen 36 Absatz 3 des Entwurfs, wodurch ein Vertiefungsstudium an einer rechtswissenschaftlichen Fakultät

- (A) für die Dauer von vier Monaten in der Praxisphase ermöglicht wird.

Auch damit soll, meine Damen und Herren, trotz der repetitorfreundlichen Regelung des Deutschen Richtergesetzes durch bremische Ausführungsregelungen gegengesteuert werden. Aufgrund der studiensteuernden Funktion der Prüfungen kann nach allen Erfahrungen eine Ausbildungsreform nur dann gelingen, wenn sie zugleich auch Prüfungsreform ist. Repetitoren werden sich letztendlich in Bremen nur dann verhindern lassen, wenn die Studenten auf die erste juristische Staatsprüfung hinreichend durch die Universität vorbereitet werden und wenn der Grundsatz beachtet wird, daß nur das geprüft wird, was auch gelehrt worden ist. Um dies sicherzustellen, habe ich mich für eine kooperative Organisation des Prüfungsamtes bei gleichzeitiger Wahrung der ministeriellen Verantwortung entschieden.

In der Praxis sieht es so aus, daß die meisten Entscheidungen im Prüfungsverfahren von Hochschullehrern und Praktikern gemeinsam getroffen werden. Auch im Prüfungsverfahren wird dem Gedanken der Schwerpunktbildung Rechnung getragen, ohne daß hierdurch die Überprüfung des Grundlagewissens in den Kern- und Pflichtfächern zu kurz kommen würde.

Sie haben bemerkt, meine Damen und Herren, daß der Entwurf keine Regelung über die zweite juristische Staatsprüfung enthält. Bekanntlich legen die bremischen Referendare zur Zeit ihre zweite Staatsprüfung beim gemeinsamen Prüfungsamt in Hamburg ab. Sofern es gelingt, in laufenden Verhandlungen mit den Partnerländern Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, das mit den bremischen Ausbildungskonzeptionen vereinbar ist, wird es ein Prüfungsamt für die zweite juristische Staatsprüfung in Bremen nicht geben.

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mir sehr am Herzen liegt! Der Anfang dieser neuen Juristenausbildung fällt in eine Zeit, in der die beruflichen Zukunftschancen von vielen Studenten ungewiß sind. Da wir die insgesamt schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt von hier aus nicht entscheidend beeinflussen können, sind wir um so mehr in die Pflicht genommen, alles zu tun, um den zukünftigen Absolventen einen Einstieg in die Berufspraxis zu erleichtern. Dies setzt voraus, daß der zukünftigen bremischen Ausbildung die Chance zur Bewährung gegeben wird. Ich bitte Sie daher, durch Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzesentwurf hier ein deutliches Signal zu setzen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Pawlik.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Herr Pawlik, wir sollten doch eigentlich zu-frieden sein!)

- Abg. Dr. Pawlik (CDU): Sind Sie schon so müde, Herr Mützelburg? Wir noch nicht! (C)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt, daß für das Bundesgebiet endlich wieder eine einheitliche Regelung, einheitliche Grundsätze für die Juristenausbildung gelten. Das Nebeneinander verschiedenster Ausbildungsarten und verschiedenster Ausbildungswege, das letztlich ja zum Nachteil der Studenten war, hat damit ein Ende. Es ist wieder ein Wechsel der Universitäts- und Ausbildungsorte für Studenten und Referendare leichter möglich, es wird nicht länger erschwert, und die Vergleichbarkeit der Ausbildung in den einzelnen Bundesländern wird wieder hergestellt. Wir, meine Damen und Herren, sind froh darüber, daß der Bund Rahmenbedingungen gesetzt hat, an die sich Bremen halten muß. Damit ist nämlich ein Ende für die bremischen Extravaganzen gegeben.

Meine Damen und Herren, durch die Anpassung der bremischen Vorschriften an die bundesrechtlichen Rahmenvorschriften haben endlich auch wieder die Bremer Studenten eine reelle Chance, außerhalb Bremens anerkannt zu werden und beruflich Fuß fassen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein wenig haben mich die Ausführungen des Herrn Senators erstaunt, bei allem Verständnis für seine Klagen über das angebliche Scheitern der Reform. Das kann ich verstehen, ist damit doch die Politik der Juristenausbildung der SPD im Ergebnis gescheitert. Bei allem Verständnis dafür kann ich nicht ganz begreifen, daß seine inhaltlichen Ausführungen im Grunde genommen positiv waren und in weiten Zügen also etwa auch von mir und von der CDU-Fraktion hätten gegeben werden können. (D)

(Abg. Klein [CDU]: Das nennt man tätige Reue!)

Auf einen Punkt will ich eingehen, und zwar ist das die Frage der Verkürzung der Studienzeiten! Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu den bisherigen Regelungen wird jetzt eine frühzeitige Leistungskontrolle eingeführt, wie es sie in vielen anderen Bereichen schon lange gibt, nur bei den Juristen eben nicht. Künftig soll sich der Student bis zum Ende des zweiten Studienjahres Leistungskontrollen unter Prüfungsbedingungen stellen. Diese Leistungskontrollen sollen selbstverständlich einerseits eine Siebwirkung haben, andererseits aber auch Signale setzen für die Studenten und ihnen zeigen, ob sie geeignet sind für diesen Studiengang. Ein frühzeitiges Ausscheiden ungeeigneter Studenten wird die Ausbildungsbedingungen an den überfüllten Universitäten verbessern und damit auch zu einer Verkürzung der Studienzeiten führen. Insoweit bin ich anderer Auffassung als der Senator.

(A) Die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, des Bundes behalten die Trennung in Universitätsstudium und Referendariat bei. Ein Grund dafür liegt in der Gefahr, daß das Studium unterbrechende Praxisintervalle die wissenschaftlich-theoretische Ausbildung auf eine vordergründige und zu starke Praxisrelevanz verkürzen. Das Jurastudium ist ja noch ein wissenschaftliches Hochschulstudium.

Aber auch Kostengründe waren maßgeblich. Ein Gutachten des Bundesjustizministeriums aus dem Jahre 1979 besagt, daß die universitäre Ausbildung eines Jurastudenten — also nur die universitäre Ausbildung eines Jurastudenten — in herkömmlicher Form zirka 25 000 DM kostet, nach dem Intervallmodell 49 000 DM. Meine Damen und Herren, das ist zumindest in Flächenstaaten nicht zu realisieren.

Der Bremer Gesetzentwurf, der uns heute nun vorliegt, orientiert sich an dem bundesgesetzlichen Rahmen und versucht nicht, aus dem Jurastudium durch das Hintertürchen quasi wieder ein sozialwissenschaftliches Studium zu machen. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Es geht also auch so.

Das bisherige Bremer Modell der Juristenausbildung, das immer höchst umstritten war und nie allgemeine Anerkennung gefunden hat, ist damit im Ergebnis gescheitert. Dabei meine ich nicht einmal den Wegfall der Einstufigkeit — die gab es ja auch in anderen Bundesländern —, sondern vor allem die Notwendigkeit der inhaltlichen Änderung des Jurastudiums. Es entfällt in Zukunft in Bremen die überstarke Betonung der Sozialwissenschaften, vor allem im Eingangstudium. Bremer Juristen sollten ja eher Sozialingenieure als Rechtsanwender oder Rechtssprecher werden. Dies fällt nun fort. Es ist ja nicht Aufgabe der Juristen, durch das Recht die sozialen Verhältnisse zu gestalten, vielmehr sind sie gerade Recht und Gesetz unterworfen.

(B) Es entfällt weiter, meine Damen und Herren, die recht problematische frühe Spezialisierung in Form des Projektstudiums, vielmehr muß jetzt eine breite rechtswissenschaftliche Ausbildung erfolgen, wie es der bundesgesetzliche Rahmen vorsieht. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß auch zahlreiche Bremer Sozialdemokraten froh darüber sind, auch wenn sie vielleicht öffentlich etwas anderes erklären.

Meine Damen und Herren, wir glauben, daß die neue Juristenausbildung in Bremen neue Chancen bietet, und zwar auf drei Gebieten.

Die Neuordnung der Juristenausbildung bietet einmal eine Chance für Bremen selbst, nämlich sein bundesweites negatives Image, das ja auch und gerade durch die Universität geprägt ist, abzubauen und zu zeigen, daß es in Bremen nicht immer eine Extratour geben muß. Daher ist es positiv zu bewerten, daß auch in Bremen der juristische Vorbereitungsdienst unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf erfolgt wie in den anderen Bundesländern.

Die Neuordnung der Juristenausbildung gibt zugleich der Universität die Chance, ihren Ruf zu ver-

bessern. Auch was den rechtswissenschaftlichen Fachbereich angeht, bildet die Bremer Universität im Bundesgebiet in bezug auf ihr Ansehen leider das Schlußlicht. Das hat eine vor einigen Jahren veröffentlichte Untersuchung ergeben. Danach stuften die deutschen Rechtslehrer Bremen ganz am Ende einer Rangskala der 28 rechtswissenschaftlichen Fachbereiche der Bundesrepublik ein, und interessanterweise kaum ohne Unterschied, ob sich die Befragten politisch als eher konservativ oder linksliberal bezeichneten, völlig einheitlich!

Meine Damen und Herren, die CDU erwartet, daß die Universität diese Chance nun auch wirklich nutzt und nicht etwa über die zu erlassende Studienordnung versucht, das Gesetz zu umgehen. Wir werden jedenfalls die weitere Entwicklung an der Universität kritisch beobachten.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Punkt, wo wir neue Chancen sehen, das sind die Studenten selbst. Auch diesen bietet die neue Ordnung der Juristenausbildung neue Möglichkeiten. Wir haben jetzt in Bremen die Möglichkeit einer umfassenden fachbezogenen Ausbildung entsprechend den anderen Bundesländern. Dadurch wird die Bremer Ausbildung erstmals vergleichbar mit den Ausbildungen anderenorts, mit der Folge, daß Bremer Absolventen weitaus bessere Berufschancen außerhalb Bremens bekommen als jetzt.

Ich bin mir klar, daß die Berufschancen für Juristen allgemein schlecht sind, in Bremen aber besonders schlecht. Der öffentliche Dienst ist praktisch dicht, also bleibt hier im wesentlichen nur der Markt, um es einmal so zu sagen, des Anwalts, und deren Zahl ist in Bremen, gerade in Bremen, ohnehin gewaltig in die Höhe geschneilt. Bessere Berufschancen ergeben sich auch deswegen, weil erstmalig Zensuren nach gleichen Maßstäben wie im übrigen Bundesgebiet vergeben werden, also Abschied genommen wird von einer weiteren oft außerhalb Bremens belächelten Extratour.

Meine Damen und Herren, Sie konnten meinen bisherigen Ausführungen entnehmen, daß wir dem vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich zustimmen werden, obschon wir in einigen Einzelpunkten eine andere Lösung lieber gesehen hätten, so etwa was die Regelstudiendauer von neun Semestern angeht. Wir hätten es lieber gesehen, wenn es gerade im Angesicht der allgemeinen Forderung nach einer Verkürzung der Studienzeit bei den sieben Semestern Regelstudiendauer des Deutschen Richtergesetzes geblieben wäre. Auch hätte man durchaus bei dem Fächerkatalog die Akzente anders setzen können. Doch das sind, wie gesagt, einige nicht so gewichtige Einzelpunkte, die ein Hindernis wären, dem Entwurf zuzustimmen.

Eine Bedingung allerdings ist für uns unumstößlich, meine Damen und Herren, und das ist, daß das gemeinsame Prüfungsamt der Länder Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein für die zweite juristi-

(C)

(D)

(A) sche Staatsprüfung beibehalten wird. Dieses gemeinsame Prüfungsamt ist nämlich Garantie dafür, daß das Examen bundesweit Anerkennung findet. Dies ist die Garantie dafür, daß die Bremer Ausbildung der in anderen Bundesländern tatsächlich für gleichwertig erachtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, auch wenn sie nicht immer so gegeben war, wie ich es mir vielleicht gewünscht hätte!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(Abg. Dr. Menke [CDU]: Ist der auch Jurist?)

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist vielleicht ganz gut, daß in unserer kleinen Fraktion kein Jurist ist.

(Abg. Klein [CDU]: Die Halbjuristen sind die schlimmeren!)

Die heutige Debatte über das Juristenausbildungsgesetz steht in keinem Verhältnis zu den Auseinandersetzungen, die es vor zwölf Jahren in diesem Haus gegeben hat. Ich habe es damals von der Tribüne aus gesehen, es war mehr als lebhaft, glaube ich, und einige der Protagonisten von damals sind ja auch heute noch hier im Haus vertreten.

(B) Ich verstehe, Herr Pawlik, daß sich bei Ihnen satte Befriedigung darüber ausdrückt, daß das Deutsche Richtergesetz die bisherige bremische Juristenausbildung praktisch liquidiert hat. Man kann das nicht anders sagen, und Herr Senator Kahrs hat das im einzelnen ausgeführt. Ich will auch nicht weiter darauf eingehen, was jetzt im einzelnen an diesem Gesetzentwurf vielleicht kritisierbar oder nicht kritisierbar ist, sondern mich nur auf den Punkt beschränken, den Herr Pawlik vorhin hervorgehoben hat.

Herr Pawlik hat begrüßt, daß mit dieser Gesetzesnovellierung nun endlich die Möglichkeit bestünde, den Bremer Juristen so auszubilden, wie Juristen seit eh und je in Deutschland ausgebildet werden. Ich will nicht bestreiten, daß das mit dem Gesetz möglich ist und daß es mit diesem Gesetz auch wahrscheinlich beabsichtigt ist, vor allen Dingen von den Praktikern, in diese Richtung weiterzugehen, denn die Theorie-Praxis-Integration ist durch das Richtergesetz praktisch tot, aber auch die Sozialwissenschaften in der Ausbildung sind weitgehend liquidiert, und vor allen Dingen wird selbst die Schwerpunktfachausbildung — ein letztes Stück Bremer Reform — fachwissenschaftlich und nicht sozialbereichsmäßig zugeschnitten. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Ich wundere mich, Herr Pawlik, daß Sie darauf nicht eingegangen sind, weil auch das Ihren Intentionen entgegenkommt. Der Jurist nach diesem Gesetz — unbeschadet der Floskeln in den Eingangsparagrafen — ist ein Jurist nach dem Leitbild des Juristen wie an jeder anderen Universität.

(C) Ich weiß, daß die Zeiten der großen Reformeuphorie auf dem Gebiet vorbei sind. Ich weiß auch, daß sich über die Ausbildung an den Hochschulen heute niemand mehr besonders aufregt. Insofern ist die Frage der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz dieser Ausbildung mittlerweile relativ unbedeutend. Die Bremer Juristen kommen so gut oder so schlecht unter wie die Juristen in anderen Ländern. Für die Bremer juristische Ausbildung gibt es proportional etwa so viele Bewerber wie in anderen Städten auch. Hier ist nichts mehr viel anders. Was mich dabei allerdings ein bißchen wundert, ist, daß die Sozialdemokratie das so sang- und klanglos mitmacht, obwohl das Deutsche Richtergesetz einige Spielräume, insbesondere in der sozialwissenschaftlichen und sozialbereichsspezifischen Ausbildung, erlaubt hätte.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Der Monnerjahn kommt ja noch!)

Ich möchte nur darauf hinweisen, Herr Dr. Monnerjahn und Ihre spärlich vertretene Fraktion, auch wenn Sie heute kein besonderes Interesse an der Ausbildung von Juristen haben, daß schon zweimal in der deutschen Geschichte gerade Ihre Partei — zu Zeiten, in denen sie politisch am Ruder war — große Schwierigkeiten damit gehabt hat, nicht etwa, daß die Richter unabhängig waren, sondern daß die Richter sozial borniert politisch auf der anderen Seite, nämlich auf der Seite der Reaktion, gestanden haben.

(Unruhe bei der CDU)

Nach dem Ersten Weltkrieg, Herr Kollege Klein, hat es keinen Zweifel daran gegeben! Lesen Sie doch die Veröffentlichungen, wie ungleich nach rechts und links geurteilt worden ist! Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Justiz in Bremen der letzte Bereich, in dem ein großer Teil alter Nationalsozialisten gesessen hat, weil es überhaupt keine anderen gab. Es gab kaum andere, die in der Justiz unterkommen konnten.

(Abg. Klein [CDU]: Gucken Sie sich mit Ihrer Froschperspektive einmal die heutige Zeit an!)

(D) Die Juristen, die für morgen ausgebildet werden, werden die Juristen sein, die mit den sozialen Auseinandersetzungen, die in der Arbeitslosigkeit von heute angelegt sind, zu kämpfen haben werden, die in den Arbeitsgerichten, in den Zivilgerichten und in den Strafgerichten sitzen werden und zu urteilen haben werden. Wenn diese Juristen nicht ein reales Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Ausbildung, durch ihre Praxis haben, und mögen sie tatsächlich auch in gesellschaftlichen Bereichen

(A) arbeiten, die nichts mit Juristerei zu tun haben, dann werden wir noch einmal vor so einem politischen Dilemma stehen.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Was haben sie denn heute, wo die wenigsten in Bremen ausgebildet werden?)

Ich denke, das ist ein Problem, das dieses Gesetz mit sich bringt, dessen Folgen Sie vielleicht erst in der Zukunft merken werden. Wir werden aus grundsätzlichen Erwägungen diesem Gesetz nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

Abg. Dr. Monnerjahn (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst den Versuch unternehmen, einige Dinge klar- oder richtigzustellen! Herr Kollege Dr. Pawlik hat von einer neuen Juristenausbildung gesprochen. Dieses Prädikat verdient das Produkt, das wir heute zu beraten haben, unter keinem Gesichtspunkt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das kann man wohl sagen!)

(B)

Wir sind in der Juristenausbildung — und da soll man sich nichts vormachen — von dem Juristen, den wir einmal vor zwölf Jahren propagiert haben, den Juristen für die Jahrhundertwende, für das Jahr 2000, zurückgefallen auf den Juristen des letzten Jahrhunderts. Das ist die Realität. Eine entscheidende Änderung in der Juristenausbildung ist nicht eingetreten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN — Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Du gibst mir recht! — Präsident Dr. Klinik übernimmt wieder den Vorsitz.)

Herr Mützelburg, in der Tat!

Wir sind vor zwölf Jahren angetreten, den neuen Juristen zu schaffen. Wir sind allerdings unter anderen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen angetreten, wir können ja nicht negieren und übersehen, daß inzwischen gesamtgesellschaftlich sich einiges entwickelt hat und daß in Bonn eine Wende eingetreten ist.

Meine Damen und Herren, der Entwurf, der Ihnen heute zur Beratung vorliegt, ist gekennzeichnet von dem Bemühen, das Minimum dessen, was die bundesrechtliche Rahmengesetzgebung gelassen hat, noch auszufüllen und ein Minimum zu retten von dem,

*) Vom Redner nicht überprüft.

was in der bremischen Juristenausbildung positiv erprobt worden ist. (C)

(Abg. Klein [CDU]: Aber die SPD in den Ländern hat das bremische Experiment auch nicht gebilligt!)

Die sozialdemokratische Fraktion wird dem Entwurf zustimmen, aber ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß diese Zustimmung ohne Begeisterung oder ohne besonderes Engagement erfolgt. Das mangelnde Engagement ist schlicht darauf zurückzuführen, daß, wie ich eben schon sagte, wir praktisch auf den Stand der sechziger Jahre zurückgefallen sind, als wir mit der Juristenausbildungsreform begonnen haben.

Meine Damen und Herren, die, wie ich meine, von allen in der Juristenausbildung gesellschaftlich relevanten Gruppen geforderte Ausbildungsreform ist durch das — ich will das einmal im Bürokratendeutsch formulieren — Dritte Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 25. Juli 1984, abgedruckt im Bundesgesetzblatt Teil I Seite 995 folgende —

(Beifall bei der SPD)

das ohne Manuskript im Kopf! —, im Grunde konterkariert worden, meine Damen und Herren. Es bestand weitgehend Konsens, daß die herkömmliche Zweiteilung der Juristenausbildung, wie auch Herr Senator Kahrs ausgeführt hat, das heißt Trennung der Ausbildung in einen universitären Teil und in einen praktischen Teil, praktisch dem Konzept einer engen inhaltlichen und zeitlichen Theorie-Praxis-Integration nicht entsprechen würde und dadurch ersetzt werden müsse. Weiterhin, meine Damen und Herren, war allgemeiner Konsens, daß der Jurist des Jahres 2000 zumindest eine sozialwissenschaftliche Grundierung haben müsse, das heißt, daß die Sozialwissenschaften in die juristische Ausbildung zu integrieren waren.

Vielleicht einige Bemerkungen noch zu der Akzeptanz der Juristenausbildung! Herr Dr. Pawlik hat dargelegt, daß die bremischen Juristen erheblich größere Schwierigkeiten in der Praxis gehabt hätten unterzukommen.

(Abg. Klein [CDU]: Kein Examen, keine Note!)

Dem ist gerade nicht so, die bremischen Juristen sind genauso untergekommen oder genausowenig untergekommen wie alle anderen.

Lassen Sie mich auch einmal einige konkrete Daten zur Akzeptanz und zur Nachfrage nennen! In der einstufigen Juristenausbildung haben wir bis zum letzten Jahr 100 Studienplätze bereitgestellt, mit einer Überlastquote von zehn Prozent waren es insgesamt 110 Plätze, für die es in der Regel seit 1979/80 eine Nachfrage von zirka 400 bis 500 Bewerbern gab. Von denen durften aber jeweils nur

(D)

(A) 110 Bewerber genommen werden. Es waren beispielsweise 1981 508 Bewerber, 1982 waren es 458, 1983 waren es 493, 1984, als bereits abzusehen war, daß diese Juristenausbildung beendet werden mußte, waren es immer noch 373.

Jetzt sieht die Nachfrage nach der neuen zweistufigen Ausbildung in Zahlen ausgedrückt so aus: Die Universität Bremen stellt über die ZVS in Dortmund 129 Plätze bereit, und es waren insgesamt nur noch 189 Nachfrager. Das kann doch nur bedeuten, daß die einstufige Ausbildung, wie sie in Bremen praktiziert wurde, etwa drei- bis viermal so oft nachgefragt wurde im Vergleich zu der heutigen.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auch an dieser Stelle sagen, wir haben Verständnis für die Enttäuschung vieler junger Juristen über das Scheitern der Juristenausbildungsreform. Wir müssen aber andererseits um Verständnis dafür bitten, daß wir im Hinblick auf die engen bundesrechtlichen Vorgaben in der Neufassung des Deutschen Richtergesetzes keinen politisch relevanten Spielraum für eine weitergehende landesrechtliche Regelung hatten.

Meine Damen und Herren, ich stimme im übrigen Herrn Kollegen Dr. Pawlik zu, wir müssen in der Tat die Juristenausbildung als gescheitert ansehen,

(B) (Abg. Klein [CDU]: Ihre Experimente sind gescheitert, nicht die Reform!)

aber gescheitert ist sie deshalb, weil aufgrund der Wende in Bonn die politischen Vorgaben grundlegend geändert sind!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, daß im Grunde die Juristen wieder dort stehen, wo sie eigentlich immer gestanden haben: am Ende der Skala des gesellschaftlichen Fortschritts.

(Abg. Klein [CDU]: Mit Ihrer Ausnahme!)

Wir können eigentlich nur die Hoffnung haben, daß durch eine neue Wende in Bonn, Herr Klein, eine neue Chance für eine echte Juristenausbildungsreform in der Zukunft besteht. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das wird nichts mehr! — Abg. Klein [CDU]: Das war eine Standortbestimmung!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst in

erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, CDU und Rep)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen GRÜNE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Da der Senat um dringliche Behandlung und Beschlußfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat, lasse ich gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob wir unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eintreten.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür SPD, CDU und Rep)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen GRÜNE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir folgende Schwierigkeit: Nach der Tagesordnung würden wir jetzt den Hafentwicklungsplan aufrufen müssen. Hier weiß ich, daß die Debatte darüber etwas länger dauert. Wir schaffen es auf jeden Fall nicht bis 18 Uhr. Es wäre vermutlich mißlich, wenn wir diese Debatte an zwei Tagen führten. Deswegen ist der Wunsch geäußert worden, ob wir nicht die Punkte, die wir heute noch abhandeln können, heute bis 18 Uhr erledigen und morgen dann den Hafentwicklungsplan aufrufen.

Nun ist die Frage, was wir heute noch alles erledigen können, außer den Punkten, für die keine Debatte vorgesehen war.

(Abg. Kunic [SPD]: Tagesordnungspunkt 27, Herr Präsident!)

(A) Hätten Sie dann noch etwas dazuzulegen, damit wir die Tagesordnung etwas abarbeiten?

(Unruhe)

Herr Abgeordneter Neumann, ist da noch ein anderer Punkt?

(Abg. Neumann [CDU]: Nein!)

Dann blieben also übrig die Punkte 27, 30, 31, 32 und 33.

Wer dafür ist, daß wir die Tagesordnung insofern umstellen, daß wir in Abweichung von der Tagesordnung die Punkte 27, 30, 31, 32 und 33 aufrufen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann ist so beschlossen.

(Einstimmig)

Gesetz über die Abgabe für die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen

Mitteilung des Senats vom 3. September 1985
(Drucksache 11/454)

1. Lesung

2. Lesung

(B)

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Bürger.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Verlängerte Redezeit?)

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen liegt ein Gesetz über die Abgabe für die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen vor. Zur Deckung der Kosten des Rundfunkauschusses der Freien Hansestadt Bremen müssen Gebühren erhoben werden. Um es vorweg zu sagen, wir werden dieser Regelung zustimmen, aber nicht, ohne hier auf bestimmte Schwierigkeiten hinzuweisen, Bedenken anzumelden, die wir schon zum Teil bei der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes im Juli dieses Jahres formuliert haben.

Meine Damen und Herren, wie recht wir mit dem Vortragen dieser Bedenken hatten, zeigen jetzt die aufgetretenen Schwierigkeiten. Wir haben aber damals dem Gesetz zugestimmt, um überhaupt mit der Einspeisung im Land Bremen beginnen zu können. Wir werden auch dieser Gebührenregelung zustimmen, damit endlich Satellitenprogramme auch in Bremen eingespeist werden können.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Bedenken im einzelnen, meine Damen und Herren! In der Vorlage 11/454 steht, daß die Deutsche Bundespost zur Zeit allein technisch in der Lage ist, zugeführte Rundfunkprogramme, zum Beispiel Satellitenfernsehen, zu empfangen und in ihren Kabelanlagen weiterzuberbreiten. Gleichzeitig ist, und das sieht unser bremisches Vorschaltgesetz vor, die Bundespost Gebührenschuldner, das heißt, daß sie die Gebühren bezahlen muß. Bis es zur Klärung der Weitergabe dieser Gebühren gekommen ist, weigert sich die Bundespost, dies zu tun.

Wir haben im Juli, das müssen wir vielleicht alle gestehen, auf die Problematik, die sich jetzt ergibt, nicht genügend geachtet. Nur müssen wir ehrlich genug sein zu erkennen, daß sich hier Schwierigkeiten auftürmen, und wir müssen weiter bedenken, falls diese Schwierigkeiten nicht ausgeräumt werden, daß es zu einer Novellierung dieses Punktes im Gesetz kommen muß. In allen anderen Gesetzen der Bundesländer ist diese Regelung, über die Bundespost Gebühren einzutreiben, nicht vorgesehen. Zum Teil ist dort geregelt, daß Gebühren aus dem Staatshaushalt, das heißt aus Steuergeldern, finanziert werden. Die Frage stellt sich natürlich, ob das zu verantworten ist. Zum Teil werden diese Gebühren von den Veranstaltern gezahlt.

In beiden Fällen müssen wir aber feststellen, sind diese Gebühren nicht so hoch wie in Bremen vorgesehen. Nach diesem Gesetz ist vorgesehen, daß pro Teilnehmer pro Monat zehn Pfennig erhoben werden sollen. Wir sehen durchaus ein, daß am Anfang erhöhte Gebühren notwendig sind, um bestimmte Kosten abzudecken, daß kostendeckend gearbeitet werden muß, deshalb ist diese Regelung im Gesetz befristet bis zum 31. März 1986.

(Abg. Stichweh [SPD]: Schön, daß Sie uns das noch einmal sagen!)

Wir wollen aber auch deutlich sagen, Herr Stichweh, deshalb betone ich das ausdrücklich, daß wir rechtzeitig darüber nachdenken müssen, ob diese Gebühren von zehn Pfennig pro Teilnehmer pro Monat nicht danach abzusenken sind. Es kann nicht angehen, daß über die Gebühren der Knebel gegen die Veranstaltung von privatem Fernsehen angesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU haben bereits im Juli bei der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes auf die Schwierigkeiten der Praktikabilität der Einspeisung mit diesem Gesetz hingewiesen, insbesondere haben wir auf das darin vorgesehene Sonntagsverbot hingewiesen. Diese Schwierigkeiten treten jetzt offen zutage. SAT 1 verzichtet auf die Einspeisung am Sonntag, während Sky Channel überhaupt erst gar keinen Antrag stellt, das heißt, überhaupt nicht in Bremen eingespeist wird.

Wir sind der Meinung, daß das nicht akzeptabel ist. Es kann nicht angehen, daß das, was in den Umland-

(C)

(D)

(A) gemeinden gesehen werden kann, in Bremen nicht gesehen wird.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Ich hatte mich gerade auf Sky Channel so gefreut!)

Im Umland ist das aufgrund einer anderen Gesetzeslage, eines liberaleren praktikableren Gesetzes möglich.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Gehen Sie doch nach drüben!)

Auch in NRW, wo bekanntlich die Sozialdemokraten mit Mehrheit regieren, sieht das Gesetz dieses Sonntagswerbeverbot nicht vor, und, meine Damen und Herren, was nicht praktikabel ist, was Schwierigkeiten bereitet, das sollte auch geändert werden. Das bezieht sich auf die zwei von mir geschilderten Sachverhalte, auf den Gebühreneinzug durch die Bundespost, die das ablehnt, und das Sonntagswerbeverbot.

Die CDU behält sich vor, meine Damen und Herren, ich darf das hier schon ankündigen, in der nächsten oder übernächsten Bürgerschaftssitzung, sofern bis dahin diese Probleme nicht ausgeräumt sind, eine Novellierung des bestehenden Gesetzes zu beantragen, um diese Sachverhalte zu verändern. Es darf aufgrund der sich auftürmenden Hindernisse nicht dazu führen, daß Satellitenprogramme nicht eingespeist werden. Aufgrund der anzustrebenden Einheitlichkeit im Bundesgebiet sind wir der Meinung, daß auch in Bremen alle zur Verfügung stehenden Satellitenprogramme eingespeist werden können müssen.

(B) Meine Damen und Herren von der SPD, wir fordern alle den mündigen Bürger, und gerade Sie waren es, die in der Ara Willy Brandt mehr Demokratie gefordert haben, die gefordert haben, mehr Demokratie zu wagen, dann wagen Sie auch in diesem Bereich mehr Demokratie.

(Abg. Stichweh [SPD]: Sky Channel ist Demokratie! Jetzt weiß ich endlich, was Demokratie ist!)

Lassen Sie zu, daß sämtliche Satellitenprogramme eingespeist werden!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe schon im Juli dazu ausgeführt, wer am Sonntag diese Programme nicht sehen möchte, weil sie Werbung enthalten —

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Der kann ja in die Kirche gehen!)

ganz abgesehen davon, daß wir auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen am Sonntag mit Werbung konfrontiert werden —, der hat immer noch die Möglichkeit, den Apparat abzuschalten und dieses Pro-

gramm nicht zu wählen. — Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fluß.

Abg. Fluß (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die meisten von Ihnen waren eben etwas überrascht, daß hier ein Punkt debattiert wird, obwohl wir doch gerade heute beschlossen hatten, diesen Punkt nicht zu debattieren. Ich dachte auch, Herr Bürger wollte nur an das Pult gehen und eine Erklärung für die CDU abgeben, daß die Meldung im CDU-Zentralorgan „Weser-Report“ vom vorletzten Sonntag falsch ist, daß die CDU dieses Gesetz abgelehnt hätte. Diese Erklärung ist nicht erfolgt, jetzt erfolgt sie durch mich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wie so häufig war der „Weser-Report“ unvollständig informiert oder wollte böswillig der SPD etwas allein unterstellen. Aber wir hätten das Gesetz auch allein beschlossen. Nur, in diesem Fall war das richtig, die CDU hat mit zugestimmt, und das wird wohl auch unsere einzige Gemeinsamkeit in diesem Punkt sein, daß wir gemeinsam diesem neu vorgelegten Gesetz zustimmen und vielleicht auch noch die gemeinsame Einschätzung haben, daß dieser Kabelgroschen, diese zehn Pfennig, langfristig wahrscheinlich gesenkt werden können in einem neuen Gesetz. Alles andere, was Sie sonst gesagt haben, Herr Bürger, trifft jedenfalls nicht unsere Meinung.

(D)

Ich glaube, Sie sind vielleicht noch mit uns einer Meinung, daß Bremen mit diesem Gesetz den richtigen Weg geht und nicht den Steuerzahlern die Kosten für den Landesrundfunkausschuß aufbürdet wie andere Bundesländer, leider auch, sage ich, SPD-regierte Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, denn der Steuerzahler hat eigentlich damit nichts zu tun, wenn ein paar tausend Kabelkunden unbedingt Satellitenfernsehen sehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist dieser Weg richtig, die Gebühren umzulegen auf die, die also in den „Genuß“ dieser Satellitenprogramme kommen.

(Zuruf der Abg. Frau Bodammer [GRÜNE])

Das wird übrigens noch ein größeres Problem für diejenigen Länder, in denen die großen Apparate, jetzt Medienzentralen, über die sogenannten Kabelgroschen finanziert werden, die alle Rundfunkteilnehmer — etwas fragwürdigerweise — zahlen, denn das sind teure Apparate geworden, die, wenn diese

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Gesetze einmal auslaufen, dann auch finanziert werden müssen, und das kommt dann auch auf die Kunden oder die Betreiber zu, auf die Post oder die Satellitenanbieter. Im Prinzip ist das jedenfalls der richtige Weg.

Jetzt hat es eine Reihe von Schwierigkeiten gegeben, wie Sie sagen, es ist jedenfalls noch kein Antrag von einem Satellitenanbieter, Programmanbieter beziehungsweise von der Bundespost beim Landesrundfunkausschuß gestellt worden. Begründet worden ist das von den Kritikern mit unserem Gesetz, und zwar weil wir ein Sonntagswerbeverbot hätten und weil die Kosten von der Bundespost nicht getragen werden sollen.

Ich halte diese Argumente für völlig vorgeschoben. Ich will mich zunächst noch einmal kurz mit dem Sonntagswerbeverbot auseinandersetzen. Da wird von der Post eingewandt, es sei technisch so schwierig, die Programme auseinanderzuschalten. Das Sonntagswerbeverbot in unserem Gesetz sagt ja nur, daß sonntags die Werbung nicht erkennbar sein darf, das andere Programm kann ohne weiteres eingespeist werden. Jetzt sagt die Post, das sei technisch so schwierig, die Werbung auszublenden. Also, was uns auf der Funkausstellung vor kurzem an technischen Neuerungen auf allen möglichen Gebieten gezeigt wurde, daß man sogar auf die privaten Videogeräte durch zentrale Signale Einfluß nehmen kann, wann die sich anschalten und ausschalten, was da alles möglich ist, dann soll es für die Post nicht möglich sein, die Werbung auszublenden? Das scheint mir sehr unglaubwürdig!

Wenn das mit technischem Aufwand verbunden ist, den die Post nicht tragen will, nun gut, dann darf eben sonntags überhaupt kein Programm eingespeist werden. Dies scheint technisch nun wirklich nicht unmöglich zu sein, denn da genügt meiner Ansicht nach ein einfacher Timer, den man so einstellt, daß sonntags abends um 24 Uhr der Strom unterbrochen wird und daß der Strom wieder eingeschaltet wird montags um null Uhr. Dies dürfte also keine technische Schwierigkeit sein. Daß die Post das, aus welchen Gründen, nicht machen will, halte ich für rein medienpolitisch vorgeschobene Argumente.

Übrigens, so neu ist das gar nicht! Bis vor kurzem wurde in Bayern Sky Channel nur montags bis freitags eingespeist wegen der sonntags und sonntags erfolgenden Werbung. Also, die Bayern, die Ihnen ja etwas näherstehen in der politischen Ausrichtung, haben das auch schon gemacht. Sie haben Sky Channel nur von montags bis freitags hineingelassen. Leider, muß ich zugeben, ab diesem Monat hat die bayerische Medienzentrale da eine neue Auslegung der Ordnungen beschlossen und will jetzt auch sonntags die Bayern mit Werbung von Sky Channel beglücken.

Also mit der Sonntagswerbung ist das noch in der Diskussion, das ist gar nicht schwierig, und ich glaube, es wird keinerlei Kritik bei den Bürgern geben, ausgenommen bei einigen wenigen, wenn hier sonntags dieses Programm nicht eingespeist wird. Dies

dürfte jedenfalls kein Hinderungsgrund für die Post sein, einen Antrag zu stellen. (C)

Das zweite Argument waren die Kosten. Die Bundespost wollte die Kosten für den Landesrundfunkausschuß nicht übernehmen. Sie haben eben von Knebel geredet, die zehn Pfennig könnten der Knebel sein, mit denen wir dieses Satellitenprogramm verhindern wollten. Da kann ich nur lachen! Bisher müssen die Kabelteilnehmer sechs DM pro Monat nur für die Steckdose bezahlen, wenn SAT 1 dazu kommt, sollen sie neun DM zahlen. Die Bundespost erhöht also innerhalb kürzester Zeit von sechs DM auf neun DM, um 50 Prozent, drei DM pro Monat kommen dazu. Und da sollen unsere zehn Pfennig ein Knebel sein? Das ist doch lächerlich!

Herr Schwarz-Schilling hat schon angekündigt, daß, wenn TV-Sat dazukommt, 2,40 DM weiter anfallen. Dann kostet das ganze Programm 11,40 DM pro Monat für den Bürger. Die meisten Bürger wissen davon übrigens nichts. Als sie damals ihre Verkabelung beantragt haben, da betrogen die Kosten noch sechs DM monatlich, und da wußten sie nicht, ob die Gebühren auf neun DM steigen, das war alles sehr offen. Jetzt kommt nämlich die Daumenschraube von Herrn Schwarz-Schilling, der für seine Bundespost neun DM nehmen will und später einmal 11,40 DM. Das sind die wahren Preistreiber, die den Leuten das Geld aus der Tasche ziehen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich halte diese Argumente für völlig vorgeschoben. Ich will mich zunächst noch einmal kurz mit dem Sonntagswerbeverbot auseinandersetzen. Da wird von der Post eingewandt, es sei technisch so schwierig, die Programme auseinanderzuschalten. Das Sonntagswerbeverbot in unserem Gesetz sagt ja nur, daß sonntags die Werbung nicht erkennbar sein darf, das andere Programm kann ohne weiteres eingespeist werden. Jetzt sagt die Post, das sei technisch so schwierig, die Werbung auszublenden. Also, was uns auf der Funkausstellung vor kurzem an technischen Neuerungen auf allen möglichen Gebieten gezeigt wurde, daß man sogar auf die privaten Videogeräte durch zentrale Signale Einfluß nehmen kann, wann die sich anschalten und ausschalten, was da alles möglich ist, dann soll es für die Post nicht möglich sein, die Werbung auszublenden? Das scheint mir sehr unglaubwürdig!

Wenn das mit technischem Aufwand verbunden ist, den die Post nicht tragen will, nun gut, dann darf eben sonntags überhaupt kein Programm eingespeist werden. Dies scheint technisch nun wirklich nicht unmöglich zu sein, denn da genügt meiner Ansicht nach ein einfacher Timer, den man so einstellt, daß sonntags abends um 24 Uhr der Strom unterbrochen wird und daß der Strom wieder eingeschaltet wird montags um null Uhr. Dies dürfte also keine technische Schwierigkeit sein. Daß die Post das, aus welchen Gründen, nicht machen will, halte ich für rein medienpolitisch vorgeschobene Argumente.

Übrigens, so neu ist das gar nicht! Bis vor kurzem wurde in Bayern Sky Channel nur montags bis freitags eingespeist wegen der sonntags und sonntags erfolgenden Werbung. Also, die Bayern, die Ihnen ja etwas näherstehen in der politischen Ausrichtung, haben das auch schon gemacht. Sie haben Sky Channel nur von montags bis freitags hineingelassen. Leider, muß ich zugeben, ab diesem Monat hat die bayerische Medienzentrale da eine neue Auslegung der Ordnungen beschlossen und will jetzt auch sonntags die Bayern mit Werbung von Sky Channel beglücken.

Also mit der Sonntagswerbung ist das noch in der Diskussion, das ist gar nicht schwierig, und ich glaube, es wird keinerlei Kritik bei den Bürgern geben, ausgenommen bei einigen wenigen, wenn hier sonntags dieses Programm nicht eingespeist wird. Dies

Daß da noch kein Ende in Sicht ist, sieht man auch daran, daß die Kabelanschlußgebühren, die bisher einmal 500 DM kosteten, dann 400 DM, auf 250 DM gesenkt und dann auf 350 DM wieder gestiegen sind, jetzt auf einmal für Einfamilienhäuser 750 DM kosten sollen, wie Herr Schwarz-Schilling im Postverwaltungsrat vorgeschlagen hat. Dagegen haben sich schon einige CSU-Abgeordnete ausgesprochen. Ich hoffe, Herr Schwarz-Schilling fällt damit auf den Bauch.

Man sieht daran, daß diese gesamte Politik des Bundespostministers unseriös ist, daß wir von einem Abenteuer ins nächste kommen, daß der Bürger überhaupt noch nicht ahnen kann, welche Kosten am Ende auf ihn zukommen, und dann wollen Sie sagen, diese zehn Pfennig seien eine Verhinderungsgebühr! Das ist politisch vorgeschoben. Man will hier, das vermute ich, Bremen bewußt zu einer medienpolitischen Insel machen, indem man hier nicht einspeist,

(Abg. Klein [CDU]: Wer ist man?)

und zwar nicht wegen dieses Gesetzes, sondern von der Bundespost oder von den Betreibern aus, weil nämlich hier auch Weichen gestellt werden.

(Abg. Klein [CDU]: Was soll die Doppelstrategie, Herr Kollege?)

- (A) Wenn man sich in einem Bundesland gegen diese Strategie des Postministers beziehungsweise gegen diese Kosten zur Wehr setzt, kann das nämlich Kreise ziehen, und dann können das andere Bundesländer auch unternehmen. Ich weiß von den Hessen, bei denen noch gar kein Einspeisungsgesetz verabschiedet ist, daß sie ein ähnliches Einspeisungsgesetz wie wir vorbereiten, wo ebenfalls die Kosten nicht vom Steuerzahler übernommen werden beziehungsweise wo die Kosten vom Betreiber zu zahlen sind, wo ebenfalls ein Sonntagsverbot stattfinden wird, und ich hoffe, daß andere sozialdemokratisch regierte Länder wie das Saarland oder auch Nordrhein-Westfalen sich diesem Vorbild anschließen werden.

(Abg. Klein [CDU]: Hamburg!)

Das ist natürlich ein herber Rückschlag für einige private Veranstalter, die nämlich inzwischen vielmehr sehen, daß das Ganze ein Abenteuer ist, das für sie mit hohen finanziellen Risiken verbunden ist.

Ich habe gerade neulich, das ist auch öffentlich im Rundfunkrat vom Intendanten genannt worden, gehört, daß das SAT-1-Programm an Werbung rund zehn Millionen DM pro Jahr einnimmt, aber an Kosten schon 250 Millionen DM verschlungen hat. Solange können sich diese privaten Betreiber das auch nicht leisten, und deswegen wird jetzt der Druck über die Bundespost gemacht, damit hier die Bürger zur Kasse gebeten werden. Das wollen wir nicht machen.

- (B) Um es noch einmal zusammenzufassen, die Gründe mit unserem Einspeisungsgesetz sind vorgeschoben, denn mit diesem Ergänzungsgesetz können solche Anträge gestellt werden und kann privates Fernsehen auch in Bremen empfangen werden, wenn die Bundespost und die privaten Fernsehveranstalter das nur wollen. Wenn sie es nicht wollen, dann wollen sie es auch aus medienpolitischen Gründen nicht mit vorgeschobenen Argumenten. Wir werden uns jedenfalls davon nicht beeindrucken lassen und unser gerade beschlossenes Gesetz in punkto Sonntagswerbung und Kosten nicht ändern. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Abgabe für die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

- (C) Meine Damen und Herren, es ist von der SPD-Fraktion beantragt worden, die zweite Lesung unmittelbar nach der ersten vorzunehmen. Ich stelle diesen Antrag gemäß Paragraph 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung zur Abstimmung.

Wer dafür ist, daß wir jetzt die zweite Lesung durchführen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, das ist so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Abgabe für die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend, und zwar, wenn ich richtig gesehen habe, einstimmig.

Stellungnahme des Senats zum Siebten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz (D)

Mitteilung des Senats vom 13. August 1985
(Drucksache 11/445)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Interfraktionell ist Einigung darüber erzielt worden, die Mitteilung des Senats ohne Aussprache zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß zu überweisen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 2. September 1985

(Drucksache 11/451)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Rep)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1985

Mitteilung des Senats vom 3. September 1985
(Drucksache 11/455)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis. (C)

Wir haben beschlossen, Tagesordnungspunkt 33 — Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rundfunkausschusses — auszusetzen.

Meine Damen und Herren, damit wären wir nicht am Ende dessen, was wir uns vorgenommen haben, sondern nur eines Teils. Morgen geht es um 9.45 Uhr weiter, aber für heute wären wir am Ende der Beratungen.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 17.46 Uhr)

(B)

(D)